DAS FINANZLEXIKON DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA.

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR.

LexiKom.

Das Finanzlexikon der Kommunalkredit Austria.

Österreichs Gemeinden sind Top-Investoren: Jährlich investieren sie über EUR 2 Mrd. in regionale Infrastrukturprojekte. Dadurch sichern und schaffen die österreichischen Gemeinden pro Jahr mehr als 40.000 Arbeitsplätze. Wirksam werden die kommunalen Investitionen vor allem in der örtlichen und regionalen Wirtschaft: 14 % der von der Gemeinde erteilten Aufträge gehen an Unternehmen in der eigenen Gemeinde, 72 % an Firmen innerhalb einer Distanz von 50 km.

Um die notwendige Balance zwischen reger Investitionstätigkeit und dem Einhalten von Verschuldungsgrenzen (Maastricht-Kriterien), zwischen traditionellen und innovativen Finanzierungsmöglichkeiten schaffen zu können, müssen Gemeindeverantwortliche heute viel finanztechnisches Fingerspitzengefühl beweisen. Wir haben daher für Sie auf den folgenden Seiten die für Gemeinden wichtigsten Finanzbegriffe kurz zusammengefasst.

Wenn Sie noch Fragen dazu haben, rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine E-Mail: lexikom@kommunalkredit.at.

Ihr/e Kommunalkredit-Kundenbetreuer/in hilft Ihnen gerne.

KOMMUNALKREDIT AUSTRIA.
ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR.

A

30/360
Berechnung der Zinstage unter Zugrundelegung eines Monats mit 30 Tagen und eines Jahres mit 360 Tagen; bei der Kalkulation von à Leasingentgelten angewandte Methode.

AAA
Triple A, Aaa. Höchste Bonitätsklasse gemäß à Ratingskala von à Standard & Poor's, à Moody's und à Fitch – den führenden, weltweit agierenden à Ratingagenturen – für Wertschriften an den internationalen à Finanzmärkten.

Abgeld
à Disagio

ABS
à Asset Backed Securities

Absatz
Die Menge aller in einem bestimmten Zeitraum von einem Unternehmen verkauften Waren und/oder Dienstleistungen, im Unterschied zum wertorientierten Umsatz.

Absatzfinanzierung
Die Finanzierung von Waren mittels à Kredite.

Abschlag
à Disagio

Abschlagsdividende
Vorauszahlung (z. B. vierteljährlich) auf die noch festzusetzende gesamte à Dividende für das betreffende Geschäftsjahr, besonders in den USA üblich.

Abschluss
(1) Erstellen der à Bilanz und der à Gewinn- und Verlustrechnung.
(2) Vertragliche Regelung eines zustande gekommenen Geschäftes.

Abschöpfungsstrategie
Mögliche Preisstrategie, bei der der Verkaufspreis besonders hoch angesetzt wird, um eine möglichst hohe à Bruttomarge erzielen zu können, v. a. bei neu einzuführenden Produkten oder Dienstleistungen und starker Nachfrage.

Abschöpfungsverfahren
Verfahren des Privatkonkurses (à Insolvenz). Nach Scheitern eines à Zwangsausgleiches oder Zahlungsplanes, kann der Schuldner Restschuldbefreiung nach sieben Jahren zu erlangen, sofern er zumindest 10 % der Gläubigerforderungen bezahlen konnte.

Abschreibung
Im Rechnungswesen werden durch die Abschreibungen die Wertminderungen abnutzbarer Gegenstände des à Anlagevermögens auf die Nutzungsdauer verteilt. Abschreibungen werden in der Buchhaltung als Aufwand verbucht und vermindern daher den à Gewinn. Die Anlagegüter scheinen in der à Bilanz mit dem um die vorgenommenen Abschreibungen verminderten Wert auf.

Abschreibung für Abnutzung (AfA)
Jener Betrag, der vom wirtschaftlichen Eigentümer in der à Bilanz als Aufwand für den Wertverlust des Anlagegutes steuerlich wirksam abgesetzt werden kann; ist je nach Art des Immobilienobjektes unterschiedlich hoch.

Absicherung
à Hedging

Absicherungsinstrumente
Oberbegriff für à Finanzinstrumente, die zur Risikooptimierung eingesetzt werden; meist à Derivate wie à Optionen, à Optionsscheine oder à Futures.

Absonderungsanspruch
Absonderungsansprüche werden im à Insolvenzverfahren durch à Pfandrechte und Rechte von Sicherungseigentümern begründet. Absonderungsberechtigt sind Gläubiger, die einen Anspruch auf bevorzugte Befriedigung aus einem bestimmten Gegenstand haben.

Abstattungsdarlehen
Einmaldarlehen. Ein einmalig ausnützbares à Darlehen; nach Inanspruchnahme des Darlehens kann nur mehr zurückgezahlt und nicht wieder ausgenützt werden.

Abstattungskredit
Ratenkredit, Annuitätenkredit, Term Loan Facility. Ein à Kredit, der nur einmal ausgenutzt werden kann und danach in Raten (meist monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich) zurückzuzahlen ist. Üblicherweise zur Finanzierung von Investitionen. Gegenteil: à Kontokorrentkredit.

Abstrakt
Vom Grundgeschäft losgelöst. Gegenteil: à akzessorisch.

Abwertung
Verminderung des Außenwertes einer à Währung gegenüber anderen Währungen. Gegenteil: à Aufwertung.

Abwicklung
Durchführung der geld- und stückmäßigen Erfüllung von Wertpapiergeschäften, auch à Wertpapiersettlement genannt.

Abzahlungsgeschäft
Aufgrund eines Rahmenvertrages zwischen Händler und Geldinstitut, bevorschusst das Geldinstitut die Kaufpreisrestforderungen des Händlers an seine Kunden.

Abzinsung
Diskontierung. Verfahren der à Zinseszinsrechnung zur Berechnung des à Barwertes zukünftiger Zahlungen.

Abzinsungspapier
à Wertpapier, dessen Erwerbspreis sich durch à Abzinsung des später zurückzuzahlenden à Nominalbetrags auf den Kaufzeitpunkt ergibt. Erst am Ende der Laufzeit werden die à Zinsen (und à Zinseszinsen) zusammen mit der à Tilgung ausgezahlt. Typische Abzinsungspapiere sind à Zero Bonds. Gegenteil: à Aufzinsungspapier.

Acquisition
à Merger

Act/Act
Tagegenaue Berechnung der Zinstage, Berechnung des Jahres mit der tatsächlichen Tagesanzahl (normales Jahr 365, Schaltjahr 366 Tage). Dieses Verfahren wird üblicherweise im à Rentenmarkt verwendet.

Act/360
Kalendermäßig/360 (KLM/360). Tagegenaue Berechnung der Zinstage, Berechnung des Jahres mit 360 Tagen. Diese Methode wird in der Regel im à Geldmarkt und bei den Geldmarktoperationen des à Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) berücksichtigt.

Act/365
Kalendermäßig/365 (KLM/365). Tagegenaue Berechnung der Zinstage, Berechnung des Jahres mit 365 Tagen.

ADB
à Asian Development Bank

Ad hoc-Mitteilung
Unverzügliche Veröffentlichung von Tatsachen, die den à Börsenkurs eines Unternehmens potenziell beeinflussen können. Dient der Prävention der Nutzung von à Insiderinformationen.

ADR
à American Depositary Receipt

AfA-Satz
Jährlicher Prozentsatz der à Abschreibung für Abnutzung (AfA); je nach à Immobilienleasingobjekt
2 % bis 3 % à p. a.

AG
à Aktiengesellschaft

AGB
à Allgemeine Geschäftsbedingungen

Agency Fee
Jährlich fällige Gebühr, die im Rahmen eines à syndizierten Kredits vom Kreditnehmer an den à Arranger des Kredits für die gesamte technische und administrative Abwicklung zu entrichten ist.

Agenda 2000
Am 16. Juli 1997 legte die à Europäische Kommission ihre Mitteilung „Agenda 2000 Eine stärkere und erweiterte Union" vor. In der Agenda 2000 werden Perspektiven für die Entwicklung der à Europäischen Union (EU) und ihrer Politik, Fragen der Erweiterung der EU sowie der künftige Finanzrahmen über das Jahr 2000 hinaus dargestellt.

Agent
Jene à Bank, die im Rahmen einer à Konsortialführung für die laufende Gestion der à Finanzierung verantwortlich ist und das Verhältnis des Kreditgebers zu den Kreditnehmern sowie das Verhältnis der Kreditgeber untereinander koordiniert.

Agio
Aufgeld, Premium. Wird als Aufgeld bei der à Emission von Wertpapieren (à Aktien, à Anleihen etc.) eingehoben und stellt die Differenz zwischen dem à Nennwert (Nominale) eines Wertpapiers und seinem tatsächlichen Verkaufspreis dar. Das Agio wird in Prozent vom Nennwert eingehoben.
Beispiel: Eine neu emittierte Aktie im Nominalwert von 100 würde bei einem Agio von 5 Prozent zum Preis von 105 verkauft werden.

Akkreditiv
Schriftlicher Auftrag eines Kunden (Käufers) an seine à Bank, ein Akkreditiv zugunsten des Verkäufers zu eröffnen (à Avisierung meistens über eine à Korrespondenzbank).

Akquisition
(1) Aktive Gewinnung von Kunden und Geschäften.
(2) Aufkauf von anderen, bislang selbständigen Unternehmen.

Aktie
Anteilsrechte an einer à Aktiengesellschaft werden als Aktien bezeichnet. Sie sind Mitgliedschaftsrechte. Die Höhe eines Anteils richtet sich bei auf einen à Nennwert lautenden Aktien nach dem Nennwert (Nominale) der Aktie. Entsprechend dem Aktienwert ist der à Aktionär am à Grundkapital, den Gewinnausschüttungen, à Kapitalaufstockungen aus Gesellschaftsmitteln und am à Liquidationserlös beteiligt; der Anspruch aus Teilnahme an à Kapitalerhöhungen bemisst sich ebenfalls am Nennbetrag. Das Mitgliedschaftsrecht wird durch das à Stimmrecht in der à Hauptversammlung repräsentiert.

Aktienausgabe
à Emission

Aktienbuch
Verzeichnis, in das die Eigentümer von à Namensaktien einer à Aktiengesellschaft eingetragen sind.

Aktienfonds
Equity funds. Anlagefonds, der sein Vermögen reglementsgemäß in à Aktien investiert.

Aktiengesellschaft (AG)
Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die à Aktionäre sind die Gesellschafter der Aktiengesellschaft und üben ihre Rechte in der à Hauptversammlung aus. Der à Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft und wird durch den à Aufsichtsrat bestellt und überwacht. Der Aufsichtsrat wird durch die Hauptversammlung gewählt (Modifikationen bei mitbestimmten Aktiengesellschaften und bei satzungsmäßigen Entsendungsrechten).

Aktiengesetz
Enthält alle gesetzlichen Regelungen zur à Aktiengesellschaft, insbesondere zu deren Organisation und Geschäftsablauf.

Aktienindex

Mz. Aktienindizes. Kennzahl der Entwicklung der à Aktienkurse an einer oder mehreren à Börsen. Ziel und Vorteil der Berechnung eines Indexes ist es, die durchschnittliche Veränderung einer Vielzahl gleichartiger Tatbestände in einer einzigen Zahl auszudrücken. Dadurch werden Vergleiche, insbesondere von Wertpapier- und Preisveränderungen zwischen verschiedenen Zeitpunkten ermöglicht. Bekannte Aktienindizes sind: à Deutscher Aktienindex (DAX), à Dow Jones Industrial Average (DJ), à Nikkei-Index und der à Austrian Traded Index (ATX).

Aktienkapital
Grundkapital einer à Aktiengesellschaft.

Aktienkorb
Basket. Eine beliebige Zusammenstellung von à Aktien, die z. B. auf Grundlage eines à Aktienindex basiert.

Aktienkurs
Preis für eine à Aktie, der an der à Börse durch Angebot und Nachfrage zum Zeitpunkt der à Kursbildung zustande kommt.

Aktienmarkt
Der gesamte, den Handel mit à Aktien betreffende à Börsemarkt.

Aktienmehrheit
(1) Einfache Aktienmehrheit: Anzahl der à Aktien, die mehr als die Hälfte des à Grundkapitals einer à Aktiengesellschaft repräsentiert.
(2) Qualifizierte Aktienmehrheit: Mehrheit, die mindestens drei Viertel des Grundkapitals umfasst.

Aktienoption
Stock Option. Recht, eine bestimmte à Aktie zu einem im Vorhinein festgelegten à Kurs oder bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erwerben oder zu verkaufen. Bei à Aktiengesellschaften zum Teil gebräuchliche Form der variablen Vergütung von Führungskräften.

Aktienrückkauf
Kauf von eigenen à Aktien über die à Börse (also durch die à Aktiengesellschaft selbst), um Kapital zu vermehren oder eine feindliche Übernahme zu verhindern.

Aktiensplitting
Stock Split. Die umlaufenden à Aktien einer à Aktiengesellschaft werden eingezogen, entwertet und durch eine höhere Anzahl neuer Aktien ersetzt. Das Verhältnis, in dem alte in neue Aktien umgetauscht werden, wird als Splitting-Verhältnis bezeichnet. Der Anteil, den der einzelne à Aktionär an dem Unternehmen hält, ist vor und nach dem Stock Split unverändert. Das Vermögen der Gesellschaft verteilt sich einfach auf mehr Aktien als vorher. Der Stock Split dient vor allem der optischen Verbilligung und damit der Verbesserung der Handelbarkeit der jeweiligen Aktien.

Aktiensurrogate (Hinterlegungsscheine)
à American Depositary Receipt

Aktientausch
Zur festeren gegenseitigen Bindung können à Aktiengesellschaften untereinander à Aktien austauschen, wodurch eine gegenseitige à Beteiligung begründet wird, vor allem bei Aufkäufen oder à Fusionen von Unternehmen.

Aktionär
Gesellschafter einer à Aktiengesellschaft.

Aktionärsbrief
Mitteilung des Vorstandes einer à Aktiengesellschaft an die à Aktionäre, in der über den Geschäftsverlauf der Gesellschaft während des Geschäftsjahres berichtet wird.

Aktiva
Alle Vermögenswerte eines Unternehmens.

Aktive Portfolioinvestitionen
Wertpapierinvestitionen österreichischer Anleger im Ausland. Siehe auch à Portfolioinvestionen.

Aktivierungsbestätigung
Im Zusammenhang mit Förderungen, Bestätigung des Steuerberaters über die Kostenaktivierung in der à Bilanz.

Aktivmanagement
Steuerung von aktivseitigen à Bilanzpositionen, z. B. zur Reduzierung des Zinsrisikos.

Aktiv-Passiv-Komitee
Asset Liability Committee. Betreibt Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene. Vertreter aus den Bereichen Controlling, Treasury, Marktverantwortliche und Geschäftsleitung sollen dem Aktiv-Passiv-Komitee angehören. Das Aktiv-Passiv-Komitee entscheidet über die Zinsmeinung, Zinsbindungen, Limits für die Zinsrisikosteuerung der à Bank und gibt Rahmenziele für die Marktverantwortlichen vor.

Aktivzinsen
Sollzinsen. Zinsen, die die à Bank für ausgeliehenes Geld bekommt. Setzt sich aus den à Refinanzierungskosten, der à Risikoprämie, den Stückkosten und dem Gewinnbeitrag zusammen. Gegenteil: à Passivzinsen.

Akzept
(1) Die Annahme einer Wechselschuld durch den à Bezogenen durch seine Unterschrift, wodurch er zum Akzeptanten wird und sich damit verpflichtet, den à Wechsel bei à Fälligkeit zu bezahlen.
(2) Ein angenommener (akzeptierter) Wechsel.

Akzessorisches Rechtsverhältnis
Das Rechtsverhältnis ist mit einem anderen Rechtsverhältnis verbunden. Sein Bestand ist daher vom Bestand des anderen Rechtsverhältnisses abhängig, z. B. à Pfandrecht, à Bürgschaft.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)
Vertragsbestimmungen, die in Hinblick auf eine Vielzahl von Verträgen eines bestimmten Typs generell vorformuliert werden. Sie sind fixer Bestandteil von Vorverträgen zwischen Banken und Unternehmen.

Allokationsfunktion
Unter Allokation versteht man in der Wirtschaftswissenschaft das Zuordnen knapper Ressourcen (z. B. Finanzmittel) auf verschiedene Verwendungsmöglichkeiten.

Allonge
frz. Verlängerung. Meistens mit einem à Wechsel oder mit einer à Namensaktie verbundene Verlängerung des Dokuments, die für weitere à Indossamente Platz bieten soll.

Allround Fund
Weltweit investierender à Investmentfonds, dessen Anlagepolitik offen ist für alle Länder, Regionen, Branchen und Titelarten.

Alpha-Faktor
Faktor, der die Über- oder Unterbewertung einer à Aktie ausdrückt. Ein positiver Faktor bedeutet eine Unterbewertung, ein negativer Faktor eine Überbewertung der Aktie. Siehe auch à Volatilität; Gegenteil: à Beta.

Alte Aktien
Bezeichnung des alten Aktienbestandes bei der Vergabe von sogenannten à Jungen Aktien.

Alternative Investments
à Investitionen eines speziellen à Investmentfonds in à derivative Finanzinstrumente wie à Optionen, à Futures, à Swaps etc., die höhere Risiken, allerdings auch höhere Chancen bieten.

Altlasten
Umweltgefährdende Stoffe auf oder unter Liegenschaften wie z. B. Mülldeponien, chemische Anlagerungen udgl. Im Altlastenkataster werden Standorte erfasst, die (potentiell) mit Altlasten belastet sind.

Amerikanische Option
Die Ausübung der à Option durch den Käufer kann jederzeit innerhalb eines festgelegten Zeitraums ab Abschluss der Option erfolgen. Gegenteil: à Europäische Option.

Am Geld
At the Money-Option. à Option, die keinen inneren Wert aufweist, bei der allerdings à Ausübungspreis und Tageskurs eng beieinander liegen, sodass die reelle Chance besteht, dass die Option noch à ins Geld kommt.

American Depositary Receipt (ADR)
Auf dem US-Markt ausgegebenes, handelbares, auf den Namen lautendes Zertifikat, welches das Eigentum an einem Beteiligungspapier eines nichtamerikanischen Unternehmens verkörpert. Die ADR werden bei der Securities and

Exchange Commission (SEC) registriert und in US-Dollar notiert. Ihre Besitzer haben grundsätzlich dieselben Vermögens- und Mitgliedschaftsrechte wie die à Aktionäre.

American Style
à Amerikanische Option

Amerikanische Option
American Style. à Option, die während der gesamten Laufzeit ausgeübt werden kann. Gegenteil: à Europäische Option.

Amortisation
(1) à Tilgung einer Schuld in Teilzahlungen, speziell Rückzahlung oder Rückkauf von à Obligationen auf Grund der à Emissionsbedingungen.
(2) Kraftloserklärungsverfahren vor Gericht zur Erklärung der Ungültigkeit von verloren gegangenen à Wechseln und à Wertpapieren.

Amortisationsdarlehen
à Annuitätendarlehen

Amortisationsdauer
Zeitspanne, die erforderlich ist, um das für eine à Investition eingesetzte Kapital durch die mit ihr erwirtschafteten Überschüsse wieder zu verdienen.

Amortisierende Anleihe
Eine à Anleihe, die in Raten zurückgezahlt wird. Die Anleihe hat also eine amortisierende Nominalstruktur.

Amtlicher Handel
Um an einer à Börse notieren zu können, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt werden. Ist ein Unternehmen imstande, die strengsten Voraussetzungen zu erfüllen, notiert es im Amtlichen Handel, dem wichtigsten Marktsegment der à Wiener Börse.

Amtsblatt der Europäischen Union
Medium, in dem alle amtlichen Veröffentlichungen der à Europäischen Union (EU) herausgegeben werden. Besteht aus drei Teilen: Teil L enthält alle verbindlichen Rechtsvorschriften, wie Verordnungen oder Richtlinien; Teil C enthält alle unverbindlichen Mitteilungen; und Teil S alle EU-weit auszuschreibenden Aufträge.

Anderdepot
Für à Effekten, die dem Kreditinstitut (à Bank) von Rechtsanwälten, Notaren, Treuhandgesellschaften etc. für deren Klienten anvertraut werden.

Anderkonto
Konto, das zum Zweck der Treuhandverwaltung von Vermögenswerten im Auftrag Dritter geführt wird.

Andienung
Delivery. Die Art und Weise, wie der à Stillhalter einer à Option im Falle einer Ausübung seiner Verpflichtung nachkommt. Grundsätzlich ist entweder eine effektive Andienung (Physical Delivery) oder ein à Barausgleich (Cash Settlement) denkbar.

Anfangskurs
Opening. Erster à Kurs für ein à Wertpapier am Beginn der Handelszeit. Gegenteil: à Schlusskurs (Closing).

Anfechtung
Wegen des Grundsatzes der Gleichbehandlung sämtlicher Gläubiger ab dem Zeitpunkt der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners besteht die Zielsetzung der Anfechtungsbestimmungen im Rahmen des à Insolvenzverfahrens darin, Vermögensvorteile, die eine dritte Person ab dem genannten Zeitpunkt erhalten hat, als unwirksam zu erklären, um eine einseitige Bevorzugung zu vermeiden.

Anlagefonds
à Investmentfonds

Anlagen-Contracting
Das Anlagen-Contracting ist eine Möglichkeit, eine neue Energieversorgungsanlage ohne eigene à Investitionskosten zu errichten. Im Auftrag des Energienutzers plant, erstellt, finanziert und betreibt ein à Contractor die Energieversorgungsanlage. Als Gegenleistung zahlt der Energienutzer einen vertraglich festgelegten

Bezugspreis für die Bereitstellung der Energie an den Contractor. Damit werden die Kosten des Contractors für Kapital, Wartung, Energiebeschaffung und Verwaltung abgedeckt. Aus der Sicht einer Gemeinde handelt es sich daher beim Anlagen-Contracting um eine à Maastricht schonende Finanzierungsmöglichkeit für Energieversorgungsanlagen (z. B. eine Biomasse-Fernwärme-Anlage).

Anlagevermögen
Das langfristig gebundene Vermögen eines Unternehmens. Dazu gehören z. B. gewerbliche Schutzrechte, Grundstücke, technische Anlagen und Unternehmensbeteiligungen. In einer à Bilanz befindet sich das Anlagevermögen auf der Aktivseite. Gegenteil à Umlaufvermögen.

Anleihe
Bond, Note, Obligation, Rente, Schuldverschreibung. Anleihen sind Forderungswertpapiere, bei welchen die Art der Verzinsung, Laufzeit und Rückzahlungsverpflichtungen genau festgelegt sind (siehe auch à festverzinsliches Wertpapier). Man unterscheidet nach dem à Emittenten hauptsächlich Anleihen der öffentlichen Hand (z. B. à Bundesanleihen), von Großunternehmen (z. B. à Industrieobligationen), Banken (z. B. à Bankschuldverschreibungen) und Hypothekenbanken (à Pfandbriefe). In Abhängigkeit vom allgemeinen Zinsniveau und von der à Bonität des Schuldners schwanken die à Kursnotierungen für Anleihen. Im Allgemeinen gilt: Ist der Zinstrend fallend, steigen die Anleihenkurse fix verzinster Anleihen und umgekehrt.

Anleihenmarkt
à Fremdkapital kann durch die à Emission von à Anleihen beschafft werden. Dabei wird die Anleihe zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Zeichnung aufgelegt (à Primärmarkt) und kann bis zur à Fälligkeit am à Sekundärmarkt gehandelt werden.

Anleihenrating
Bewertung des Risikos eines Verlustes durch Ausfall des Anleihenemittenten, basierend sowohl auf einer Analyse der finanziellen Situation des à Emittenten als auch der Struktur und den Konditionen der à Anleihe selbst.

Annex I-Länder
Parteien der à Klimarahmenkonvention, die im Annex I der Konvention genannt sind (Annex I enthält Industrie- und à Transformationsländer), und eine Reduktions- oder Limitierungsverpflichtung in Bezug auf die Emissionen der sechs im Protokoll genannten Treibhausgase eingegangen sind (siehe auch à Kyoto-Protokoll).

Annex II-Länder
Parteien der à Klimarahmenkonvention, die im Annex II der Konvention genannt sind. Der Annex II zum Rahmenübereinkommen enthält eine Liste aller à OECD-Staaten des Jahres 1990. Diese Industrieländer verpflichten sich laut Art. 4.2. des Rahmenübereinkommens zu zusätzlichen Leistungen, um die Entwicklungsländer beim Klimaschutz zu unterstützen.

Annex B-Länder
Alle à Annex I-Länder ohne Türkei und Weißrussland.

Annuität
Die Annuität ist (bei jährlichen Zinsperioden) die für ein à Darlehen anfallende gleich bleibende Rate pro Jahr. Sie setzt sich aus einem à Zins- und einem à Tilgungsanteil zusammen. Bei der Annuität nimmt der Zinsanteil im Laufe der Zeit in dem Umfang ab, in dem der Tilgungsanteil zunimmt.

Annuitätendarlehen
Amortisations- oder Tilgungsdarlehen. Die Bezeichnung kommt von der Art der Verzinsung und à Tilgung der à Darlehen mit einer gleich bleibenden Jahresleistung (à Annuität). Der Kreditnehmer zahlt dabei bis zur vollen Rückzahlung des Darlehens eine gleich bleibende Jahresleistung, die sich aus dem Zins- und Tilgungssatz in Prozent des Darlehens (à Nominalbetrag) errechnet. Siehe auch à Kapitalraten.

Annuitätenzuschuss
Förderungen, welche beispielsweise von Bund oder Ländern bereitgestellt werden. Zu den jeweiligen laufenden à Annuitätenzahlungen werden zur Verringerung der Belastung des Darlehensnehmers nicht rückzahlbare Zuschüsse geleistet.

Anrechenbare Eigenmittel
Summe aus à Kernkapital (Tier 1) und à ergänzenden Eigenmitteln (Tier 2) einer à Bank ohne Abzugsposten. Diese Saldogröße dient zur Eigenmitteldeckung des Bankbuchs (à Solvabilität) und ist als Maßstab für die Begrenzung der Großveranlagungen und anderer bankaufsichtsrechtlicher Bestimmungen heranzuziehen. Nicht zu den anrechenbaren Eigenmitteln zählt das à Tier-3-Kapital, das nur für die bankaufsichtlich geforderte Deckung des à Handelsbuches und der offenen Devisenposition nach à Bankwesengesetz (BWG) verwendbar ist.

Anteilspapier
à Wertpapier, das in der Regel einen Anteil eines Unternehmens bzw. am Sondervermögen einer à Kapitalanlagegesellschaft verbrieft. Sie werden in à Aktien und à Investmentzertifikate untergliedert.

Antizipativ
Verzinsung im Vorhinein, d. h. am Beginn der jeweils vereinbarten Verzinsungsperiode. Gegenteil: à Dekursiv.

Antragsrecht
Recht der à Aktionäre, in der à Hauptversammlung selbst Anträge zu stellen.

Arbitragegeschäft
Beim Arbitragegeschäft werden zu einem Zeitpunkt an verschiedenen Märkten gegebene Kurs- bzw. Preisunterschiede derselben Handelsobjekte zur Gewinnerzielung ausgenützt. Arbitragegeschäfte werden vor allem an à Wertpapiermärkten einschließlich der à Devisen-, Zins- und Rohstoffmärkte durchgeführt.
Beispiel: Es wird eine à Aktie der XY-AG in Wien für EUR 14,10 gekauft und gleichzeitig an der Frankfurter Börse für EUR 14,15 verkauft. Dadurch wird ein Arbitragegewinn von EUR 0,05 erzielt. Durch die gegenläufige Wirkung (preistreibend in Wien, preissenkend in Frankfurt) der beiden Geschäfte führt das Arbitragegeschäft zu einer Angleichung der Kurse.

Arrangement
Organisationsform der Abwicklung an der à Wiener Börse. Alle abgeschlossenen Geschäfte werden börsetäglich saldiert und abgerechnet und drei Tage später erfüllt.

Arrangement Fee
Einmalige Provision, die der à Arranger einer à Syndizierung für die Übernahme der Arrangierfunktion und des à Underwritingrisikos vom Kreditnehmer bekommt.

Arranger
Am internationalen Kreditmarkt übliche Bezeichnung für eine à Bank, die initiativ und federführend beim Zustandekommen eines hohen Kredits auf syndizierter Basis (à Konsortialkredit) auftritt, nachdem sie von dem potenziellen Kreditnehmer dafür mandatiert worden ist. Sie bringt das Kreditkonsortium (à Syndikat) zusammen und wickelt die anfallenden Verwaltungsarbeiten ab, wofür sie eine à Provision erhält.

Artificial Intelligence (AI)
Bereich der Informatik, der die Erfassbarkeit und Nachvollziehbarkeit von intelligentem Verhalten durch Computer oder die allgemeine Problemlösung, die Intelligenzleistungen mit Hilfe des Computers voraussetzt, untersucht.

ASK
à Briefkurs

Asian Development Bank (ADB)
Asiatische Entwicklungsbank, die das Ziel verfolgt, die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Mitgliedsländer zu fördern. Gegründet 1966 mit Hauptsitz in Manila, Philippinen.

Asset Allocation
Verteilung des zu investierenden Finanzvermögens eines Investors bzw. eines à Investmentfonds auf verschiedene Anlagekategorien (z. B. à Anleihen, à Aktien, à Optionen, à Immobilien).

Asset Backed Commercial Papers (ABCP)
Kurzfristige à Wertpapiere (Laufzeiten von meist 90 bis 270 Tagen), die im Zuge einer Verbriefung von Forderungen (à Asset Securitisation) von einem à Conduit begeben werden. Das Conduit emittiert die ABCP zum Ankauf von Forderungen. Die ABCP sind durch die angekauften Forderungen gedeckt. Der Forderungsverkäufer ist verpflichtet, Forderungseingänge an das Conduit zur Tilgung der ABCP weiterzuleiten. Spezialform von à Asset Backed Securities (ABS).

Asset Backed Securities (ABS)
Forderungsbesicherte Wertpapiere. Werden im Rahmen einer à Asset Securitisation zur à Refinanzierung der Finanzierungsgesellschaft (à Special Purpose Vehicle) begeben. Es handelt sich dabei meist um à Anleihen, deren Preis (und damit die Verzinsung) im Wesentlichen auf Grund einer à Bonitätsbeurteilung durch eine à Ratingagentur bestimmt wird. Die Einstufung ergibt sich durch den der Asset Securitisation zugrunde liegenden Forderungspool, welche die à Anleihe besichert. In der Regel werden für ABS-Strukturen gute à Ratings (Bereich AAA oder AA) und günstige Refinanzierungsbedingungen erzielt. Sonderform à Mortgage Backed Securities (MBS).

Asset Based Loans
Klassisch besicherte à Bankkredite.

Asset Liability Committee
à Aktiv-Passiv-Komitee

Asset Management
Professionelle Verwaltung von Vermögen.

Asset Securitisation
Verbriefung. Die Umwandlung eines Bündels illiquider à Aktiva (Assets) wie z. B. à Darlehensforderungen, à Leasingforderungen oder Handelspapiere in liquide à Wertpapiere (Securities). Diese stehen mit zukünftigen à Cashflows in Verbindung. Im Rahmen einer Asset Securitisation verschafft sich der Inhaber durch einen Verkauf der Assets an einen à Intermediär à Liquidität. Der Intermediär refinanziert diesen Kauf durch die Asset Securitisation.

Asset Swap
Zinsswap (à Interest Rate Swap) oder à Währungsswap, der mit einem Asset im Zusammenhang steht. In der Regel wird damit die Art des Zinseinkommens aus dem Aktivum verändert, z. B. von à fix auf à variabel. Asset Swaps werden von Anlegern, à Liability Swaps von Emittenten eingesetzt.

Assigned Amount (AA)
Die zugewiesene Emissionsmenge, entspricht also der Menge an Treibhausgasen, die ein à Annex B-Land in der Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 emittieren darf. Siehe auch à Kyoto-Protokoll.

Assigned Amount Unit (AAU)
Handelbare Einheiten des à Assigned Amount eines à Annex B-Landes, ausgedrückt in metrischen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent (CO_{2e}) , die ein Staat mit Reduktionsverpflichtung gemäß dem à Kyoto-Protokoll (à Annex-B-Staat) zugeteilt bekommt.

Assignment
Schließen einer Position durch Übertragung an eine dritte Partei. Damit die dritte Partei bereit ist, die Position zu übernehmen, wird eine Ausgleichszahlung in Höhe des aktuellen à Barwertes getätigt. Anwendung z. B. bei Zinsswap (à Interest Rate Swap).

Assoziierte Unternehmen
Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik von der Konzernleitung ein maßgeblicher aber nicht beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann. Sie werden à at equity oder zum à Buchwert bewertet.

At Equity bewertete Beteiligungen
Wesentliche aber nicht beherrschte à Beteiligungen werden in der à Konzernbilanz mit den anteiligen à Eigenmitteln der Beteiligung angesetzt. In die à Konzerngewinn- und Verlustrechnung geht der dem Beteiligungsverhältnis entsprechende aliquote Anteil am à Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens ein.

At the Money-Option
à Am Geld

ATX
Austrian Traded Index. Ein von der à Wiener Börse berechneter à Preisindex, der die allgemeine à Kursentwicklung der rund 20 liquidesten à Aktien der à Wiener Börse widerspiegelt.

ATX-five
Kapitalisierungsgewichtiger à Preisindex, der aus den fünf höchstgewichtesten à Aktien des à ATX besteht.

ATX-Prime
Höchstes Marktsegment der à Wiener Börse, für das strenge Zulassungskriterien wie à Streubesitz, à Marktkapitalisierung, Rechnungslegung u. a. gelten. Derzeit notieren über 40 à Aktientitel in diesem Segment.

Audit
Auditing, Prüfung, Revision. Gegenstand eines Audits kann Rechnungs-, Buch-, Wirtschafts-, Abschluss-, Bestands- und Bilanzprüfung sein und muss von einer in Hinblick auf den zu prüfenden Verantwortungsbereich unabhängigen Person erfolgen.

Aufrechnung
Gegenseitige à Tilgung von zwei sich gegenüberstehenden Forderungen durch Verrechnung.

Aufsandungserklärung
Ausdrückliche Erklärung desjenigen, dessen Recht beschränkt, belastet, aufgehoben oder übertragen werden soll, dass er in die grundbücherliche Einverleibung einwilligt.

Aufschlag
à Marge

Aufsichtsrat
Organ einer à Aktiengesellschaft zur Überwachung der Geschäftsführung, zur Prüfung von à Jahresabschluss und Lagebericht und Berichterstattung darüber in der à Hauptversammlung. Auch à Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) und à Genossenschaften (Gen) haben bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen einen Aufsichtsrat zu bestellen.

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote
Erforderliches Verhältnis der anerkannten à Eigenkapitalpositionen zu den risikogewichteten à Aktiva in der à Bankbilanz, derzeit 8 %.

Auftrag
à Order eines Kunden, à Wertpapiere zu kaufen bzw. zu verkaufen.

Auftragsbuch
Orderbuch. Im zentralen Auftragsbuch einer à Börse werden, mit Ausnahme von à Bestensaufträgen, alle Aufträge gespeichert, auf ihre Durchführbarkeit untersucht und schließlich durchgeführt.

Aufwertung
Änderung des Außenwertes einer à Währung durch Erhöhung des à Wechselkurses. Gegenteil: à Abwertung.

Aufzinsungspapier
à Wertpapier, dessen Zinserträge nicht während der Laufzeit, sondern erst am Ende dieser gezahlt werden. Neben dem à Nennwert enthält der Rückzahlungsbetrag auch Zinsen und à Zinseszinsen. Der à Zinssatz steht bereits zum Zeitpunkt der à Emission fest. Gegenteil: à Abzinsungspapier.

Aus dem Geld
Out of the Money. Ein à Call ist aus dem Geld, wenn der à Kurs des à Basiswertes unter dem à Ausübungspreis liegt.

Ausfallsbürgschaft
Besondere Form der à Bürgschaft, bei der der Bürge vom Gläubiger erst in Anspruch genommen werden kann, nachdem er dem Bürgen den Nachweis erbracht hat (evtl. über erfolglose Vollstreckungsmaßnahmen), dass der Schuldner leistungsunfähig ist. Der Bürger tritt nur für den „Ausfall" ein.

Ausfallsrisiko
Risiko, dass eine Schuld nicht bezahlt werden kann, auch als à Bonitätsrisiko bezeichnet.

Ausfallswahrscheinlichkeit
Expected Default Frequency (EDF), Probability of Default. Wahrscheinlichkeit des Zahlungsausfalles eines Kreditnehmers/Schuldners einer bestimmten à Bonität innerhalb eines bestimmten Zeitraums (in der Regel ein Jahr).

Ausgabekurs
Preis, zu dem à Wertpapiere zum à Emissionstermin begeben werden. Siehe auch à Emissionskurs.

Ausgabepreis
Preis, zu dem à Investmentzertifikate ausgegeben werden. Grundlage des Ausgabepreises ist der errechnete Wert.

Ausgleich
Gerichtliches Verfahren für à insolvent gewordene Unternehmen mit dem Ziel der Restrukturierung und der Weiterführung der Geschäftstätigkeit, wobei ein Minimum der Schulden an die Gläubiger zu bezahlen ist à Ausgleichsquote.

Ausgleichsquote
Jener Prozentsatz der Forderungen, den die Gläubiger im à Ausgleichsverfahren von ihrem Schuldner erhalten sollen.

Auskunftsrecht
Recht der à Aktionäre, in der à Hauptversammlung Fragen, die die Gesellschaft und das Geschäftsergebnis betreffen, an den à Vorstand zu richten.

Ausländische Kapitalanlagefonds
Jedes einem ausländischen Recht unterstehende Vermögen, welches nach Gesetz nach den Grundsätzen der à Risikostreuung angelegt ist. à Immobilienfonds zählen nicht dazu.

Auslandsanleihe
à Anleihe eines ausländischen à Emittenten, die auf einem einzelnen nationalen Markt emittiert wird. Die à Währung ist diejenige des Landes, in dem die Anleihe emittiert wird.

Auslosung
à Verlosung

Ausschüttender Fonds
Anlagefonds (à Investmentfonds), der seine Erträge mehrheitlich an seine Anteilinhaber ausschüttet. Gegenteil: à Thesaurierende Wertpapiere.

Ausschüttung
Auszahlung von à Dividenden, à Boni, à Liquidationserlösen und dergleichen an die Anteilseigner.

Außerbilanzmäßige Geschäfte
Bankgeschäfte, die „off balance sheet" bleiben, d. h. sich nicht in der à Bilanz niederschlagen.

Außerbörslicher Handel
OTC-Markt, Over the Counter-Market. Bezeichnung für den außerbörslichen Handel mit à Wertpapieren.

Austrian Traded Index
à ATX

Ausübung
Exercise. Macht beispielsweise ein à Optionsscheininhaber von seinem Optionsrecht Gebrauch, spricht man von einer Ausübung.

Ausübungspreis
Basispreis, Strike Price. Der Preis, zu dem der à Basiswert (z. B. à Aktie, à Währung, à Index oder Ware) im Falle eines à Call gekauft bzw. im Falle eines à Put verkauft werden kann.

Avis o
Benachrichtigung eines Unternehmens durch eine à Bank über eine erbrachte bzw. bevorstehende Leistung durch einen Dritten, z. B. Erstellung einer à Bankgarantie, Eröffnung eines à Dokumentenakkreditivs.

B

B2B
Business to Business. à E-Commerce-Transaktionen zwischen Unternehmen.

B2C
Business to Consumer. à E-Commerce-Transaktionen zwischen Unternehmen und Konsumenten.

Baisse
Im angloamerikanischen Raum ist die Bezeichnung à Bear Market üblich. Bezeichnung für eine – oft über einen längeren Zeitraum erstreckende – negative Entwicklung (fallende à Kurse) an den à Börsen, die von unsicheren oder pessimistischen Zukunftserwartungen hervorgerufen wird. Kann sich auf alle Märkte oder lediglich Teilmärkte erstrecken. Gegenteil: à Hausse.

Balloon
Restbetrag einer à Anleihe, der am Ende der à Laufzeit noch nicht getilgt ist.

Bank
Kreditinstitut. Ein Unternehmen, das monetäre Problemlösungen für den Zahlungs-, Kredit- und Kapitalverkehr anbietet. Je nach Typus beschäftigt sich eine Bank mit der Kreditvergabe, der Verwaltung von Spareinlagen, dem Handel mit und der Verwahrung von à Wertpapieren oder – im Falle einer Universalbank – mit allem zusammen. Die Gesamtheit aller Banken sowie die gesetzlichen Regelungen dazu bezeichnet man als Bankwesen.

Bankanleihe
Von einer à Bank zur eigenen à Refinanzierung begebene à Anleihe.

Bankaufsichtlicher Überprüfungsprozess
Supervisory Review Process. Stellt einen ergänzenden, stark qualitativen Aspekt der Beaufsichtigung mit möglichst intensivem Kontakt zwischen Aufsicht und à Banken dar.

Bankbuch
Alle bilanziellen und außerbilanziellen Positionen einer Bankbilanz, die nicht dem à Handelsbuch zugeordnet werden.

Bankenaufsicht
Die wesentlichen Aufgaben der Bankenaufsicht sind die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Bankwesens sowie der Gläubigerschutz. In Österreich wird die Bankenaufsicht von der à Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) wahrgenommen.

Bankenaufsicht Neu
Die mit 1. Jänner 2008 in Kraft getretene Finanzmarktaufsichtsreform hat die Bankenaufsicht in der à Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) gestärkt. In einer engen Partnerschaft mit der à Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) überwacht sie, dass die Banken über ein entsprechendes Risikomanagement und ausreichend Kapital verfügen. Durch laufende Analysen und Beobachtung der Bankenlandschaft sowie regelmäßige Prüfungen kann sie krisenhafte Entwicklungen frühzeitig erkennen und rasch reagieren.

Bankgarantie
Guarantee. Die unwiderrufliche Verpflichtung einer à Bank auf erstes Verlangen („on first demand") des Garantiebegünstigten ohne Prüfung des Grundgeschäftes (abstrakte Bankgarantie) – bzw. falls ein Dritter eine bestimmte Leistung nicht erbringt oder seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt (akzessorische Bankgarantie) – zu zahlen. Eine Zahlung darf nur bei rechtsmissbräuchlicher Ziehung der Garantie verweigert werden.

Bankgebühren
Kosten, die von den à Banken für deren Serviceleistungen in Rechnung gestellt werden, z. B. à Bearbeitungsgebühren und à Bereitstellungsgebühren.

Banking
Ansparung von à Emissionszertifikaten und Übertragung in zukünftige Verpflichtungsperioden. Siehe auch à Kyoto Protokoll.

Bankrisiken
Risiken, mit denen das Betreiben von Bankgeschäften verbunden ist. Nach dem Verständnis von à Basel II zählen dazu das à Kreditrisiko, das à Marktrisiko und das à Operationale Risiko, für die à Eigenmittel zu unterlegen sind, und „sonstige Risiken", zu denen etwa strategisches oder Reputationsrisiko zu rechnen sind, für die kein Eigenmittelerfordernis besteht.

Bankwesengesetz (BWG)
Das Bundesgesetz für das Bankwesen regelt die Geschäftstätigkeit der à Banken.

Barausgleich
Cash Settlement. Das ist der Betrag, der bei à Options- und à Termingeschäften anstatt der Lieferung und Abnahme der à Wertpapiere in Geld zu zahlen ist. Der Differenzbetrag zwischen vereinbartem Preis und aktuellem Marktwert des à Basiswertes ist in bar auszugleichen.

Barriere
Schwellenwerte bei à Exotischen Optionen, die bei Über- oder Unterschreitung automatisch eine Veränderung des Wertes, der Rückzahlung oder des à Kupons auslösen. Führt zu einer vorzeitigen Beendigung (à Knock out) oder zum Inkrafttreten (à Knock in) eines Optionsgeschäfts.

Barrier-Option

Limit-Option, Schwellenoption. Europäische à Call- oder à Put-Option, die Einschränkungen aufweist, was zu günstigeren Prämien führt. Wenn der à Basiswert einer Barrier-Option während der Laufzeit ein bestimmtes Kursniveau (à Barriere) erreicht, über- oder unterschreitet, entsteht (à Knock in-Option) oder verfällt (à Knock out-Option) das Optionsrecht.

Barwert (BW)
Present Value. Der Gegenwartswert zukünftiger Zahlungen wird als Barwert bezeichnet. Der Barwert macht zukünftige Zahlungsströme mit unterschiedlichen à Laufzeiten, Zahlungsbeträgen, Zahlungsterminen und à Tilgungsvarianten (Kapital- oder Annuitätentilgung etc.) untereinander vergleichbar.

Basel I
Basel Capital Accord, Basler Eigenkapitalvereinbarung 1988. Verpflichtung der à Banken, bei der Vergabe eines Kredits einen bestimmten Prozentsatz (derzeit 8 %) der à risikogewichteten Aktiva mit à Eigenmitteln zu unterlegen. Es wird keine Differenzierung nach der individuellen à Bonität des Kreditnehmers vorgenommen.

Basel II
Mit der Basler Eigenmittelempfehlung von 1988 (à Basel I) verfolgte der Basler Ausschuss für à Bankenaufsicht das Ziel einer Erhöhung der Stabilität der Finanzmärkte. Dabei wurde zunächst vom „eigentlichen" Bankrisiko, dem à Kreditrisiko, ausgegangen, für das eine à Eigenkapitalquote von 8 % des begebenen Kreditvolumens (in Form der à risikogewichteten Aktiva) vorgesehen wurde. 1996 kam es zu einer umfassenden Ergänzung des Akkords um die Vorschriften zur Berücksichtigung des à Marktrisikos (z. B. Wechselkursrisiko bei à Fremdwährungskrediten oder Volatilität der à Aktien). Basel II ist die nun laufende Überarbeitung des alten Akkords durch den Basler Ausschuss angegangen, mit den Zielen einer weiteren Annäherung der regulatorischen à Eigenmittel an das tatsächliche Risikoprofil der Banken unter umfassender Abdeckung aller wesentlichen à Bankrisiken (Kreditrisiko, Marktrisiko, operatives Risiko) durch anreizkompatible, flexible, theoretisch fundierte und operable Vorschriften, die auch bankinterne Methoden zulassen.

Baseline
Emission von Treibhausgasen, die in einem Referenzszenario („Business as usual"), d. h. ohne die durchgeführten à Joint Implementation- oder à Clean Development Mechanism-Projekte, auftreten würde.

Basis
Differenz zwischen à Termin- und à Kassakurs.

Basisindikatoransatz
Einfachster Ansatz zur Berechnung des à Eigenmittelerfordernisses aus dem Titel des à Operationalen Risikos. Ein bestimmter Prozentsatz eines à Indikators wird als Eigenmittel festgesetzt.

Basis Point Value (BPV)
Veränderung des à Anleihenpreises, wenn sich die à Anleihenrendite um einen à Basispunkt verändert.

Basispreis
à Ausübungspreis

Basispunkt (BP)
Allgemein übliche Angabe als Maßgröße für einen hundertstel Prozentpunkt (à Rendite); d. h. 1 BP = 0,01 %, 100 BP = 1 %.

Basisrisiko
Risiko, dass sich die Preise von ähnlichen aber nicht identen à Finanzinstrumenten unterschiedlich entwickeln könnten. Das Basisrisiko tritt insbesondere als Restrisiko beim à Hedging und der à Arbitrage auf. In beiden Fällen werden Positionen mit ähnlichen Instrumenten geschlossen, z. B. eine à Anleiheposition durch einen à Future. Entsteht nun eine unerwartete Abweichung in der à Kursentwicklung der beiden Instrumente, kann dies mit Verlusten verbunden sein.

Basisswap
Sonderform des à Interest Rate Swaps, bei dem zwei variable Zinszahlungsströme ausgetauscht werden.

Basiswert
Underlying. Einer à Option oder einem à Futures-Kontrakt zugrunde liegendes Instrument. Die wichtigsten Basiswerte sind à Währungen, Zinspapiere, à Aktien und à Aktienindizes sowie Edelmetalle.

Basiszinssatz
Diskontsatz, Discount Rate. Der Basiszinssatz trat mit 1. Jänner 1999 an die Stelle des Diskontsatzes der à Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). Grundlage zur Feststellung von Änderungen des Basiszinssatzes ist der à

Zinssatz für die à Einlagenfazilität. Änderungen des Basiszinssatzes werden von der OeNB im Amtsblatt der Wiener Zeitung verlautbart.

B.A.W.-Zinssatz
B.a.w. heißt „bis auf weiteres“ und bedeutet, dass sich der jeweils verrechnete à Zinssatz zwar an der aktuellen Situation an den à Finanzmärkten orientiert, der Termin und das Ausmaß der Zinssatzanpassung orientiert sich allerdings nach den geschäftspolitischen Vorstellungen der finanzierenden à Bank. Eine für den Darlehensnehmer nachvollziehbare Zinssatzanpassung wird durch die Bindung des Zinssatzes an einen à Zinsindikator erreicht, weil dadurch der Zeitpunkt und das Ausmaß der Anpassung vertraglich klar geregelt sind.

BBI
à Bilanzbonitätsindikator

Bear, Bear Market
Angloamerikanische Bezeichnung für à Baisse. Der Bär symbolisiert als „Börsetier“ fallende Kurse, da er mit seinen Tatzen die Kurse nach unten schlägt. Gegenteil: à Bull.

Bearbeitungsgebühr
Arranger Fee, Management Fee. Bankgebühr, die vom à Fremdfinanzierungsbetrag berechnet wird und meist bei Darlehensvertragsabschluss zahlbar ist.

Bearer
Inhaber eines à Wertpapieres.

Bearer Bond
Festverzinsliche à Inhaberschuldverschreibung.

Bearish
Börsejargon für die Erwartung fallender Kurse, einer à Baisse. Gegenteil: à bullish.

Bear Spread
Kombinierte Optionsstrategie, die durch Verkauf eines à Puts mit einem niedrigeren und Kauf eines Puts mit einem höheren à Ausübungspreises gebildet wird. Beide à Optionen haben die gleiche Laufzeit.

Bedingte Termingeschäfte
Bei bedingten à Termingeschäften erwirbt der Käufer ein Recht auf die zukünftige Erbringung einer genau definierten Leistung. Der Verkäufer geht die Verpflichtung ein, die Leistung auf Wunsch des Käufers zu erbringen.
Beispiel: Das durch einen à Optionsschein verbriefte Optionsrecht stellt ein bedingtes Termingeschäft dar. Der Optionskäufer erwirbt vom Verkäufer das Recht, innerhalb einer festgelegten Zeitspanne die Lieferung oder Abnahme eines bestimmten Gutes zu einem im Vorhinein vereinbarten Preis zu verlangen. Ob der Käufer von diesem Recht Gebrauch macht, bleibt ihm überlassen.

Benchmarkanleihe
Referenzanleihe, die in der Regel vom Staat herausgegeben wird (à Bundesanleihe). Aufgrund des durchschnittlich hohen Ausgabevolumens und den damit verbundenen Konditionen sowie der Liquidität ist diese à Anleihe für andere Emittenten eine Referenz auf dem Anleihemarkt.

Benchmarking
(1) Aussagekräftige, systematische Gegenüberstellung von betrieblichen Prozessen und Ergebnissen entsprechender Unternehmen bzw. Vergleich eines Unternehmens mit einem Mitbewerber, um die Stellung des Unternehmens im Wettbewerb zu ermitteln.
(2) Ein Vergleichskriterium für die à Performance verschiedener Anlageformen. Beispiel: Performance eines österreichischen à Aktienportfolios gemessen an der Entwicklung des à ATX.

Bermuda Option
à Option, die während der Laufzeit nur zu bestimmten Terminen ausgeübt werden kann (z. B. immer am Monatsersten).

Bereitstellungsgebühr
Committment Fee. Meist vierteljährlich zahlbare à Bankgebühr, die vom jeweils nicht gezogenen à Fremdfinanzierungsanteil (also vom Anteil an einer Fremdfinanzierung, der nicht in Anspruch genommen wird) berechnet wird.

Best Case-Szenario
Annahme eines Geschäftsszenarios im Planungsprozess mit Einberechnung mehrheitlich günstiger Rahmenbedingungen. Gegenteil: à Worst Case-Szenario.

Bestensauftrag
à Stop Market-Order

Best Effort-Übernahme
Der à Arranger bzw. à Lead Manager verpflichtet sich bestmöglich zu bemühen, Dritte für die Übernahme des Kredits (des Emissionsvolumens einer à Anleihe) zu gewinnen.

Best In Class
à Investition (Anlageprodukt) im Unternehmen, das in ökologischer und sozialer Hinsicht eine Branchenvorreiterrolle einnimmt (à Nachhaltigkeitsleader).

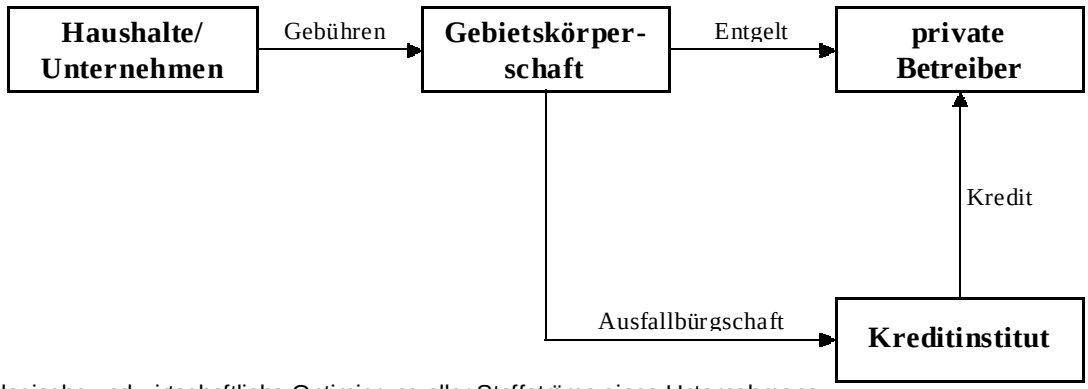
Beta
Kennzahl für die à Kursschwankung einer Aktie (à Volatilität) im Verhältnis zu einem à Aktienindex oder dem Gesamtmarkt. Es handelt sich – im Gegensatz zu à Alpha – um marktbezogene à Renditen.

Beteiligungskategorien
Beteiligungen zählen, wenn sie beherrscht und wesentlich sind, zu den à vollkonsolidierten Gesellschaften. Beteiligungen, die nicht beherrscht aber wesentlich sind, werden à „at equity" in die à Bilanz einbezogen. Alle übrigen Beteiligungen sind in der Bilanz mit dem à Buchwert, in der à Gewinn- und Verlustrechnung mit dem à Dividendenzufluss berücksichtigt.

Betreibermodell
à Public-Private-Partnership-Modell, bei dem die Planung, Errichtung, Finanzierung und der Betrieb einer öffentlichen Einrichtung durch einen privaten Vertragspartner (Betreiber) erfolgt. Für die erbrachten Leistungen erhält der Betreiber ein vereinbartes Entgelt von der öffentlichen Hand. Die Beiträge und Gebühren an die Nutzer werden meist jedoch weiterhin von der öffentlichen Hand festgelegt und auch direkt an diese entrichtet. Der Betreiber übernimmt somit die Pflicht der Aufgabenerfüllung, während die Ver- und Entsorgungspflicht weiterhin im Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand bleibt. Betreiberverträge werden üblicherweise langfristig abgeschlossen (i.d.R. 15-25 Jahre). Am Ende der Vertragslaufzeit erfolgt dann ein Eigentumsübergang an die öffentliche Hand (siehe auch à Kooperationsmodell und à Konzessionsmodell).

Betriebsergebnis
Das Betriebsergebnis stellt in der à Bilanz den Saldo aus den Betriebserträgen und Betriebsaufwendungen dar.

Betriebsökologie



Ökologische und wirtschaftliche Optimierung aller Stoffströme eines Unternehmens

Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer
Die für die Ermittlung der à AfA und des Restwertes heranzuziehende Nutzungsdauer der Immobilie.

Bezogener
Trassat. Person, die einen Geldbetrag bezahlen soll, über den ein à Wechsel oder ein à Scheck ausgestellt ist.

Bezugsfrist
Zeitspanne für die Ausübung des à Bezugsrechtes, in welcher der à Aktionär zu entscheiden hat, ob er sich an einer à Kapitalerhöhung beteiligt oder nicht.

Bezugsrechte
Recht des à Aktionärs bei einer à Kapitalerhöhung entsprechend seiner bisherigen Beteiligung am Grundkapital neue bzw. à junge Aktien zu erwerben. Dieses Recht kann eigenständig verkauft werden.

BID
à Geldkurs

BID-Price
à Geldkurs

Big Bang
Bezeichnung für die radikale Umgestaltung des Londoner Finanzplatzes Mitte der 80er Jahre mit einer starken Deregulierung der Rahmenbedingungen und einer Ausweitung der erlaubten Geschäftsfelder.

Bilanz
Gegenüberstellung der à Aktiva und à Passiva eines Unternehmens mit dem Ziel seine Vermögens-, Kapital- und Finanzstruktur darzustellen.

Bilanzanalyse
Auswertung der à Bilanz und à Gewinn- und Verlustrechnung zur à Bonitätsprüfung eines Unternehmens.

Bilanzbonität
Die Bilanzbonität wird anhand von à Bilanzkennzahlen ermittelt. Sie dient im internen à Rating-Prozess meist als wichtiger Baustein zur Ermittlung der Unternehmensbonität.

Bilanzierungsregeln
Gesamtheit der Ansatz-, Bewertungs- und Ausweisungsvorschriften in einem Rechnungslegungssystem.

Bindungsdauer
Die Bindungsdauer soll aufzeigen, wie lange ein Veranlagungsinstrument gehalten werden muss, um die erwartete à Rendite mit der angegebenen Wahrscheinlichkeit (Kalkulierbarkeit) zu erreichen.

BIP
à Bruttoinlandsprodukt

BIS
à BIZ

BIZ
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Bank for International Settlements. Internationale Organisation auf dem Gebiet des Finanzwesens. Sie verwaltet Teile der internationalen Währungsreserven und gilt damit quasi als Bank der à Zentralbanken der Welt. Sitz der BIZ ist Basel (Schweiz).

Black & Scholes-Modell
Das bekannteste mathematische Modell zur theoretischen Berechnung von à Optionspreisen, benannt nach den US-amerikanischen Universitätsprofessoren Fischer Black und Myron Scholes.

Blue Chips
Angloamerikanische Bezeichnung für à Aktien mit einem hohen Bekanntheitsgrad. Blue Chips zeichnen sich in der Regel durch eine hohe à Bonität, regelmäßige à Dividendenzahlungen sowie hohe Stabilität aus.

BNP
à Bruttonationalprodukt

Bond
à Anleihe

Bond Futures
à Futures, deren Basiswert eine à Anleihe ist.

Bonität
Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kreditnehmer die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft aufrechterhalten sowie die betriebswirtschaftlich notwendigen Erträge erwirtschaften wird können.

Bonitätsrisiko

Risiko, dass der Schuldner zahlungsunfähig (à insolvent) wird und damit Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht oder nicht termingerecht bedienen kann.

Bonus
Zusätzlich zur à Dividende gewährte Sondervergütung für à Aktionäre.

Bonusaktie
à Aktie, die eine Gesellschaft zulasten ihrer Reserven unentgeltlich an die à Aktionäre neu ausgibt. Siehe auch à Kapitalberichtigung.

Bonusausschüttung
Wird die à Dividende um einen à Bonus aufgestockt, z. B. auf Grund eines bestimmten Ereignisses wie Firmenjubiläum oder Steuervorteil, so handelt es sich dabei um eine Sonderausschüttung.

Bookbuilding-Verfahren
Dabei werden die Kapitalanleger in den Preisfindungsprozess mit einbezogen. Zunächst wird eine Spanne bzw. ein Preisband festgelegt. Interessierte Anleger teilen ihren à Banken mit, zu welchem Preis innerhalb dieses Bereichs sie wie viele à Aktien bzw. à Anleihen zeichnen wollen. Aus der Gesamtheit der Gebote wird dann der à Kurs der Papiere abgeleitet.

BP
à Basispunkt

BPV
à Basis Point Value

Börse
Markt, auf dem für Waren wie Rohstoffe, à Devisen oder à Wertpapiere nach Angebot und Nachfrage unter geregelten Voraussetzungen und zu definierten Zeiten Preise gebildet werden. Diese Güter sind physisch nicht anwesend, der Handel damit wird von dazu berechtigten Personen betrieben. In Österreich ist die à Wiener Börse für den Handel autorisiert.

Börsegesetz
Regelt das Verhältnis zwischen à Börsemitgliedern und Börsebesuchern (Börsehändlern und -kunden) einerseits und dem Börseunternehmen andererseits. Das Börsegesetz enthält weiters Bestimmungen, die die Zulassung von Verkehrsgegenständen, die Pflichten von à Emittenten sowie teilweise die Handelsaufsicht (à Finanzmarktaufsicht) betreffen.

Börsekapitalisierung
Drückt den Wert aller an einer Börse gehandelten à Aktien, also den Wert des Gesamtbörsemarktes aus. Dabei werden die à Marktkapitalisierungen der einzelnen Unternehmen, die sich im Streubesitz befinden, addiert.

Börsenindex
Stock Exchange Index. Index, der den allgemeinen Trend der à Börse oder einer Gruppe von à Wertpapieren widerspiegelt. Siehe auch à Aktienindex.

Börsenkurs
Durch Angebot und Nachfrage ermittelte Preis für die gehandelte Ware an der à Börse.

Börsenmakler
Broker, Börsenagent, Börsenhändler Makler, Stockbroker. Natürliche oder juristische Person, die für Rechnung des Kunden, aber in eigenem Namen gewerbsmäßig an der à Börse Geschäftsabschlüsse tätigt. Im engeren Sinne hat der Makler/Broker/Agent (im Gegensatz zum Händler) lediglich eine Nachweis- oder Vermittlerfunktion, indem er im eigenen Namen, aber auf fremde Rechnung Verträge vermittelt oder entsprechende Abschlussmöglichkeiten nachweist. Gegenteil: à Trader.

Börsennotierung
Börsennotiz, Listing. Bezeichnung für die Aufnahme eines à Wertpapiers in den Handel an einer bestimmten à Börse oder in einem Börsensegment.

Branchenfonds
Anlagefonds (à Investmentfonds), der sein Vermögen ausschließlich in à Wertpapiere eines bestimmten Wirtschaftszweigs anlegt.

Break Even Point

Ist die Gewinnschwelle, also der Punkt, an dem ein Unternehmen oder ein Anleger weder einen Gewinn noch einen Verlust erwirtschaftet. Wird die Gewinnschwelle überschritten, macht man Gewinne, wird sie unterschritten, macht man Verluste.

Bridge Finance
Zwischenfinanzierung eines Wachstumsunternehmens knapp vor einem à Börsegang durch einen à Risikokapitalgeber.

Bridge Loan
à Überbrückungskredit

Briefkurs
ASK, Offer. Preis, zu welchem ein à Finanzinstrument zum Verkauf angeboten wird. Gegenteil: à Geldkurs (BID).

Briefsatz
à Zinssatz, zu dem ein Kreditinstitut (à Bank) bereit ist, auf Anfrage Geld zu verleihen.

British Bankers Association (BBA)
Britischer Bankenverband. Führt u. a. das à Libor-Fixing durch (BBA-Libor) und hat einen Rahmenvertrag für à Forward Rate Agreements (FRABBA)entwickelt.

Broker
à Börsenmakler

Bruttodividende
à Dividende vor Abzug der à Kapitalertragsteuer (KESt).

Bruttoemission
Summe aller in einem bestimmten Zeitraum von à Emittenten ausgegebene à Wertpapiere.

Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer à Volkswirtschaft. Es umfasst alle im Inland (von Inländern und Ausländern) in einem Kalenderjahr erzeugten Güter und Dienstleistungen. Die Bewertung der Güter und Dienstleistungen erfolgt entweder zu laufenden Preisen (Marktpreisen) oder konstanten Preisen (Preise eines bestimmten Basisjahres). Die jährliche Prozentänderung des BIP gibt das Wachstum einer Volkswirtschaft wieder.

Bruttonationalprodukt (BNP)
Bruttosozialprodukt (BSP). Umfasst alle Güter und Leistungen von inländischen Produktionsfaktoren, unabhängig von ihrem Einsatzort und ist – ähnlich wie das à BIP – ein Indikator für die Wirtschaftsleistung einer à Volkswirtschaft.

Bubble
(1) Spekulative Überinvestition in bestimmte Asset-Klassen (z. B. Internet- oder Immobilienbubble).
(2) In Zusammenhang mit à Kyoto-Protokoll: Gemäß Art. 4 des Kyoto-Protokolls können sich mehrere Vertragsstaaten zur gemeinsamen Erfüllung ihrer Reduktionsverpflichtungen zu einer Bubble zusammenschließen und ihre Gesamtverpflichtung intern je nach Situation der einzelnen Länder verteilen.

Buchgeld
à Giralgeld

Buchwert
Der in der à Bilanz ausgewiesene Wert von Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten eines Unternehmens.

Bull, Bulle
Angloamerikanische Bezeichnung für à Hausse. Der Bulle symbolisiert als „Börsetier“ steigende Kurse, da er mit seinen Hörnern die Kurse nach oben wirft. Gegenteil: à Bear.

Bullish
Börsejargon für die Erwartung steigender Kurse (einer à Hausse). Gegenteil: à bearish.

Bull Spread
Kombinierte Optionsstrategie, die durch Kauf eines à Calls mit einem niedrigeren und Verkauf mit einem höheren à Ausübungspreis gebildet wird. Beide à Optionen haben die gleiche Laufzeit.

Bundesanleihen
Bundesobligationen. Anleihen der Republik Österreich.

Bundesobligation
à Bundesanleihe

Bundesschatzschein
Ein à Forderungspapier, das vom Bund zur Deckung des kurz- bis mittelfristigen Kapitalbedarfes (Laufzeiten von drei Monaten bis zu fünf Jahren) emittiert wird.

Bürgschaft
Vertrag, durch den sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten verpflichtet, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen. Die Bürgschaft dient als Absicherungsinstrument für einen Gläubiger.

Burn Rate
Zeitspanne, in der das einem Unternehmen zur Verfügung gestellte Kapital verbraucht ist (= Geschwindigkeit, mit der Kapital aufgebraucht wird).

Business Angel
à Risikokapitalgeber, der sich auf Wachstumsunternehmen konzentriert, die sich noch in der Frühphase ihrer Entwicklung befinden, und der sich nicht nur kapital- sondern auch arbeitsmäßig engagiert. Siehe auch à Venture Capital.

Business Plan
Strukturierte und komprimierte Kurzdarstellung eines Unternehmens mit dem Ziel potentielle Kapitalgeber zu finden. Enthält Informationen über Geschäftsfelder, Produkte, Märkte, Management und Mitarbeiter/innen.

Bust
à Börseumsatzsteuer, also eine Kapitalverkehrsteuer, die auf den Umsatz aus dem Handel mit à Wertpapieren erhoben wird.

Buy Back
Rückkauf. Exit-Variante, bei der Unternehmensanteile durch die Altgesellschafter zurückgekauft werden.

Buy Out
Unternehmensübernahme. Institutional Buy out (IBO): Ein externer Eigenkapitalinvestor erwirbt einen kontrollierenden Anteil (über 50 %). Siehe auch à Management-Buy out.

BWG
à Bankwesengesetz

BWG-Bemessungsgrundlage
Summe der à risikogewichtigen Aktiva, außerbilanzmäßigen und besonderen außerbilanzmäßigen Positionen des à Bankbuchs. Berechnet nach à Bankwesengesetz (BWG).

C

CAC-40
Index der 40 umsatzstärksten à Aktien an der Pariser Börse.

Call
Call-Option. Eine Kaufoption bei à Optionsgeschäften. Der Käufer eines Calls erwirbt das Recht (jedoch nicht die Verpflichtung), innerhalb eines bestimmten Zeitraums eine bestimmte Anzahl à Wertpapiere bzw. einen bestimmten à Devisenbetrag oder eine bestimmte Edelmetallmenge zu einem im voraus festgelegten à Kurs zu kaufen. Gegenteil: à Put.

Call/Put-Parität
Zeigt den Zusammenhang zwischen dem Preis von à Call Option und à Put Option mit gleichem à Ausübungspreis (Strike Price). Grund für diesen Zusammenhang ist die Möglichkeit, aus einer Put Option durch Kauf des à Basiswertes (Underlying) eine synthetische Call Option zu produzieren. Abweichungen von der Call/Put-Parität können somit ausarbitriert (à siehe Arbitrage) werden.

$$\text{Call} = \frac{\text{Put} + (\text{Underlying} - \text{Strike})}{(1 + \text{Zinssatz} * \text{Tage} / 360)} \qquad \text{Put} = \frac{\text{Call} + (\text{Strike} - \text{Underlying})}{(1 + \text{Zinssatz} * \text{Tage}/360)}$$

Call Swaption
Payers Swaption. Entspricht einer à Call Option auf einen Zinsswap (à Interest Rate Swap). Der Käufer der Payers Swaption hat das Recht, aber nicht die Pflicht, am Verfallstag einen genau spezifizierten Zinsswap zum Strike Price (à Ausübungspreis) zu kaufen. D. h. er schließt einen Swap ab, in dem er den festen Zinssatz in der Höhe des Strike zahlt und einen à variablen Zinssatz, z. B. à Euribor, erhält. Eine Payers Swaption wird zur Absicherung gegen steigende à Zinsen eingesetzt. Gegenteil: à Put Swaption.

Callable Notes
à Schuldverschreibungen, die mit einem zusätzlichen Kündigungsrecht des à Emittenten ausgestattet sind. So ist der Emittent berechtigt, die Schuldverschreibungen zu einem (oder mehreren) bestimmten Kündigungsterminen, in der Regel zum à Nennwert, zu kündigen.

Cap
Obergrenze. Um nicht zur Gänze dem Risiko eines Anstiegs der à Geldmarktzinsen ausgesetzt zu sein, besteht bei Finanzierungen mit à variabler Verzinsung für die Kreditnehmer die Möglichkeit des Einzuges einer Zinsobergrenze (Cap). Im Gegenzug zahlt der Kreditnehmer mit der Cap-Prämie eine Art „Versicherungsprämie“, die er entweder in Form einer einmaligen Zahlung oder über einen laufenden Aufschlag auf den aktuellen Geldmarktzinssatz begleicht. Caps sind damit eine Versicherung gegen steigende Zinsen. Gegenteil: à Floor.
Beispiel: Hypothetische Entwicklung des Geldmarktzinssatzes; ab einem – fiktiv angenommenen – Zinssatz über 6,50 % greift das Cap, darunter gilt der jeweils aktuelle à Zinssatz.

Capital Asset Pricing Model
Verfahren zur Ermittlung der marktorientierten à Eigenkapitalkosten anlässlich einer Unternehmensbewertung.

Capital Gain
Gewinn, der aus dem Verkauf von Unternehmensanteilen auf Grund der erzielten Wertsteigerung entsteht.

Capped Note
à Wertpapier, das dem Gläubiger einen bestimmten à Höchstzinssatz bietet und so den à Emittenten vor starken Zinsanstiegen schützt.

Carbon Fund
Fonds zur Finanzierung von emissionsarmen oder -reduzierenden Technologien.

Carry Trade
Bezeichnet eine Investmentstrategie auf einem à Devisenmarkt, bei denen eine à Währungsveranlagung in einem Hochzinsland einer Mittelaufnahme in einem Niedrigzinsland gegenübersteht.

Cashflow
Kennzahl über die Finanzkraft eines Unternehmens. Er zeigt u. a. inwieweit ein Unternehmen à Investitionen oder Kredittilgungen aus eigener Kraft durchführen kann. Je höher der Cashflow, desto höher die selbst erwirtschafteten Mitteln des Unternehmens, desto leichter können zukünftige Verpflichtungen erfüllt werden.

Cashfonds
Geldmarktfonds. Fonds, der vornehmlich in à Rentenwerte mit kurzen Restlaufzeiten wie auch in à Festgelder veranlagt.

Cash Management
Gezielte Steuerung der kurzfristigen Liquidität eines Unternehmens.

Cash Out
Vorzeitige Vertragsauflösung bei Zinstermin- und à Zinsoptionsgeschäften, wobei die gegenseitigen Forderungen über eine Gegenrechnung auf Grundlage aktueller à Marktpreise ausgeglichen werden.

Cash Settlement
à Barausgleich

CBOE
Chicago Board Options Exchange – eine der größten à Optionsbörsen der Welt.

CBOT
Chicago Board of Trade – eine der größten à Börsen der Welt.

CCS
à Cross Currency Swap

CD
à Certificate of Deposit

Central Counterparty Austria (CCP.A)
Bezeichnung für ein Rechtssubjekt, das an à Börsen als Vertragspartei zwischen Verkäufer und Käufer tritt. Die à Oesterreichische Kontrollbank AG (OeKB) als Abwicklungsstelle für Kassaprodukte, die à Wiener Börse als Börseunternehmen und à Clearing House für à Derivate haben eine gemeinsam betriebene Gesellschaft gegründet, die seit 1.1.2005 die Rolle einer Central Counterparty für den gesamten Wiener Markt wahrnimmt.

Centralised Securities Database (CSDB)
Datenbank der à Europäischen Zentralbank (EZB), die umfangreiche Daten zu von EU-Ansässigen emittierten oder gehaltenen à Wertpapieren enthält.

CEO
Chief Executive Officer. Vorstandsvorsitzender einer à Aktiengesellschaft.

Certificate of Deposit (CD)
Von à Banken emittierte à Inhaberschuldscheine. Laufzeiten betragen in der Regel bis zu einem Jahr. CDs sind am à Sekundärmarkt handelbar.

Certificate Emission Reduction (CER)
Emissionsreduktion, die durch à Clean Development Mechanism (CDM)-Projekte erbracht wird. Diese Reduktion, ausgedrückt in metrischen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent (CO_{2e}) wird dem à Annex B-Land gutgeschrieben. Seit dem Jahr 2000 anrechenbar.

Certified Emissions Reductions (CER)
Kyoto-Einheiten, die aus à Clean Development Mechanism (CDM)-Projekten generiert werden. Sämtliche CER werden über eine eigene CDM-Registerstelle abgewickelt. Siehe auch à Emissionshandel.

CEX
CECE-Index. Übergreifender à Osteuropaindex, der die Länderindizes Hungarian Traded Index (à HTX), Czech Traded Index (à CTX) und Polish Traded Index (à PTX) umfasst.

CFO
Chief Financial Officer. Finanzvorstand einer à Aktiengesellschaft.

Charts
Graphische Darstellung von Kurs- und Umsatzbewegungen.

Chinese Walls
Informationsbarrieren, die innerhalb einer à Finanzinstitution errichtet werden, um unterschiedliche Vertraulichkeitsbereiche zu schaffen z. B. um Interessenskonflikte zwischen Eigenhandel und Kreditgeschäft zu vermeiden.

CIR
à Cost Income Ratio

Clean Development Mechanism (CDM)
Im à Kyoto-Protokoll festgelegter flexibler Mechanismus, der wirtschaftlich effiziente internationale Klimaschutzprojekte, zur Verminderung der Treibhausgase in Entwicklungsländern, ermöglicht.

Clean Price
Preis eines à Finanzinstruments ohne Zinsabgrenzung bzw. Stückzinsen. Gegenteil: à Dirty Price.

Clearing
Auf- und Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen zwei oder mehreren Partnern.

Clearinghaus
Clearingstelle. Eine der à Börse angeschlossene Institution. Über sie werden alle Abschlüsse von à Futures und à Optionen auf Futures abgewickelt und verrechnet. Sie nimmt zu jedem Käufer bzw. Verkäufer die rechtliche Gegenposition ein und übernimmt damit das à Bonitätsrisiko der Handelsteilnehmer.

Close Out
Schließen einer à Position durch Auflösen des ursprünglichen Geschäfts. Damit der ursprüngliche Geschäftspartner bereit ist, das Geschäft aufzulösen, wird eine Ausgleichszahlung in Höhe des aktuellen à Barwertes getätigt. Gängig bei Zinsswaps (à Interest Rate Swap).

Closing
1. Rechtlicher Abschluss und juristisches In-Kraft-Treten einer Transaktion.
2. à Schlusskurs

CMS
à Constant Maturity Swap

CNX
China Traded Index. Ein in Kooperation mit der Börse Shanghai von der à Wiener Börse entwickelter und à Real Time berechneter à Preisindex, der die meist gehandelten à Aktien der Kategorie „A Shares", die an der Börse Shanghai gelistet sind, beinhaltet.

Code of Conduct
Verhaltensregeln für Management und Mitarbeiter/innen eines Unternehmens

Co-Lead Manager
Bezeichnung für jene à Banken, die gemeinsam mit dem à Lead Manager federführend in die Organisation einer Finanzierung eingebunden sind und in einem à Emissionssyndikat oder bei einer à syndizierten Kreditfinanzierung eine besondere Stellung haben, z. B. eine größere Quote übernehmen.

Collar
Die vertragliche Festlegung eines Höchst- und à Mindestzinssatzes, beispielsweise bei einem à variabel verzinsten Kredit. Der Kreditnehmer sichert sich gegen steigende Zinsen, gleichzeitig sichert sich der Kreditgeber gegen fallende Zinsen ab.

Collateralised Bond Obligations (CBO)
Form von à Asset Backed Securities (ABS) bei denen à Anleihen à verbrieft werden.

Collateralised Debt Obligations (CDO)
Form von à Asset Backed Securities (ABS) bei denen Forderungen verbrieft werden. Überbegriff zu à Collateralised Bond Obligations (CBO) und à Collateralised Loan Obligations (CLO).

Collateralised Loan Obligations (CLO)
Form von à Asset Backed Securities (ABS) bei denen Kreditforderungen à verbrieft werden.

Comfort Letter
Letter of Comfort (LoC). Erklärung des Wirtschaftsprüfers des Emittenten im Rahmen einer à Aktien- oder Anleihenemission, dass die im à Prospekt enthaltenen Finanzinformationen richtig und vollständig sind und dass zwischen dem letzten Bilanzstichtag und dem Tag der Abgabe der Erklärung keine wesentlichen Veränderungen in der wirtschaftlichen Lage des Emittenten eingetreten sind.

Commercial Paper (CP)
Geldmarktpapiere, Liquiditätstitel. Spezielle à Wertpapiere, in aller Regel abgezinste à Schuldverschreibungen, die zur Beschaffung kurzfristiger Gelder (sieben Tage bis rund zwei Jahre) ausgegeben (à emittiert) werden und die in der Regel nicht à börsennotiert sind. Damit sind sie ein Bereich des à Geldmarktes. Der Verkaufspreis errechnet sich aus dem à Nominalwert abzüglich der für die Laufzeit insgesamt anfallenden Zinsen.

Commercial Paper Programme
Rahmenvereinbarung zwischen dem Emittenten und den Platzeuren zur à Emittierung von kurzfristigen Schuldtiteln (à Commercial Paper). Der Emittent hat dabei das Recht, aber nicht die Verpflichtung, jederzeit Commercial Paper zu begeben (emittieren).

Commitment
Finanzierungszusage bzw. Verpflichtung zur Durchführung oder Übernahme von bestimmten Leistungen im Rahmen von Finanztransaktionen.

Commitment Fee
à Bereitstellungsgebühr

Commitment Period
Verpflichtungszeitraum. Periode von 2008 bis 2012, in dem die à Kyoto-Emissionsreduktions- oder Limitierungsverpflichtungen erfüllt werden müssen.

Commodities
Physische Güter, wie z. B. Metalle, Öl, landwirtschaftliche Produkte, die an der à Börse gehandelt werden.

Common Goods
à Gemeingüter

Company Report
Schriftliche Dokumentation der Unternehmensanalyse im Zusammenhang mit einer geplanten à Aktien- oder Anleihenemission.

Compliance
Organisationskonzept, dessen Ziel es ist, ein von Fairness, Solidarität und Vertrauen getragenes Verhältnis der Informationssymmetrie zwischen den Kunden, dem Kreditinstitut (à Bank) und den Mitarbeitern/innen zu erreichen, Interessenkonflikte zu vermeiden und die Einhaltung geltender Gesetze und sonstiger (z. B. bankinterner) Regelungen sicherzustellen.

Compliance Certificate
Verifizierte Bestätigung über die Einhaltung vertraglich festgelegter à Covenants (Verpflichtungserklärungen).

Composite Currence Bound
Auf einen à Währungskorb lautende, typischerweise festverzinsliche à Anleihe.

Conditions Precedent
Ziehungsvoraussetzungen. Voraussetzungen für die Erfüllung einer vertraglichen (Zahlungs-)Leistung.

Conduit
Eine Zweckgesellschaft, deren alleiniger Unternehmensgegenstand in der à Emission von Wertpapieren zum Ankauf von Forderungen im Rahmen einer Verbriefung von Forderungen (à Asset Securitisation) besteht. Werden in einem Conduit Forderungen mehrerer Forderungsverkäufer gebündelt, spricht man auch von einem Multi-Seller Conduit. Das Conduit weist ein besseres à Rating als das Unternehmen, in dem die Forderungen angefallen sind, auf.

Confidentially Letter
Erklärung eines potenziellen (à Syndikats-) Partners, die ihm zur Verfügung gestellte Information vertraulich zu behandeln.

Consolidated Banking Statistics
Konsolidierte Bankenstatistik. Im Rahmen der Internationalen Bankenstatistik wird eine konsolidierte Bankenstatistik gegliedert nach Restlaufzeiten von der à Oesterreichischen Nationalbank erhoben und an die à Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) weitergeleitet. Inhalt dieser Erhebung bilden die à Aktiva der in Österreich tätigen Kreditinstitute (à Bank) gegenüber dem Ausland. Die Daten werden auf konsolidierter Basis erhoben, d. h. unter Einbeziehung der Auslandsfilialen und der ausländischen Bankentöchter. Zusätzlich gibt diese Erhebung auch Auskunft über den Risikotransfer (Garantien, Sicherheiten u.a.) zwischen den einzelnen Ländern sowie dem daraus resultierenden Letztrisiko.

Constant Maturity Swap (CMS)
Basisswap, bei dem ein à variabler Zinssatz (z. B. 6-Monats-Libor) kurzfristig und der andere Zinssatz (z. B. 5-Jahres-IRS-Satz) langfristig ist. Abhängig von der Form der Zinskurve wird der langfristige Zinssatz mit Aufschlägen (bei à inverser Zinskurve) oder mit Abschlägen (bei normaler Zinskurve) quotiert.

Contracting
Der Contractor übernimmt die Durchführung von Energiesparmaßnahmen oder die Errichtung und den Betrieb einer Energieversorgungsanlage, ohne dass sich der Kunde an den à Investitionen zu beteiligen hat. Zur Finanzierung der Maßnahmen schließt der Contractor einen à Darlehensvertrag mit einer à Bank ab. Ist der Kunde eine Gemeinde, dann tritt der Contractor zwischen die Gemeinde und die kreditgebende à Bank, wodurch die Bank die à Bonitätsbeurteilung auf den Contractor abstellen muss.

Convertible Bond
à Wandelanleihe

COO

Chief Operating Officer. Für die (IT-)Organisation eines Unternehmens verantwortliches Vorstands- bzw. Geschäftsleitungsmitglied.

Corporate Bond
Unternehmensanleihe. Von Unternehmen auf dem à Kapitalmarkt begebene à Anleihen.

Corporate Citizenship
Selbstverpflichtung eines Unternehmens, durch ökologische, soziale und kulturelle Aktivitäten zum Gemeinwohl der Gesellschaft beizutragen.

Corporate Finance
Bankaktivitäten im Firmenkundengeschäft, zu denen – neben dem Investment Banking – auch die Strukturierung von Finanzierungen von unternehmerischen Sondersituationen wie z. B. Akquisitionsstrategien, Internalisierung, à Management-Buy-out gehört.

Corporate Governance
Wörtlich: Unternehmensführung, Aktienkultur. Im übertragenen Sinne: International übliche, freiwillige Standards für verantwortungsvolle Führung und Kontrolle von Unternehmen, die das Vertrauen der à Aktionäre fördert.

Corporate Governance Codex
Regelwerk für die Leitung und Überwachung von (vorrangig à börsennotierten) à Aktiengesellschaften.

Corporate Social Responsibility (CSR)
Integration von sozialer Verantwortung in die Unternehmenstätigkeit und die Pflege der Beziehungen zu den à Stakeholdern unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ethischer Themen. Siehe auch à Nachhaltigkeit.

Cost Income Ratio (CIR)
Kennzahl für Kosteneffizienz von Unternehmen, sagt aus, wie viel Prozent des Ertrags durch den Verwaltungsaufwand verzehrt werden. Je niedriger die Quote, desto besser wirtschaftet das Unternehmen. Nach à International Financial Reporting Standards (IFRS): Verwaltungsaufwand in Relation zu Erträgen (Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Finanzanlageergebnis).

Coupon
à Kupon

Courtage
Kommission einer à Bank für den Kauf oder Verkauf von à Wertpapieren und à Devisen.

Covenant
Verpflichtungserklärung. Vereinbarung, in der sich Kreditnehmer verpflichten, bestimmte Bedingungen oder Auflagen während der Laufzeit eines Kreditgeschäfts zu erfüllen oder das Unterbleiben bestimmter Ereignisse zu gewährleisten. Zu unterscheiden sind Legal Covenants und à Financial Covenants.

Covered Bond
Fundierte à Anleihe, die durch einen Deckungsstock besichert ist und den Investoren somit eine zusätzliche Sicherheit bietet.

Covered Call Writing
Ausstellen von à Calls bei gleichzeitigem Besitz des zugrunde liegenden à Basiswertes. Ergibt eine à gedeckte Position.

CP
à Commercial Paper

Crash
Börsencrash. Schwere Kursverluste in kurzer Zeit. Bereits am à „Schwarzen Freitag“ am 09.05.1873 kam es zum Börsencrash und darauf folgend zu der Krise der Gründerjahre. Auch der 25.10.1929 war ein „Schwarzer Freitag“, in dessen Folgetagen der Finanzmarkt in der à Wall Street in New York völlig zusammenbrach und die Weltwirtschaftskrise einleitete.

Creation Redemption-Prozess
Diesen Prozess gibt es nur bei börsegehandelten Investmentfonds (à ETFs) und beinhaltet den Tausch von Aktienkörben gegen Fondsanteile.

Credit Default Swap (CDS)

Ein an Finanzmärkten gehandeltes Instrument, um sich gegen den Ausfall einer Forderung (z. B. eines gewährten Kredites) zu versichern. Dabei wird eine Trennung des à Kreditrisikos von dem zugrunde liegenden Finanzierungsgeschäft ermöglicht. Das Kreditrisiko wird von der finanzierenden à Bank auf den Verkäufer des Credit Default Swap übertragen. Die Bank zahlt als Käufer dieses Instruments an den Verkäufer eine Prämie. Im Gegenzug verpflichtet sich der Verkäufer, im Falle eines Darlehensausfalls eine Ausfallszahlung zu leisten. Die Höhe der Ausfallszahlung wird bereits im Voraus zwischen dem Käufer und dem Verkäufer vereinbart.

Credit Derivate
Kreditderivativ. Instrument zur Trennung von Kredit und à Kreditrisiko zur Überwälzung von Kreditrisiken vom ursprünglichen Gläubiger an einen Dritten. Beispielsweise kann ein Kreditportfolio mittels à Credit Default Swap risikomäßig optimiert werden.

Credit Enhancement
Besicherungsformen eines Kredits oder einer à Zweckgesellschaft. Durch die Bereitstellung von zusätzlichen Sicherheiten wird die à Bonität eines Finanztitels verbessert und so der geforderte Verzinsungsanspruch verringert.

Credit Event
Ein Ereignis, das die Auszahlung eines à Kreditderivates auslöst, z. B. Zahlungsverzug, Bonitätsverschlechterung, Konkurs (à Insolvenz), Zahlungsverweigerung, Moratorium etc.

Credit Linked Note
Wertpapier, das Ansprüche à verbrieft, deren Bedienung (Zahlung von Zinsen, Rückzahlung) von der Entwicklung (den Rückflüssen) einer anderen Forderung (oder mehreren anderen Forderungen) abhängig ist. Eine Credit Linked Note ermöglicht dem Emittenten die Überwälzung des à Kreditrisikos des Schuldners der anderen Forderung auf Dritte.

Credit Spread
Stellen die tatsächliche Opportunität dar, zu der à Kreditrisiken am Markt eingegangen werden können. Credit Spreads entsprechen einer Risikoprämie, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die Kreditausfälle in einem à diversifizierten Portfolio abdeckt (Preis für schlechtere Kreditwürdigkeit).

Credit Value at Risk
Credit VaR. Betrag des höchstmöglichen Kreditausfalles unter einer gegebenen Wahrscheinlichkeit. Begriff aus dem à Kreditrisikomanagement von à Banken.

Crediting Period
Zeitspanne, in der ein à Joint Implentation (JI)- oder à Clean Development Mechanism (CDM)-Projekt Emissionsreduktionszertifikate generieren kann.

Cross Border Leasing (CBL)
US-Leasing. Lease-and-lease-back-Transaktion, die zwischen einem österreichischen und einem amerikanischen Partner abgeschlossen wird. Der österreichische Partner (z. B. ein Wasserverband) verleast Anlagegüter und least sie noch am gleichen Tag zurück. Dadurch erzielt der amerikanische Partner in den Vereinigten Staaten einen Steuervorteil, den er im Ausmaß von bis zu 7 % des Wertes des Anlagevermögens mit dem österreichischen Partner teilt. Die Eigentumsverhältnisse in Österreich bleiben von der Transaktion unbeeinflusst.
EVO: löschen!?

Cross Currency Swap (CCS)
Forward Outright Swap, Par Value Swap. à Währungsswap, bei dem sowohl der nominelle Kapitalbetrag (notional amount), als auch die zwischenzeitlichen Zinszahlungen am Anfang und Ende der Laufzeit getauscht werden. Technisch besteht der wesentliche Unterschied zum à Devisenswap in den zwischenzeitlichen Zinszahlungen. Beim Par Value Swap haben Anfangs- und Schlusstransaktionen den gleichen Kurs, üblicherweise den bei Abschluss herrschenden Kassamittelkurs. Beim Forward Outright Swap wird die Anfangstransaktion zum Kassakurs, die Schlusstransaktion zum Terminkurs durchgeführt. Standard ist der Par Value Swap. In Ausnahmefällen kann auch vereinbart werden, dass die Anfangstransaktion entfällt.

Cross Default-Klausel
Drittverzugsklausel. Diese berechtigt den Gläubiger zur Kündigung des Vertrages (Fälligstellung des Kredits), wenn der Schuldner bei der Erfüllung einer gegenüber einem anderen Gläubiger bestehenden Pflicht in Verzug (à Default) geraten ist.

Cross Rate
Der durch Verkettung von zwei à Wechselkursrelationen errechnete dritte Wechselkurs.

CSDB

à Centralised Securities Database

CTX
Der Czech Traded Index ist ein von der à Wiener Börse entwickelter à Real Time-Index der attraktivsten tschechischen Aktien. Er ist Bestandteil des à CECE Composite Index.

D

Dachfonds
Anlagefonds (à Investmentfonds), der seine Anlagen auf Anteile anderer Fonds beschränkt.

Daily Settlement
à Börsetägliche Anpassung der Sicherheitserfordernisse an das durch à Position eingegangene Risiko.

Darlehen
Das Darlehen ist ein Realvertrag, d. h. das Rechtsgeschäft kommt mit der Übergabe der Sache (Überweisung oder Barauszahlung der Darlehensvaluta) zustande.

Darlehenshypothek
à Dingliche Absicherung einer Forderung aus einem Darlehen. Die Darlehenshypothek ist die häufigste Form der à Hypothek und wird im Grundbuch mit einem bestimmten Betrag und zumindest auch mit Zinsen, Verzugs- und Zinseszinsen und einer gesondert ausgewiesenen Nebengebührensicherstellung einverleibt. Eine Wiederausnützung ist nicht möglich.

Darlehenslaufzeit
Setzt sich zusammen aus der Ziehungsperiode, der tilgungsfreien Periode (= Grace Period) und dem Rückzahlungszeitraum, während dessen das à Darlehen durch Raten getilgt wird.

Darlehensvertrag
Der Darlehensvertrag stellt eine entgeltliche oder unentgeltliche Überlassung von Geld oder anderer vertretbarer Sachen gegen die Verpflichtung der späteren Rückgabe von Sachen gleicher Art, Güte und Menge dar.

DAX
Deutscher Aktienindex. Ist der wichtigste deutsche à Aktienindex. Der DAX ist eine Kennziffer, die über Entwicklung und Stand der deutschen Aktienkurse der 30 größten und umsatzstärksten Unternehmen an der Frankfurter Wertpapierbörse Auskunft gibt.

Daylight Overdraft
Innertagesliquidität. Möglichkeit für Teilnehmer an einem à RTGS-System, sich innerhalb eines Tages zusätzliche à Liquidität zu verschaffen. Als Besicherung wird auf einem bei der à Zentralbank errichteten Sicherheitendepot der entsprechende Gegenwert gesperrt.

Debt Issuance Programme
Mit einem à Arranger abgeschlossenes à Emissions-Rahmenprogramm für alle Laufzeitvarianten.

Deckungsstock
(1) Sondervermögen, das als Sicherheit für die Erfüllung einer Verbindlichkeit dient.
(2) Im Versicherungsgeschäft: Versicherungsunternehmen sind zur Bildung eines Deckungsstocks zur Absicherung zukünftiger Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft verpflichtet.

Deckungsstockfähiges (Schuldschein-) Darlehen
Versicherungsunternehmen müssen zur Deckung ihrer zukünftigen Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft einen so genannten Deckungsstock bilden. Dieser stellt ein Sondervermögen dar, in den Vermögenswerte eingebracht werden. Aus banktechnischer Sicht spielt dies v. a. bei der Emission von à Schuldscheindarlehen eine Rolle. Diese müssen deckungsfähig sein, um Versicherungsunternehmen als Anleger zu gewinnen.

Default
Mangel, Säumnis. Leistungsstörung in einer Vertragsbeziehung, z. B. Ausfall eines Kreditnehmers.

Dekursiv
Verzinsung im Nachhinein, d. h. am Ende der jeweils vereinbarten Zinsperiode. Gegenteil: à Antizipativ.

Deflation
Ist der Rückgang des Preisniveaus über einen längeren Zeitraum und kommt somit einer Vermehrung der Kaufkraft des Geldes gleich. Gegenteil: à Inflation.

Delisting
Zurückziehen eines à Wertpapiers von der à Börse.

Delivery
à Andienung

Denominierung
Die Denominierung eines à Wertpapiers ist die à Währung, in der der à Nennwert (Nominalwert) des Wertpapiers angegeben wird. Neudenominierung heißt, die Denominierung eines in nationaler Währung emittierten Wertpapiers zum unwiderruflich festgelegten Umrechnungskurs in à Euro zu ändern.

Depot
Die bei einer à Bank verwahrten Wertgegenstände.
(1) Bei einem Geschlossenen Depot (Verwahrungsdepot) werden die Wertgegenstände verpackt und gegebenenfalls versiegelt zur Verwahrung übergeben. Diese Art von Depot eignet sich für Gegenstände, die keiner Verwaltung bedürfen, wie z. B. Schmuck oder Dokumente.
(2) Beim Offenen Depot werden die Werte (v. a. à Wertpapiere) neben der Verwahrung auch verwaltet (Überwachung von Zinsterminen, à Fälligkeiten, Auslosungen usw.).

Depotanalyse
Portefeuilleanalyse. Analyse eines Wertschriftendepots nach Kurswert, Ertrag und branchen-, länder- und währungsmässiger Risikoverteilung der Anlagen. Die Depotanalyse ist Teil der Anlageberatung und Wertschriftenverwaltung.

Depotbank
Eine à Bank, welche das Vermögen eines à Investmentfonds und Kunden verwahrt, die Ausgabe und Rücknahme von à Anteilscheinen besorgt und den Zahlungsverkehr abwickelt. Die Depotbank wacht auch darüber, dass der Anlagefonds sich an die gesetzlich und nach Fondsreglement vorgeschriebenen Anlagerichtlinien hält.

Depotbewertung
Bewertung aller in einem à Depot liegenden Werte zu aktuellen Börsen- oder Steuerkursen.

Depotgebühr
Gebühr, die ein Kreditinstitut (à Bank) oder eine à Kapitalanlagegesellschaft (KAG) für die Verwahrung und Verwaltung von Fondsanteilen erhält.

Depression
Ausdruck für eine äußerst schlechte Wirtschaftslage, die durch einen Tiefstand der Wirtschaftstätigkeit, durch Arbeitslosigkeit sowie stark verminderte à Investitionen und Gewinne gekennzeichnet ist.

Deregulierung
Aufhebung staatlicher Ordnungsmaßnahmen in Form wirtschaftspolitisch begründeter Eingriffe in den Marktmechanismus.

Derivate
Hybride Kapitalmarktinstrumente. Sammelbegriff für synthetische Finanzmarktprodukte. Bei derivativen à Finanzinstrumenten handelt es sich um keine eigenständigen Anlageinstrumente, sondern um Rechte, deren Bewertung vornehmlich aus dem Preis und den Preisschwankungen und -erwartungen eines zugrunde liegenden Basisinstruments (à Basiswerte) wie z. B. à Aktien, à Anleihen, à Obligationen, à Indizes, Waren etc., abgeleitet ist.

Designated Operational Entity
Unabhängige nationale oder internationale Prüfeinrichtungen, die bei à Clean Development Mechanism (CDM)-Projekten für die Validierung, Verifizierung und Zertifizierung der Emissionsreduktionen zuständig sind und vom à Executive Board à akkreditiert wurden.

Desinvestition
Verkauf von Anlagevermögen, das nicht durch Neuinvestitionen wettgemacht wird.

Deutscher Aktienindex

à DAX

Devisen
Auf ausländische à Währung lautende und im Ausland zahlbare Geldforderungen, z. B. Guthaben bei à Banken in fremder Währung; auf fremde Währungen lautende und im Ausland zahlbare à Wechsel und à Schecks.

Devisenarbitrage
Ausnützen von Kursdifferenzen zwischen den à Devisennotierungen auf zwei unterschiedlichen Finanzplätzen. Siehe auch à Arbitragegeschäft.

Devisenbörse
Darunter versteht man einen Ort, an dem fremde à Währungen im amtlichen Markt gehandelt werden.

Devisenhandel
Zwischen in- und ausländischen Kreditinstituten (à Bank) meistens über Telefon und elektronische Medien abgewickelter Handel mit à Devisen.

Devisenoption
Mit dem Kauf einer Devisenoption erwirbt der Käufer das Recht, jedoch nicht die Pflicht, einen bestimmten à Fremdwährungsbetrag zu einem bei Geschäftsabschluss festgelegten à Kurs (à Basispreis oder Strike Price) zu kaufen (à Call Option) oder zu verkaufen (à Put Option).

Devisenmarkt
Markt für auf ausländische à Währungen lautende und im Ausland zahlbare Geldforderungen, insbesondere zahlbare Bankguthaben, à Schecks und à Wechsel.

Devisenpolitik
Präsenz einer à Zentralbank auf dem à Devisenmarkt mit dem Ziel der à Kursbeeinflussung.

Devisenswap
Unter Devisenswapgeschäft versteht man den Verkauf eines Devisenbetrages gegen Kassa (d. h. Geschäft mit sofortiger Erfüllung) bei gleichzeitigem Rückkauf desselben Devisenbetrages auf Termin (d. h. mit späterer Erfüllung) oder umgekehrt. Diese Geschäfte dienen der à Kurssicherung und/oder der kurzfristigen Finanzierung.

Devisenterminge schäft
Vereinbarung (Verpflichtung), einen bestimmten à Fremdwährungsbetrag zu einem späteren Zeitpunkt zu kaufen oder zu verkaufen. In der Zwischenzeit auftretende à Kursschwankungen bleiben unberücksichtigt. Zum vereinbarten Umtausch gilt der vereinbarte Kurs.

Dingliche Sicherheiten
Eine dingliche Sicherheit liegt vor, wenn eine körperliche Sache oder eine Forderung der Besicherung einer Forderung dient. Die dinglichen Sicherheiten gewähren im à Ausgleich oder à Insolvenz des Sicherungsgebers ein à Absonderungsrecht. Das heißt, dass das Kreditinstitut (à Bank) aus dem Verwertungserlös vorrangig befriedigt wird. Siehe auch à Darlehenshypothek.

Direkte Investitionsförderung
à Investitionsfördernde Maßnahmen der öffentlichen Hand, die im Wege spezieller Förderaktionen projektbezogen beantragt werden können. Gegenteil: à Indirekte Investitionsförderung.

Direkte Mindestreserve-Erfüllung
Ein direkter Melder ist ein Institut, das keinem à Intermediär angeschlossen ist. Er übermittelt die Höhe des zu erfüllenden à Mindestreserve-Solls à direkt an die Oesterreichische Nationalbank und hält die Mindestreserveguthaben auf einem oder mehreren à Girokonten der Oesterreichischen Nationalbank.

Direktinvestitionen
Sind langfristige Kapitalleistungen eines Landes, die dem Ausland mit der Absicht zugeführt werden, unmittelbaren Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des kapitalnehmenden Unternehmens zu gewinnen oder einem Unternehmen, an dem der Investor bereits maßgeblich beteiligt ist, neue Mittel zur Verfügung zu stellen.

Direkte Quotierung
Eine Einheit oder 100 Einheiten einer à Fremdwährung ausgedrückt in Einheiten der inländischen Währung (Heimwährung). Gegenteil: à Indirekte Quotierung.

Dirty Price
Preis eines à Finanzinstruments inklusive Zinsabgrenzung bzw. Stückzinsen. Gegenteil: à Clean Price.

Diskontierung
à Abzinsung

Disagio
Abgeld. Vom Nominale (à Nennwert) wird ein Abschlag gemacht, z. B. erfolgt die Auszahlung eines à Darlehens nur zu 95 % bei entsprechend verringertem à Zinssatz. Damit beträgt das Disagio 5 %. Gegenteil: à Agio.

Disbursement
Auszahlung eines à Kredits oder einer à Beteiligung.

Discounted Cashflow-Methode
DCF-Methode. Bei dieser Bewertungsmethode wird der Unternehmenswert als Summe künftiger à Cashflows, die auf Grund einer Planrechnung des Unternehmens ermittelt und mit dem durchschnittlich gewichteten Kapitalkostensatz des Unternehmens (Weighted Average Cost of Capital, WACC) abgezinst werden, berechnet.

Diskontfaktor
Zur Ermittlung des à Barwertes aus einem Endwert. Dies erfolgt, indem man den Endwert mit dem Diskontfaktor multipliziert. Der Diskontfaktor kann aus den à Zero-Zinssätzen ermittelt werden.

Diskontierung
à Abzinsung

Diskontsatz
à Basiszinssatz

Dispositionskredit
Überziehungskredit. Gilt für Privatpersonen und entspricht sinngemäß dem à Kontokorrentkredit, den eine à Bank einem Unternehmen gewährt.

Diversifikation
Aufteilung einer à Investition auf verschiedene Anlagewerte zwecks Verringerung des Risikos von Ertragsschwankungen

Diversity
engl. für Vielfältigkeit, Verschiedenheit. Phänomen der Vielfalt unter positiver Berücksichtigung der Verschiedenartigkeit von Menschen in Bezug auf Geschlecht, Rasse, Religion, gesellschaftlicher Status und sexuelle Veranlagung.

Dividende
Jener Teil des Gewinns einer à Aktiengesellschaft, der an die à Aktionäre ausgeschüttet wird. Die Höhe der Dividende wird entweder in Geldeinheiten pro à Aktie oder in Prozent vom à Nennwert der Aktie angegeben. Der prozentuale Anteil des ausbezahlten Gewinns je Aktie einer Aktiengesellschaft am à Börsenkurs ist die à Dividendenrendite. Ist der Geschäftsverlauf der Unternehmung positiv, so kann eine höhere Dividende ausbezahlt werden, bei negativem Geschäftsverlauf kann auf die Dividendenauszahlung ganz verzichtet werden.

Dividendenabschlag
Abschlag auf den à Börsenkurs einer à Aktie um den Betrag, den die à Dividende ausmacht. In Österreich geschieht dies am Zahlungstag der Dividende (meist eine bestimmte Anzahl von Tagen nach der à Hauptversammlung).

Dokumentenakkreditiv
Letter of Credit (L/C). Spezielle Form des à Akkreditivs, üblicherweise im Außenhandel in Verwendung. Die Akkreditiv-Bank wird verpflichtet, gegen Präsentation genau vorgeschriebener Dokumente innerhalb einer vereinbarten Frist eine Zahlung an den Begünstigten (Exporteur) in festgelegter Höhe und Währung auf Rechnung eines Dritten (Importeur) zu leisten.

Doppelwährungsanleihe
Dual Currency Bond. à Anleihe, die in einer Währung begeben und in einer anderen Währung getilgt werden kann.

DJ
à Dow Jones Industrial Average

Dow Jones Industrial Average (DJ)
Dow Jones Index. à Aktienindex, der 30 der größten US-Unternehmen an der à New York Stock Exchange (NYSE) umfasst.

Downgrading
(1) Herabstufung von à Aktien durch Analysten.
(2) Herabstufung von Unternehmen oder Staaten durch à Ratingagenturen.

Drei Säulen
Die angestrebten Regulierungsvorschriften von à Basel II werden in drei Säulen verankert: à Eigenmittel, Aufsichtsrechtliche Überprüfungsverfahren, Marktdisziplin.

30/360
Berechnung der Zinstage unter Zugrundelegung eines Monats mit 30 Tagen und eines Jahres mit 360 Tagen; bei der Kalkulation von à Leasingentgelten angewandte Methode.

Dritter Markt
Hier notieren à Wertpapiere, die weder zum Amtlichen Handel noch zum Geregelten Freiverkehr zugelassen sind. Der dritte Markt ist ein ungeregelter Markt mit im à Börsegesetz definierten Zulassungsvoraussetzungen.

Dual Currency Bond
à Doppelwährungsanleihe

Due Diligence
Die detaillierte Untersuchung, Prüfung und Bewertung eines Unternehmens als Grundlage für eine Investmententscheidung. Ziel ist es, potenzielle Risiken, die Einfluss auf die zukünftige Geschäftstätigkeit haben könnten, frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden.

Duration
Die in Jahren gemessene durchschnittliche Bindungsdauer des eingesetzten à Kapitals. Sie wird als Kennzahl für die Zinsempfindlichkeit einer Anlage benutzt. Genauer genommen ist die Duration der gewichtete Mittelwert der Zeitpunkte, zu denen der Anleger Zahlungen aus einem Wertpapier erhält. Je höher die Duration, desto größer ist das à Zinsänderungsrisiko. Die modifizierte Duration ist eine Weiterentwicklung, die die zu erwartende prozentuale Kursänderung einer à Anleihe auf eine geschätzte Veränderung des Marktzinses wiedergibt.

E

Early-Stage
Frühe Entwicklungsphase eines Unternehmens, die durch besonders hohe Risiken in Bezug auf Forschung und Entwicklung sowie Marktakzeptanz der Produkte gekennzeichnet ist.

Earnings per share
à Ergebnis pro Aktie

EBDA
Earnings before Depreciation and Amortization. Gewinn vor Abschreibungen.

EBIT
Earnings before Interest and Taxes. Operatives Ergebnis vor Ertragsteuern und vor dem Finanz- und außerordentlichen Ergebnis.

EBITDA
Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization. Operatives Ergebnis zuzüglich Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (außer Geschäfts- und Firmenwerte) und Sachanlagen.

EBITDAR
Earnings before Interest, Taxes, Depreciation, Amortization and Rent. Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen, Amortisation und Miete.

EBRD
à European Bank for Reconstruction and Development

ECRA
à Registerservicestelle

E-Commerce
Die Vermarktung und der Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen eines Unternehmens über elektronische Medien. E-Commerce wird in die Bereiche à Business-to-Business (B2B), den Handel zwischen Unternehmen, und à Business-to-Consumer (B2C), den Handel von Unternehmen mit Endkunden, unterteilt.

EDF
à Ausfallswahrscheinlichkeit

Effekten
Wertpapiere (à Aktien, à Obligationen etc.), die vertretbar (fungibel) sind, da sie in größerer Zahl und gleicher Art ausgegeben werden, und die sich dadurch besonders für den à Börsenhandel eignen.

Effektivzins
Nach der Preisangabeverordnung (PangV) muss bei à Krediten als Preis die Gesamtbelastung pro Jahr in Prozent angegeben werden. Bei Krediten, deren Konditionen für die gesamte Laufzeit des Darlehens festgeschrieben sind, heißt dieser Preis „effektiver Jahreszins". Wenn jedoch eine Änderung des à Zinssatzes oder anderer preisbestimmender Faktoren während der Laufzeit vorbehalten ist, wird er mit „anfänglicher effektiver Jahreszins" bezeichnet. Mit Hilfe des Effektivzinssatzes können nun Darlehensangebote mit gleicher Zinsfestschreibung verglichen werden. Auch die übrigen in die Effektivzinsermittlung einbezogenen Faktoren (insbesondere Tilgungsfreijahre, à Tilgungssatz, Art der Tilgungsverrechnung und à Bearbeitungsgebühr/-entgelt) müssen für einen zutreffenden Preisvergleich identisch sein. Da aber die Berechnungsfaktoren meist nicht bekannt sind, ist der Preisvergleich über den Effektivzins problematisch. Auch bleibt eine Reihe preisbestimmender Faktoren unberücksichtigt, z. B. Wertermittlungskosten und Bereitstellungszinsen.

EFTA
à European Free Trade Association

EIB
à Europäische Investitionsbank

Eigenhandel
Eigengeschäft. Wertpapierhandel, den die à Banken auf eigene Rechnung tätigen. Somit ist es der Bank in eigener Sache möglich, ihr à Kapital durch erfolgreiches Umschichten zu vermehren oder durch Stützungskäufe à Kurse zu stabilisieren.

Eigenkapital
Unternehmenskapital, Risiko- oder haftendes Kapital. Ist das Reinvermögen des Unternehmens und wird entweder durch Kapital von außen (à Venture Capital) oder durch den betrieblichen Wertschöpfungsprozess gebildet. Der Eigenkapital-Geber besitzt nur ergebnisabhängige Zahlungsansprüche. Macht ein Unternehmen Verluste, werden diese mit dem Eigenkapital verrechnet. Auch gegenüber Gläubigern haftet der Eigenkapital-Geber mit dem investierten Kapital. Bei der à Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) als Stammkapital und bei der à Aktiengesellschaft (AG) als Grundkapital bezeichnet. Gegenteil: à Fremdkapital.

Eigenkapitalkosten
Kosten, die kalkulatorisch für die Verzinsung des à Eigenkapitals angesetzt werden. Eigenkapitalkosten ergeben sich aus der à Ziel-Performance des à Vorstandes für die à Eigenkapitalrendite abzüglich einer risikofreien Veranlagungsmöglichkeit, z. B. in à Bundesanleihen.

Eigenkapitalquote
à Eigenmittel i.e.S. zu Bilanzsumme. Gibt die Höhe des à Eigenkapitals im Verhältnis zum Gesamtkapital (Eigenkapital und à Fremdkapital) wieder. Die Eigenkapitalquote ist ein Indikator für die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität des Unternehmens.

Eigenkapitalrendite
Jahresüberschuss in Prozent vom à Eigenkapital.

Eigenkapitalrentabilität
Return on Equity (ROE). Kennzahl zur Ertragslage eines Unternehmens, zeigt die à Rendite des im Unternehmen eingesetzten à Eigenkapitals, jenes Betrages, der an die Eigentümer des Unternehmens ausgeschüttet wird bzw. im Unternehmen verbleibt. Die Eigenkapitalrentabilität sollte mindestens der Rendite der Veranlagung in festverzinslichen Wertpapieren (à Sekundärmarktrendite) entsprechen.

Eigenmittel
Risikotragendes Kapital eines Unternehmens. Bei à Banken Bankaufsichtsrechtliches à Eigenkapital. Die Eigenmittel setzen sich gemäß à Bankwesengesetz (BWG) aus dem eingezahlten Kapital, dem erwirtschafteten Kapital sowie aus den Unterschiedsbeträgen und Anteilen anderer Gesellschafter, die sich bei der Kapitalkonsolidierung ergeben (à Kernkapital/Tier 1), dem à Ergänzungs- und Nachrangkapital (Tier 2) und dem ungewidmeten Tier-2-Kapital (à Tier 3, im Wesentlichen kurzfristig nachrangige Verbindlichkeiten) zusammen.

Eigenmittelausstattung
à Solvabilität

Eigenmittelquote
Kennzahl, die das Verhältnis von à Eigenmitteln – dem eigenen Kapital einer à Bank im Gegensatz zum eingesetzten à Fremdkapital – und den à risikogewichteten Aktiva der Bankbilanz in Prozent ausdrückt.

Eigenmittelunterlegungskosten
Die Kosten, die sich gemäß der Eigenmittelunterlegungspflicht pro Engagement/Bonität für à Banken ergeben. Sie sind wie die Standardrisikokosten ein fester Bestandteil bei der à Margenkalkulation von Kundengeschäften.

Einheitskurs
Verfahren zur Festsetzung des täglichen à Börsenkurses von à Aktien, die nur ein geringes Handelsvolumen aufweisen. Dabei werden alle Kauf- und Verkaufsaufträge gesammelt und schließlich jener Einheitskurs ermittelt, bei dem sich der meiste Aktienumsatz erzielen lässt.

Einlagenfazilität
Diskontsatz. Die Möglichkeit für à Geschäftsbanken, ein Guthaben beim à Europäischen System der Zentralbanken bis zum nächsten Geschäftstag zu einem vorher festgelegten à Zinssatz anzulegen. Siehe auch à Fazilität.

Einmaldarlehen
à Abstattungsdarlehen

Einmalemission
Die Forderungspapiere liegen nur wenige Tage (à Zeichnungsfrist) in den Banken zum Ersterwerb auf. Während dieser Zeit können sie zu den Emissionsbedingungen, d. h. zum à Emissionspreis, erworben werden (siehe auch à Emission).

Einspar-Contracting
Sonderform der à Projektfinanzierung, meist im Zusammenhang mit Sanierungen von Gebäuden und technischen Anlagen. Die zentrale Idee besteht darin, dass die zu Einsparungen führenden à Investitionen vom beauftragten Contracting-Unternehmen (à Contractor) vorfinanziert und in der Folge aus den Kosteneinsparungen zurückgezahlt werden. Der Auftraggeber erzielt damit Einsparungen und Verbesserungen seiner Infrastruktur, ohne selbst investieren zu müssen, z. B. Energieoptimierung eines Gebäudes durch Erneuerung der Haustechnik.

Einzeldarlehen
Langfristige Kredite der à Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Finanzierung von Großvorhaben, z. B. Infrastruktur- und Energieprojekte. Höhe der Einzeldarlehen EUR 20 Mio.

EMAS
Eco Management and Audit Scheme, EU-Öko-Audit. Öko-Audit. EMAS wurde von der à Europäischen Union entwickelt und ist ein Gemeinschaftssystem aus à Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung für Organisationen, die ihre Umweltleistung verbessern wollen. Die Kommunalkredit war das erste Kreditinsitut in Europa, das sich 1997 EMAS-zertifizieren ließ.

Emerging Markets
Anleihen- und Aktienmärkte der à Schwellenländer auf dem Weg zur Industrialisierung, z. B. Lateinamerika und Osteuropa.

Emission
Ausgabe neuer Wertpapiere (à Anleihen, à Aktien etc.) durch einen à Emittenten (Unternehmen, Staat etc.). Sie dient der Beschaffung von à Kapital und wird entweder durch den Emittenten selbst oder mit Hilfe von à Banken bzw. über die à Börse durchgeführt.

Emission Certificate Registry Austria
à Registerservicestelle

Emissions Reduction Units (ERU)
Können konvertiert werden aus
(1) à Assigned Amount Units (AAU) (ERU aus AAU): Kyoto-Einheiten, die aus à Joint Implementation (JI)-Projekten generiert werden. Dabei wandeln die Gastländer, in denen die Projekte durchgeführt werden, eine Anzahl von AAU in ERU um. Anschließend werden diese von der Registerstelle des Gastlandes in die Registerstelle der Investorinnen transferiert und dort deren Konten gutgeschrieben
(2) à Removal Units (RMU) (ERU aus RMU): Diese Einheiten stammen aus à Joint Implementation (JI)-Projekten im Zusammenhang mit Senkenmaßnahmen.

Emissionsbank
à Bank, die berechtigt ist à Wertpapiere auszugeben.

Emissionshandel
Emissionsrechtehandel, Handel mit Emissionszertifikaten, Handel mit Treibhausgaszertifikaten, Emissions Trading System (ETS). Der EU-Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches Instrument der EU-Klimapolitik mit dem Ziel, die à Treibhausgasemissionen unter minimalen volkswirtschaftlichen Kosten zu senken. Die à Europäische Union versucht damit das im à Kyoto-Protokoll festgelegte Klimaschutzziel zu erreichen um die Globale Erwärmung zu verlangsamen. Siehe auch à Europäische Emissionshandelrichtlinie.
Für österreichische Unternehmen sind folgende Zertifikate und Kyoto-Einheiten handelbar: à EU Allowances (EUAs), à Emissions Reduction Units (ERU), à Certified Emissions Reductions (CER). Folgende Einheiten sind nur mit spezieller Genehmigung erlaubt: Assigned Amount Units (AAU), à Removal Units (RMU), à Emissions Reduction Units (ERU).

Emissionskurs
à Ausgabekurs

Emissionskonsortium
Für die Übernahme und Durchführung von größeren à Wertpapieremissionen bestehendes Konsortium von Geldinstituten.

Emissionskurs
à Kurs, zu dem à Wertpapiere erstmalig im à Primärmarkt ausgegeben und von den Investoren à gezeichnet werden.

Emissionspreis
à Kurs, zu dem neu ausgegebene à Wertpapiere dem Anlegerpublikum zum Kauf angeboten werden, oder der Preis, zu dem ein à Investmentfonds seine Anteilszertifikate ausgibt.

Emissionsprospekt
Gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung, die bei der Neuemission von Wertpapieren (à Anleihen, à Aktien usw.) an einer à Börse nähere Angaben über die Emissionsbedingungen und über den à Emittenten erhält.

Emissionsrecht
Recht zur Ausgabe von à Wertpapieren, das in Österreich vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Rahmen der zu erteilenden Bankkonzession an Kreditunternehmen erteilt wird.

Emissions Reduction Purchase Agreement (ERPA)
Vertrag zwischen Emissionsgutschriftenerzeuger und -abnehmer.

Emissionsrendite
à Effektivverzinsung. Kalkuliert auf Basis der Emissionsbedingungen für die Gesamtlaufzeit.

Emissionssyndikat
Zusammenschluss mehrerer Banken (à Konsortium) zwecks gemeinsamer Durchführung einer Wertpapieremission.

Emissions Trading System
à Emissionshandel

Emissionszertifikate
à Emissionshandel

Emittent
Ein privates Unternehmen oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, die sich durch Ausgabe (à Emission) von Wertpapieren (à Anleihen, à Aktien usw.) Kapital beschafft.

Endfällige Tilgung
Die à Tilgung einer Schuld erfolgt am Ende der à Darlehenslaufzeit. Während der Laufzeit werden nur die anfallenden à Zinsen bezahlt.

Energie-Contracting
Es handelt sich um ein à Maastricht-schonendes Instrument zur Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. Kommunale à Contracting-Modelle können z. B. für folgende Anwendungsgebiete angeboten werden: Einsatz von Energiemanagementsystemen in Schulgebäuden, Thermische Sanierung von Gebäudehüllen, Stromeinsparungen bei Sport- und Turnhallen sowie bei Straßenbeleuchtungen, Energiesparmaßnahmen bei Hallenbädern.

EONIA
à Euro Overnight Index Average

Equator Principles
Globaler Industriestandard für große à Projektfinanzierungen, der neben der Einhaltung der Safeguard Policies und Guidelines der à Weltbank die Kategorisierung eines Projekts nach hohen, mittleren und geringen Auswirkungen auf die Umwelt vorsieht.

Equity Funds
à Aktienfonds

Equity Market
Marktsegment der à Wiener Börse, an dem über à Xetra Aktien und à Partizipationsscheine gehandelt werden. Der equity market besteht aus drei Teilsegmenten: prime market, standard market continuous und standard market auction.

ERA
à Exchange Rate Agreement

Erfüllungsgarantie
Performance Bond. Garantie einer à Bank im Auftrag des Lieferanten, dass sie einen bestimmten Betrag bezahlen wird, falls der Lieferant die vertraglichen Leistungen nicht erbringt. Siehe auch à Bankgarantie.

Ergänzungskapital
Tier 2. Gehört nach à Bankwesengesetz (BWG) zu den ergänzenden à Eigenmitteln. Eigenmittelähnlicher als nachrangiges Kapital. Es haftet im Verlustfall nach dem à Eigenkapital. Um nach BWG anerkannt zu werden, muss es bestimmte Kriterien betreffend Laufzeit und Konditionen erfüllen, insbesondere darf es nur unter Abzug während seiner Laufzeit entstandener Nettoverluste zurückgezahlt werden. Siehe auch à Kernkapital.

Ergebnis der außergewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)
Entspricht dem Gewinn vor Steuern und Rücklagenbewegungen.

Ergebnis je Aktie
Ertrag je Aktie, Gewinn je Aktie, Earnings per Share. Nach à International Financial Reporting Standards (IFRS) ermittelte Kennzahl, die den à Jahresüberschuss nach Steuern (abzüglich des auf konzernfremde Gesellschafter entfallenden Ergebnisses) der durchschnittlichen Zahl an à Stammaktien gegenüberstellt. Neben dieser Kennzahl wird zusätzlich ein bereinigtes Ergebnis je Aktie ausgewiesen, wenn sich aus eingeräumten Bezugsrechten die Zahl der à Aktien erhöht hat oder erhöhen kann („Verwässerungseffekt").

Eröffnungskurs
Der zu Beginn der à Börse bei den fortlaufend gehandelten Papieren festgestellte Kurs des Börsenhandels.

ESZB
à Europäisches System der Zentralbanken

ETF
à Exchange Traded Funds

Ethisches Investment
Veranlagungsprodukt, das den ethischen Kriterien des à Investmentfondsgesetzes genügt

ETS
à Emissions Trading System

EU
à Europäische Union

EU-Allowance (EUA)
Emissionszertifikat des europäischen à Emissionshandelssystems. Ein EUA berechtigt zur Emission von einer Tonne CO_2 (Kohlendioxid) bzw. CO_2-Äquivalent in einem bestimmten Zeitraum. EUAs werden im österreichischen à Emissionshandelsregister als“,AAUs ab 2008“ bezeichnet.

EuGH
à Europäischer Gerichtshof

Eurex
à Terminbörse, die gemeinsam von Deutsche Börse und SIX Swiss Exchange betrieben wird.

Euribor
European Interbank Offered Rate. Der Euribor ist der wichtigste à Referenzzinssatz für kurzfristige Geldanlagen im Euroraum. Für à Fälligkeiten von einer Woche sowie ein bis zwölf Monaten werden täglich (ausgenommen 1. Jänner und 25. Dezember) anhand effektiver Umsätze jene Sätze gesammelt, welche führende Banken im à Interbankenmarkt untereinander in Rechnung stellen. Nach Abzug der 15 % der höchsten und 15 % der tiefsten Sätze wird der Euribor als Durchschnittswert aus den restlichen Daten für die jeweiligen Fälligkeiten errechnet.

Euro
Gemeinsame europäische à Währung. Der Euro löst im Rahmen der à Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die einzelnen Währungen in den Teilnehmerstaaten ab. Seit 1.1.1999 in Form von à Giralgeld in Kraft. Nach dreijähriger Übergangszeit wurde der Euro am 1.1.2002 auch in Form von Banknoten und Münzen offizielles Zahlungsmittel im à Euro-Währungsraum.

Eurobonds
Festverzinsliche à Wertpapiere, die am à Euromarkt gehandelt werden.

Eurodollar-Termineinlagen
Eurodollar Time Deposits. US-Dollar Guthaben, die außerhalb der USA deponiert werden, entweder bei einer ausländischen à Bank oder bei einer Auslandsfiliale einer US-Bank.

Euromarkt
Europäische Märkte für Finanztransaktionen, die in Fremdwährungen getätigt werden. Sie stellen wichtige Quellen für die Finanzierung des internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehrs dar und haben wegen ihrer Fristentransformationsfunktion für langfristige Investitionen eine große Bedeutung.
EVO - Andere Erklärung Euromarkt aus UBS:Internationaler Finanzmarkt, über den Bankkredite und Anleihensoperationen in Eurowährungen abgewickelt werden. Trotz seines von Europa abgeleiteten Namens beschränkt sich der Euromarkt geografisch keineswegs auf Europa; die wichtigste gehandelte Währung ist der USD. Seit der Einführung des Euros spricht man vermehrt einfach von «internationalem Finanzmarkt». Siehe auch Eurogeldmarkt, Eurokapitalmarkt.

Euro-Optimum – ein Produkt der Kommunalkredit
Beim **strukturierten Produkt** EURO-Optimum handelt es sich um ein über die gesamte Laufzeit variabel verzinstes Darlehen in EURO mit sehr attraktivem Abschlag vom **EURIBOR**. Sofern aber der USD-**LIBOR** eine im Vorhinein mit der Gemeinde festgelegte Barriere erreicht bzw. überschreitet, kommt für die jeweils folgende Zinsperiode der USD-LIBOR mit Abschlag zur Verrechnung. Sobald der USD-LIBOR diese Grenze wieder unterschreitet, kommt erneut der EURIBOR mit Abschlag zur Verrechnung. Dieses Modell beinhaltet keinerlei Fremdwährungsrisiko für den Darlehensnehmer.
EVO: bleibt ??

Euro Overnight Index Average (EONIA)
Der EONIA-Zinssatz ist der von der à Europäischen Zentralbank auf Basis effektiver Umsätze berechnete Durchschnittsatz für unbesicherte à Overnight-Interbankausleihungen im gesamten Euro-Geldmarkt. Die Berechnung erfolgt im Nachhinein unter Berücksichtigung des à Zinseszinseffekts über die à Effektivzinsformel.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
European Bank for Reconstruction and Development (EBRD). Die EBRD mit Sitz in London wurde 1991 errichtet. Sie soll den Übergang zur offenen Marktwirtschaft sowie privates und unternehmerisches Handeln in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) fördern, die den Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet sind und sich von ihnen leiten lassen. Ihre Aufgabe ist es, die Durchführung struktureller und sektorgebundener Reformen zu unterstützen sowie den Wettbewerb, die Privatisierung und das Unternehmertum zu fördern. Durch ihre Investitionen unterstützt sie die

Tätigkeit des Privatsektors und die Festigung der à Finanzinstitute und Rechtssysteme sowie die Entwicklung der Infrastruktur.

Europäische Emissionshandelsrichtlinie
Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.10.2003 über ein System für den Handel mit à Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates. Siehe auch à Emissionshandel.

Europäische Investitionsbank (EIB)
Die EIB hat ihren Sitz in Luxemburg und agiert seit 1958 als Kapital-Investment-Organ der à Europäischen Union. Ihre Aufgabe ist es, zur Integration, zur ausgewogenen Entwicklung und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Mitgliedsländer beizutragen, u. a. durch Kreditvergaben zu günstigen Konditionen für europäische Infrastrukturprojekte, Unternehmensgründungen etc., die mit den Zielen der Europäischen Union übereinstimmen.

Europäische Kommission
EU-Kommission. Sie ist das geschäftsführende Organ und damit die oberste, zentrale Verwaltungsbehörde der à Europäischen Union. Die Kommission erarbeitet Gesetzesentwürfe, die dem Europäischen Ministerrat vorgelegt werden.

Europäische Option
Die Ausübung der à Option durch den Käufer kann ausschließlich an einem vereinbarten Fälligkeitstag erfolgen. Gegenteil: à Amerikanische Option.

Europäische Union (EU)
Die Europäischen Gemeinschaften (EG) erlangten durch das In-Kraft-Treten des Unionsvertrages von à Maastricht (November 1993), mit dem die EU gegründet wurde, ein höheres Integrationsniveau. Ziel der EU ist die Vertiefung des Binnenmarktes (Verwirklichung der vier Freiheiten), eine einheitliche Geld- und Währungspolitik und eine zunehmend stärkere Koordinierung der allgemeinen Politiken in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Außenbeziehungen und Verteidigung sowie Justiz und innere Sicherheit. Zur EU gehören die dreizehn Euro-Länder – Belgien, Deutschland, Frankreich, Finnland, Spanien, Irland, Italien, Luxemburg, Griechenland, Niederlande, Portugal, Österreich, Slowenien – sowie Dänemark, Schweden, das Vereinigte Königreich, Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik und Slowenien.

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (**EWWU**)
Europäische Währungsunion (EWU). Das Hauptziel des Zusammenschlusses der elf Teilnehmerstaaten war die Gründung einer Zone mit monetärer Stabilität, mit Einführung des à Euro als gemeinschaftliche Währung. Seither übernimmt die à Europäische Zentralbank (EZB) die Verantwortung für eine zentral gesteuerte Geld- und Währungspolitik.

Europäische Zentralbank (EZB)
Am 1. Juni 1998 mit Sitz in Frankfurt gegründet, gestaltet die EZB in der à Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die gemeinsame Währungs- und Geldpolitik. In Zusammenarbeit mit den nationalen à Zentralbanken der Mitgliedsländer (in Österreich die à Oesterreichische Nationalbank), die die gemeinsame Geldpolitik ausführen, bildet die EZB das à Europäische System der Zentralbanken.

Europäischer Gerichtshof (EuGH)
Der EuGH in Luxemburg sichert gemeinsam mit dem Gericht erster Instanz die Wahrung des Rechts bei Auslegung und Anwendung der Verträge der à Europäischen Union. Er ist für die Entscheidung über Rechtsstreitigkeiten zuständig, an denen Mitgliedstaaten, Gemeinschaftsorgane, Unternehmen und Privatpersonen als Parteien beteiligt sein können.

Europäischer Rat
Setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der à Europäischen Union sowie dem Präsidenten der à EU-Kommission zusammen.

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)
Ziel des EWR ist, einen umfassenden, grenzüberschreitenden, einheitlichen Markt mit gleichartigen Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Zu den EWR-Ländern zählen die à EU- und die à EFTA-Staaten (außer die Schweiz).

Europäisches Parlament (EP)
Das Europäische Parlament vertritt die Bürger der à Europäischen Union (EU) und hat Gesetzgebungs-, Haushalts- und Kontrollrechte. Die Abgeordneten des EP werden alle fünf Jahre direkt gewählt.

Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)

Setzt sich aus der à Europäischen Zentralbank und den nationalen Notenbanken des Eurolandes (in Österreich die à Oesterreichische Nationalbank) zusammen. Wichtigste Aufgaben des ESZB sind die Wahrnehmung der Geldpolitik der Gemeinschaft sowie die Haltung der Währungsreserven.

European Free Trade Association (EFTA)
Europäische Freihandelszone. In der EFTA besteht ein freier Verkehr von Waren. Im Gründungsjahr 1960 gehörten Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz und das Vereinigte Königreich, ab 1986 Finnland und ab 1991 Island und Liechtenstein dazu. Nach dem sukzessiven à EU-Beitritt vieler Länder sind heute nur mehr Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz Mitgliedstaaten der EFTA.

Europäischen Gemeinschaften (EG)
Waren die Vorgängerorganisation der à Europäischen Union.

European Interbank Offered Rate
à Euribor

Eurostat
Statistisches Amt der à Europäischen Gemeinschaften mit Sitz in Luxemburg.

Eurostoxxx50
In diesem à Aktienindex sind die 50 wichtigsten Aktientitel in der à Eurozone gelistet.

Euro-US – ein Produkt der Kommunalkredit
Beim strukturierten Produkt EURO-US handelt es sich um ein Darlehen in EURO, das in der ersten Phase mit dem USD-LIBOR (mit günstiger Marge) verzinst wird und in der zweiten Phase mit dem EURIBOR (mit günstiger Marge). Die Länge der beiden Phasen wird vor Transaktionsabschluss festgelegt und ist nicht vom Eintreten eines Ereignisses (Zinsanstieg etc.) abhängig. Bei diesem Produkt hat der Kunde über die gesamte Laufzeit ein Darlehen in EUR mit sehr günstigen variablen Zinssätzen ohne jegliches Fremdwährungsrisiko.
EVO: bleibt ??

Euro-Währungsgebiet
Euroraum, Eurogebiet, Eurozone. Am 1.1.1999 verwirklichter Zusammenschluss von à EU-Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Währungspolitik. Mit diesem Zusammenschluss haben die betroffenen Länder den à Euro als gemeinschaftliche à Währung eingeführt.

Event of Default (EoD)
Ereignis, das einen Kündigungsgrund darstellt, z. B. Nichteinhaltung von à Covenants, die zwischen einem Unternehmen und seinen Finanzierungspartnern vereinbart wurden.

Exchange Delivery Settlement Price (EDSP)
Preis eines à Futures am letzten Handelstag, zu dem bei Lieferung abgerechnet wird.

Exchange Rate Agreement (ERA)
Vereinbarung zwischen zwei Parteien, die Differenz zwischen einem vereinbarten, zukünftigen à Swapsatz und dem zwei Tage vor Beginn der Swaplaufzeit tatsächlich herrschenden Swapsatz auszugleichen.

Exchange Traded Funds (ETF)
(1) Fondsanteile, die Anleger über die à Börse wie à Aktien kaufen oder verkaufen können. Es wird zwischen aktiv und passiv gemanagten à Investmentfonds unterschieden.
(2) Marktsegment der à Wiener Börse, an dem über das à Xetra Handelssystem alle ETFs gehandelt werden, die zum Amtlichen Handel, Geregelten Freiverkehr oder à Dritten Markt zugelassen sind.

Ex Dividende (ED)
Ein à Kurszusatz, der angibt, dass an diesem Tag (dem sogenannten à Ex-Tag oder Ex-Dividenden Tag) ein Kursabschlag in der Höhe der Dividende vorgenommen wurde.

Executive Board
Exekutivrat.
(1) Vorstand, Geschäftsführung.
(2) Aus Repräsentanten der Vertragsparteien des à Kyoto-Protokolls gewähltes Gremium, das für die Überwachung des à Clean Development Mechanism (CDM)-Prozess zuständig ist. Der Exekutivrat untersteht der Weisungsbefugnis und Leitung der Vertragsparteienkonferenz.

Exercise
à Ausübung

Exotische Option
à Optionen der zweiten und folgenden Generationen, die neben den Determinanten noch durch zusätzliche Parameter wie à Barriers oder à Pay-outs gekennzeichnet sind. Gegenteil: à Plain Vanilla Option.

Expected Default Frequency
à Ausfallswahrscheinlichkeit

Exportgarantien
Bundesgarantien aufgrund des Ausfuhrförderungsgesetzes zur Absicherung von Ausfällen aus Exportgeschäften, Direktinvestitionen sowie den damit zusammenhängenden Finanzierungen. Abgesichert werden wirtschaftliche und/oder politische Risiken.

Exposure
Ausgesetztsein. Aushaftender Betrag, der dem Kreditrisiko unterworfen ist. Begriff aus dem Kreditrisikomanagement von Banken auch im Zusammenhang mit à Basel II.

Ex-Tag
Tag, ab dem Aktien „ex", d. h. ohne ein bestimmtes Recht, z. B. auf Dividende, Bezugsrecht oder Berichtigungsaktien, gehandelt werden.

Externes Rating
Erstellung eines à Ratings durch à Ratingagenturen (z. B. à Moody's, à S&P, à Fitch Ratings).

EZB
à Europäische Zentralbank

EZB-Monstat Meldung
EZB-Monetärstatistik. Erhebung der Monetärstatistik gemäß den Vorgaben der à Europäischen Zentralbank im Rahmen des Meldesystems der à Oesterreichischen Nationalbank. Für direkte Vollmelder erfolgt die Erhebung des Mindestreserve-Netto Solls im Rahmen der EZB-Monstat Meldung.

EZB-Referenzkurse
à Wechselkurse zum à Euro, die täglich von der à Europäischen Zentralbank errechnet und veröffentlicht werden. In der à EZB-Monstat Meldung sind grundsätzlich die EZB-Referenzkurse am Meldestichtag zu verwenden.

F

Factoring
Abtretung von Forderungen. Finanzierungsform, mittels der sich Unternehmen Liquidität beschaffen können. Beim Factoring werden kurzfristige Forderungen (meist mit einer Laufzeit von 30 Tagen) aus Lieferungen und Leistungen gewerbsmäßig durch eine Factoringgesellschaft (Factor) angekauft. Man unterscheidet echtes Factoring, bei dem der Factor das Ausfallsrisiko übernimmt, und unechtes Factoring, bei dem das Ausfallsrisiko beim Forderungsverkäufer verbleibt.

Facility Management
Unternehmerischer Gesamtprozess zur ganzheitlichen Immobilienbewirtschaftung, wobei Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität berücksichtigt werden.

Fairer Wert
Fair Value, Theoretischer Preis. Wert eines à Futures oder einer à Option, der anhand eines theoretischen Preismodells (z. B. à Black & Scholes-Modell) unter Berücksichtigung kursbestimmender Einflussfaktoren berechnet wird.

Fair Value Hedge
à Micro Hedge, mit dem der Marktwert von à Finanzinstrumenten abgesichert wird.

Fälligkeit
Maturity. Festgelegter Zeitpunkt, zu dem die Zahlung einer Schuld fällig wird.

(1) Beim à Termingeschäft ist die Fälligkeit jener Zeitraum, während dem ein Terminkontrakt zur à Glattstellung mit der effektiven Ware à angedient werden kann, z. B. der Zeitraum, zwischen dem ersten Tag der Andienungsanzeige und dem letzten Handelstag eines Kontrakts.
(2) Mit Maturity bezeichnet man auch das Fälligkeitsdatum eines Zinstitels (à Anleihen, à Bundesanleihen usw.) oder Forderungen allgemein.

Fazilität
Zinssätze der à Europäischen Zentralbank (EZB) für à Kredite an à Banken. Früher waren das die Leitzinsen der à Oesterreichischen Nationalbank. Man unterscheidet zwischen à Einlagefazilität und à Spitzenrefinanzierungsfazilität.

Feasibility Study
Liefert im Rahmen der à Projektfinanzierung technische, wirtschaftliche und kaufmännische Informationen über die Durchführbarkeit des Projektes. Sie dient als Grundlage für die Entscheidung, ob in ein Projekt à investiert werden soll oder nicht.

Fed Funds Rate
à Zinssatz, den die Amerikanische Notenbank für zur Verfügung gestellte à Overnight-Gelder (Fed Funds) verlangt.

Fehl-Trade
Mistrade. Aufgrund eines Irrtums in der Auftragseingabe herbeigeführter Geschäftsabschluss, der unter bestimmten Voraussetzungen storniert werden kann (abhängig von Preis- und Zeitkomponente).

Festgeld
Geld, das der Kunde der à Bank für eine im Voraus fixierte Dauer zu einem bestimmten à Zinssatz zur Verfügung stellt. Siehe auch à Termingeld.
Festverzinsliche Wertpapiere
Begriff für alle à Wertpapiere, die während der Laufzeit einen unveränderlichen à Zinssatz haben.

Festzinsempfängerswap
Verkaufter Swap. à Kupon Swap, bei dem ein fester Zinssatz (à Kupon) empfangen wird, und ein à variabler Zinssatz (z. B. à Euribor, à Libor) gezahlt wird. Gegenteil: à Festzinszahlerswap.

Festzinssatz
Jener à Zinssatz, der beim Mengentenderverfahren von der à Europäischen Zentralbank vorgegeben wird.

Festzinsswap
Austausch von festen gegen à variable Zinsen. Formen davon sind à Festzinsempfängerswap und à Festzinszahlerswap.

Festzinszahlerswap
Gekaufter Swap. à Kupon Swap, bei dem ein fester Zinssatz (à Kupon) gezahlt wird, und ein à variabler Zinssatz (z. B. à Euribor, à Libor) empfangen wird. Gegenteil: à Festzinsempfängerswap.

Fibor
Frankfurt Interbank Offered Rate. à Geldmarktzinssatz, zu dem Großbanken am Frankfurter Platz à Termineinlagen anbieten.

Fill or Kill (FOK)
Eine à Order mit dem Zusatz „fill or kill“ wird sofort vollständig ausgeführt, wobei die Ausführung auch in mehreren Teilausführungen mit verschiedenen Preisen erfolgen kann. Ist eine sofortige vollständige Ausführung nicht möglich, wird die Order automatisch gelöscht.

Final Settlement
Endabrechnung.

Financial Covenants
Bilanzrelationskennzahlen. Verpflichten einen Kreditnehmer, bestimmte Bedingungen oder Auflagen während der Laufzeit eines Kreditgeschäfts zu erfüllen. Eine typische Anforderung, die Financial Covenants festlegen können, ist z. B. eine bestimmte Höhe der Mindesteigenkapitalausstattung als Indikator für die Möglichkeit, Verluste hinnehmen können, ohne den Tatbestand einer Überschuldung zu erfüllen. Weitere häufig verwendete Kennzahlen legen Mindestrelationen zur Verschuldung, wie etwa Verhältniskennzahlen, von à Eigenkapital zu à Fremdkapital fest oder stellen auf das Verhältnis von à Cashflows zum Schuldendienst, ausgedrückt als Schuldendeckungsquote (Debt Service Coverage Ratio), ab. Im Bereich der Ertragslage werden öfters Zinsdeckungsklauseln eingesetzt.

Financial Engineering
Structured Finance. Teilaufgabengebiet von Corporate Finance, welches das Erstellen eines finanzwirtschaftlichen Gesamtkonzepts durch die Hausbank eines Unternehmens und die Gesamtbetreuung eines Kunden in Finanzierungsfragen umfasst. Im weiteren Sinn gleichgesetzt mit genereller qualifizierter Finanzberatung und -betreuung (u. a. Lösung von Kapital- und Bilanzstrukturproblemen, Wahl von Finanzierungsformen und -instrumenten, Finanz- und Liquiditätsplanung, Beurteilung und Finanzierung von Investitionsprojekten).

Financial Futures
Finanzterminkontrakte. An der à Börse gehandelte à Terminkontrakte, die den Käufer verpflichten, bestimmte à Finanzinstrumente (z. B. à Währungen, à Zinssätze etc.) zu einem bestimmten Fälligkeitstag zum Preis des à Futures abzunehmen. Analog dazu verpflichtet sich der Verkäufer des Futures zur Lieferung zum Preis des Futures.

Finanz-Benchmarking – ein Produkt der Kommunalkredit
Das von der Kommunalkredit erstellte Finanz-Benchmarking bietet Gemeinden einen Vergleich mit erfolgreichen Konzepten, Methoden, Instrumenten, Abläufen und Erfahrungen öffentlicher Leistungserbringer. Es wird dazu verwendet, um innerhalb öffentlicher Haushalte
- die Effizienz zu steigern
- einen großen Erfahrungszuwachs in kurzer Zeit zu erlangen
- Netzwerke zu bilden
- einen Wandel zu beschleunigen

Finanzderivate
Finanzinstrumente, die mit einem bestimmten à Basiswert gekoppelt sind und mittels derer bestimmte finanzielle Risiken eigenständig auf den Finanzmärkten gehandelt werden können. Dies umfasst im Wesentlichen Transaktionen in Form von à Optionen, à Futures, à Swaps, à Devisentermingeschäften, à Kreditderivaten und eingebetteten Derivaten.

Finanzierung
Beschaffung und Bereitstellung von à Kapital, meist in Geldform, im weiteren Sinn auch in Form von Sachmitteln.

Finanzierungskosten
Sämtliche Kosten, die mit einer à Kapitalbereitstellung durch die einzelnen Kapitalgeber verbunden sind.

Finanzierungsleasing
Bei einem Finanzierungsleasing wird das Nutzungsrecht an einem dauerhaften Gut für einen im Voraus festgelegten, längeren Zeitraum (= gesamte bzw. der größte Teil der wirtschaftlichen Nutzungsdauer) übertragen. Dabei kommt es zwar nicht de jure, aber doch de facto zum Übergang der mit dem Eigentum an dem Leasinggut verbundenen Risiken und Vorteile an den Leasingnehmer. Daher erscheint das Leasinggut auch in der Vermögensbilanz der Gebietskörperschaft als Sachanlage auf. Zusätzlich wird für die Finanzierungsseite ein Kredit in der Höhe des Anschaffungspreises des Leassinggutes zuzüglich etwaiger Übertragungskosten unterstellt. In der Vermögensbilanz scheint dieser Kredit als Verbindlichkeit auf. Ein Finanzierungsleasing erhöht somit die à Maastricht-Verschuldung des öffentlichen Haushalts. Gegenteil: à Operating Leasing.

Finanzierungsstruktur
Die Zusammensetzung der Finanzierungsmittel eines Unternehmens nach Risikoqualität, Herkunft und Laufzeit.

Finanzinstitut
Ein Finanzinstitut ist nicht zum Betrieb von Bankgeschäften berechtigt, sondern betreibt als Haupttätigkeit das à Leasinggeschäft, das à Wechselgeschäft, die Beratung von Unternehmen vor allem über Finanzdienstleistungen, die Erteilung von Handelsauskünften und/oder die Schließfachverwaltung.

Finanzinstrument
Bezeichnet gemäß à International Accounting Standards (IAS) bzw. à International Financial Reporting Standards (IFRS) einen Vertrag, der bei der einen Vertragspartei zu einem Vermögenswert und bei der anderen Vertragspartei zu einer finanziellen Schuld oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Finanzmarkt
Zusammenfassung sämtlicher regionaler und institutioneller Einrichtungen, die sich mit der Beschaffung und Investition von à Kapital beschäftigen.

Finanzmarktaufsicht (FMA)
Am 1.4.2002 nahm die FMA als unabhängige Behörde den operativen Betrieb im Rahmen des österreichischen à Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG) auf. Sie umfasst die Banken-, Versicherungs-, Wertpapier- und Pensionskassenaufsicht.

Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG)
Bundesgesetz, mit dem die à Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) errichtet und seit 1.4.2002 mit den Agenden der Banken-, Versicherungs-, Wertpapier- und Pensionskassenaufsicht betraut wurde.

Finanzplanung
Finanzplan. Prognose der zukünftigen Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben, sowie auch à Cashflow, à Gewinn- & Verlustrechnung und à Bilanz.

Finanzterminggeschäft
Vereinbarung über den Austausch von Basisgrößen, die dem à Geld-, à Kapital- oder à Devisenmarkt zugerechnet werden können, zu einem in der Zukunft liegenden Zeitpunkt. Sowohl der Zeitpunkt des Austauschs als auch die Qualität und Quantität der Basisgrößen werden im Vorhinein festgelegt.

Firmenbuch (FB)
Vormals Handelsregister. Im Firmenbuch werden die wichtigsten Informationen eines Unternehmens eingetragen. Das FB wird bei den Landesgerichten geführt und macht die rechtlichen Verhältnisse von Unternehmen in Österreich öffentlich und damit auch transparent. Zum Eintrag gehören Firma und Sitz des Unternehmens, die Zeichnungsberechtigten, das Grund- oder Stammkapital und je nach gewählter Rechtsform weitere Informationen.

Firmenwert
Geschäftswert, Goodwill. Dabei handelt es sich um den bei der Bewertung eines Unternehmens als Ganzes über die sachlichen Vermögenswerte hinausgehenden immateriellen Mehrwert. Der Firmenwert beruht auf dem besonderen Ansehen, der Leistungs- und Kreditfähigkeit, dem Kundenstock, dem Standort, etc.

Fitch
Fitch, IBCA, Duff & Phelps. Internationale à Ratingagentur mit Hauptsitzen in London und New York. Zählt neben à Moody´s und à Standard & Poors zu den führenden, weltweit agierenden Ratingagenturen.

Fixed Price Reoffering-Verfahren
Der à Arranger vereinbart mit dem Unternehmen eine Bandbreite, auf deren Basis die à Banken des à Konsortiums bereits Gespräche mit potenziellen Investoren führen. Ziel ist es, eine bessere Einschätzung über die Platzierungsfähigkeit der à Emission zu bekommen. Nach der Konditionenfixierung verpflichten sich die beteiligten Banken ihren jeweiligen Anteil der Emission im à Primärmarkt nicht unter dem vereinbarten Preis (fixed price) abzugeben.

Fixing
Preis- bzw. Kursfestsetzung, z. B. à Euribor, à Libor, Goldfixing, Devisenfixing usw.

Fixzinssatz
Der Fixzinssatz ist ein auf eine bestimmte Dauer vertraglich fest vereinbarter à Zinssatz und kann in dieser Zeit weder vom Darlehensgeber noch vom Darlehensnehmer geändert werden. Die Vorteilhaftigkeit des Fixzinssatzes für den Finanzierungsnehmer liegt in der Absicherung (à Hedging) gegen künftige Zinssatzsteigerungen und damit in der klaren Grundlage für die Planung von à Investitionsprojekten sowie von Gemeinde- und Gebührenhaushalten. Fixzinssätze können mit Fixzinsbindungen von bis zu 25 Jahren angeboten werden. Da Banken erst nach Zuschlag einer à Finanzierung die entsprechende à Refinanzierung abschließen, müssen Fixzinsanbote auf Grund des bis zur allfälligen Zuschlagserteilung gegebenen Zinsänderungsrisikos sehr kurz befristet werden.

Flache Zinskurve
Eine à Zinskurve, bei der alle Restlaufzeiten in etwa den gleichen à Zinssatz aufweisen.

Fließhandel
Laufende Feststellung und Veränderung der à Kurse eines börsegehandelten à Wertpapiers entsprechend Angebot und Nachfrage, wobei nach Abschluss jeder Transaktion ein neuer Kurs zustande kommt, der von den vorhergehenden Kursen meist minimal abweicht.

Floater
à Variabel verzinste à Anleihe, deren Verzinsung in regelmäßigen Abständen an einen à Referenzzinssatz bzw. das Marktzinsniveau angepasst wird. Einer der wichtigsten Referenzzinssätze ist der im à Interbankenmarkt gebildete à Libor.

Floating
Flexible Wechselkurse. Die à Wechselkurse ändern sich frei nach Angebot und Nachfrage an den à Devisenbörsen. Die à Zentralbanken intervenieren nicht. Gegensatz zum System fester Wechselkurse.

Floating Rate Note (FRN)
Es handelt sich hierbei um eine à Anleihe mit à variabler Verzinsung. Der à Zinssatz wird in regelmäßigen Zeitabständen an die jeweils aktuelle Zinssituation angepasst (Zinsanpassungsrhythmus meistens drei oder sechs Monate). Um die Objektivität bei der Festsetzung des neuen Zinssatzes für die nächste Zinsperiode zu gewährleisten, bedient man sich eines à Referenzzinses als Basis (z. B. à Euribor, à Libor).

Floor
Untergrenze. Dem Floor-Käufer wird gegen Zahlung einer à Prämie eine festgelegte Zinsuntergrenze (Strike) garantiert. Fällt der à Referenzzinssatz an den einzelnen Zinsfestlegungszeitpunkten unter die festgelegte Zinsuntergrenze (à Ausübungspreis, Strike Price), so zahlt der Verkäufer (à Stillhalter) dem Käufer des Floors die Differenz zwischen Zinsuntergrenze und Referenzzinssatz. Gegenteil: à Cap.

Floor Note
à Wertpapier, das dem Gläubiger einen bestimmten Mindestzinssatz garantiert.

Fonds
à Investmentfonds

Fondsanleihe
Eine à Anleihe, die von öffentlichen Fonds (à Investmentfonds), wie z. B. dem à Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF), ausgegeben wird. Es haftet sowohl der Fonds als auch, in den meisten Fällen, der Bund.

Fondsmanager
Anlage- und Wertpapierspezialisten.

Forderungspapier
Ein à Wertpapier, das eine Forderung des Inhabers gegenüber dem à Emittenten verbrieft, wie z. B. à Anleihen, à Pfand- und à Kommunalbriefe.

Fördermanagement
Auswahl und Optimierung von länderspezifischen und europäischen Förderungen zur Senkung der Finanzierungskosten von Unternehmen.

Fondsmix
Mischung mehrerer à Investmentfonds, die nach Anlageziel, Risikobereitschaft und Marktlage optimiert sind.

Fondsswitch
Das Umsteigen von einem à Investmentfonds in einen anderen.

Förderrichtlinie
Beinhaltet Ziele, Gegenstand, Umfang und Art der Förderung sowie die Abwicklungsmodalitäten. Für jede Förderaktion sind Förderrichtlinien wesentliche Grundlage.

Foreign Currency Bond
à Fremdwährungsanleihe

Foreign Currency Exchange (FX)
Umtausch einer (fremden) à Währung in eine andere (meist Landeswährung).

Forfaitierung
Ankauf mittelfristiger abstrakter Forderungen, bei dem nur einzelne Forderungsbeträge abgetreten werden, wobei der Käufer auf jeden Rückgriff auf den abtretenden Forderungsgläubiger verzichtet. Die Forfaitierung dient in der Regel zur Exportfinanzierung. Wirtschaftlich gesehen geht es aus der Sicht des Exporteurs um die Umwandlung eines Verkaufs auf Kredit (mit einem bis fünf Jahren Laufzeit) in einen Verkauf gegen Barzahlung.

Forward
Vereinbarung zweier Parteien, eine bestimmte Menge eines Gutes (à Basiswert) zu den zuvor festgelegten Bedingungen zu kaufen bzw. zu verkaufen, wobei Lieferung und Zahlung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Der vereinbarte Preis ist der à Terminkurs. Der zugrunde liegende Basiswert wird im Regelfall tatsächlich geliefert. Im Unterschied zu den standardisierten à Futures werden Forward-Kontrakte außerbörslich abgeschlossen. Siehe auch à Termingeschäft.

Forward Outright Swap
à Cross Currency Swap

Forward Rate Agreement (FRA)
Nicht standardisierte Zinssicherungsinstrumente; mittels Verträge zwischen zwei Transaktionspartnern, in denen diese, um sich gegen Zinsrisken zu schützen, einen à Zinssatz vereinbaren, der zu einem bestimmten Erfüllungstag auf einen fiktiven Kapitalbetrag zu zahlen ist. Der fiktive Kapitalbetrag selbst wird nie ausgetauscht. Die Zahlungen ergeben sich aus der Differenz zwischen dem vereinbarten FRA-Satz und dem am Erfüllungstag geltenden Marktzinssatz.

Forward Start Swap
à Swap, dessen Laufzeit nicht mit à Spot, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt beginnt.

Forward Swap
Delayed Start Swap, Termin Swap. Bei der Planung zukünftiger à Investitionen trägt man das Risiko, dass sich die à Zinssätze bis zum Finanzierungsbeginn erhöhen. Rechnet man bis zu diesem Zeitpunkt mit steigenden Zinsen, kann man durch den Abschluss eines Forward Swaps schon heute einen festen, günstigen Zinssatz für das in der Zukunft beginnende à Darlehen bestimmen und so eine sichere Kalkulationsgrundlage festlegen.

Free Cashflow
Mittel, die nicht für die à Finanzierung des laufenden Betriebs bzw. für Reinvestitionen benötigt werden und daher für die Tilgung von à Fremdmitteln zur Verfügung stehen.

Free Float Factor
à Streubesitzfaktor

Frei konvertierbare Währung
Ohne Beschränkung in andere à Währungen umtauschbare Währung mit einer an den Kräften des Marktes orientierten à Kursfestsetzung.

Freibetrag
Ein im Steuerrecht vorgesehener Betrag, bis zu dessen Höhe jedenfalls eine Besteuerung im Veranlagungszeitraum unterbleibt. Siehe auch à Freigrenze.

Freier Kurs
Aus dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage sich ergebender à Wechselkurs einer à Währung.

Freier Makler
An der à Wiener Börse ein Marktteilnehmer, der als Vermittler für die Kursbildung im à Geregelten Freiverkehr und im sonstigen Wertpapierhandel verantwortlich ist.

Freigrenze
Ein im Steuerrecht vorgesehener Betrag für eine Steuerbefreiung. Zum Unterschied von à Freibeträgen ist bei Freigrenzen der Gesamtbetrag zu versteuern, wenn die vorgesehene Freigrenze überschritten wird.

Fremdfinanzierung
Bei Nichtbanken übliche Bezeichnung für die Verbindlichkeiten eines Unternehmens gegenüber Dritten, z. B. à Bankkredite, à Darlehen, Handelskredite, à Anleihen. Je nach der Fristigkeit der Verbindlichkeiten wird unterschieden zwischen kurz- bis langfristigem Fremdkapital. Die Beschaffung des à Fremdkapitals gehört zum Kreditmanagement des Unternehmens.

Fremdkapital
Kapital, welches mit Verbindlichkeiten verbunden ist (z. B. Zins- und Tilgungszahlungen). Anders als beim à Eigenkapital muss hier der Unternehmer gegenüber dem Kapitalgeber entsprechende Sicherheiten stellen. Für junge Unternehmen bedeutet eine à Fremdfinanzierung eine hohe Belastung für die à Liquidität, denn
Die à Kredite müssen auch dann pünktlich zurückgezahlt werden, wenn das Unternehmen Verluste macht.

Fremdwährung
Geldeinheit und Geldsystem eines anderen Staates. Siehe auch à Valuta.

Fremdwährungsanleihe
Foreign Currency Bond. à Anleihe, die nicht in der Landeswährung des Emissionslandes begeben wird.

Fremdwährungsfinanzierung
Eine nicht auf à Euro lautende Finanzierung. Sie wird häufig verwendet, um einen Vorteil aus einem niedrigeren à Zinssatz, zu dem das Fremdwährungsdarlehen aufgenommen werden kann, zu ziehen. Da Fremdwährungen

gegenüber dem Euro nicht stabil sind, unterliegen Fremdwährungsfinanzierungen zusätzlich einem Wechselkursrisiko (à Fremdwährungsrisiko).

Fremdwährungskredit
Ein Fremdwährungskredit ist ein à Kredit, der in einer ausländischen à Währung abgeschlossen wird. Die Auszahlung erfolgt zwar in à Euro, aber die Kreditschuld lautet auf eine Fremdwährung. Bei Vertragsabschluss erfolgt die Umrechnung des Euro-Betrages zum niedrigeren Devisenkurs (à Geldkurs). Die à Tilgung des Kredites bzw. die Zins- und Ratenzahlungen werden üblicherweise zum höheren Devisenkurs (à Briefkurs) umgerechnet. Siehe auch à Fremdwährungsfinanzierung.

Fremdwährungsrisiko
Möglichkeit eines negativen Einflusses einzelner Finanztransaktionen auf das Ergebnis bzw. auf das Unternehmensergebnis insgesamt auf Grund von Währungsschwankungen.

Front Loading Fee
Upfront Fee, Flat Fee. Einmalige Gebühr, die eine à Bank für die Bearbeitung eines Darlehenantrags in Rechnung stellt, und die idR im Vorhinein fällig ist.

FT-SE100
Footsie. Britischer à Aktienindex der Financial Times Stock Exchange, ein Unternehmen im Besitz der Financial Times und der London Stock Exchange. Der Index enthält die Aktienwerte der 100 größten à Aktiengesellschaften Grossbritanniens, die rund 80 % des britischen Marktes verkörpern.

FT-SE4GOOD
à Social Responsibility Investment (SRI)-Index der Londoner Börse aus ausgewählten Unternehmen, die sich innerhalb ihrer Branche durch gutes Sozial- und Umweltmanagement auszeichnen.

Fundamental-Analyse
Methode zur Bewertung und Prognose von à Aktienkursen.

Fusion
Verschmelzung zweier oder mehrerer Unternehmungen zu einem einzigen Unternehmen.

Future
Der Future ist ein nach Menge, Qualität und Liefertermin standardisierter à Terminkontrakt, dessen Inhaber zu einem festgelegten zukünftigen Zeitpunkt ein Handelsobjekt aus dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zum börsenmäßig festgesetzten à Kurs zu liefern bzw. abzunehmen hat. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (z. B. auf Basis von à Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung (anstelle einer körperlichen Wertpapierlieferung oder -abnahme) ein à Barausgleich (Cash Settlement) zu leisten.

Futures Funds
Ausländische à Investmentfonds oder – wenn österreichischer Herkunft – aktienrechtlich gebildete Fonds, die vornehmlich in à Futures (standardisierte Termingeschäfte), veranlagen.

FX
à Foreign Currency Exchange
FX-Swap
à Devisenswap

G

G&V
à Gewinn- und Verlustrechnung

Gap-Analyse
Methode zur Messung des Zinsrisikos zinssensitiver Forderungen bzw. Verbindlichkeiten.

Garantie
Abstraktes Zahlungsversprechen des Garanten gegenüber dem Begünstigten auf 1. Anforderungen und unter Verzicht auf Einreden aus dem Grundgeschäft. Eine Garantie sichert somit die Forderung des Garantiebegünstigten

gegen einen Dritten, z. B. Anzahlungs-, Bietungs-, Zahlungs-, und im Baugewerbe als Haftrücklass- und Deckungsrücklassgarantien häufig.

Gedeckt
Covered. Bezeichnung für die Position eines à Stillhalters, der entweder die à Aktien für den ausgestellten à Call oder die Barmittel für den ausgestellten à Put besitzt.

Geldkurs
BID. Kurs, zu dem à Devisen, à Wertpapiere etc. von à Banken gekauft werden. Aus der Sicht des Kunden entspricht der Geldkurs dem Verkaufskurs. Er ist bei einer Darlehensaufnahme in à Fremdwährung und Zuzählung in à Euro der relevante à Wechselkurs (aus der Sicht des Kunden: Verkauf Fremdwährung gegen Euro). Gegenteil: à Briefkurs.

Geldmarkt
Money Market. Markt für kurzfristige (i. d. R. max. ein Jahr) Guthaben und à Kredite. Ein wesentlicher Bereich ist dabei die kurzfristige Kreditvergabe der à Banken untereinander.

Geldmarktfonds
à Cashfonds

Geldmarkt-Future
à Money Market Future

Geldmarktpapiere
à Festverzinsliche Wertpapiere mit einer ursprünglichen Laufzeit bis zu einem Jahr oder von genau einem Jahr.

Geldmenge
Die Geldmenge wird von der à Zentralbank gesteuert. Es gibt drei Geldmengenarten:
- Geldmenge M 1: Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Banken und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken;
- Geldmenge M 2: M 1 zuzüglich Termineinlagen inländischer Nichtbanken mit Laufzeiten unter vier Jahren umd
- Geldmenge M3: wichtigster Geldmarktindikator der EZB, M2 zuzüglich der Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Geldpolitik
Maßnahmen einer à Zentralbank, die darauf gerichtet sind, vorgegebene Ziele zu erreichen. Vorrangiges Ziel des à ESZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Die wichtigsten geldpolitischen Instrumente, mit denen die Zinskonditionen und Knappheitsverhältnisse am à Geldmarkt gesteuert werden können, sind à Offenmarktgeschäfte. Als Rahmenbedingung dient die à Mindestreservenpolitik.

Geldwäscherei
Das Verschleiern der Herkunft oder Verbergen von Vermögenswerten jeder Art, die aus dem Verbrechen eines anderen herrühren. Kreditinstitute (à Bank) haben jede Transaktion sorgfältigst zu prüfen, bei der der Verdacht besteht, dass sie mit Geldwäscherei zusammenhängen könnte. Unter Geldwäscherei versteht man auch den Vorgang der Legitimierung (Umwandlung) von Verbrechensgeld in legal verdientes Geld.

Geldwert
Binnenwirtschaftlicher (innerer) Tauschwert des Geldes aufgrund seiner Funktion als Tauschmittel bzw. außenwirtschaftlicher (äußerer) Tauschwert, der an den à Wechselkursen ablesbar ist.

Geldwesen
Struktur und Ordnung der Geldwirtschaft in einem Staat bzw. einer Volkswirtschaft.

Gemeingut
Common good, Kollektivgut. Ein Gut, das für alle potenziellen Nachfrager frei zugänglich ist. Gemeingüter können vom Staat (dazu zählen Gesundheit, Mobilität, Sicherheit und Bildung) oder von privaten Anbietern bereitgestellt werden.

Gemischte Fonds
Bezeichnung für à Investmentfonds, die sowohl in à Rentenwerten als auch in à Aktien veranlagen.

General Agreement on Trade in Services (GATS)
Das GATS ist ein internationales Abkommen der Mitgliedstaaten der à World Trade Organization (WTO) zur Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen.

Gender-Mainstreaming
Gender ist das soziale Geschlecht bzw. gesellschaftlich bedingte Unterschiede zwischen Frauen und Männern, deren gesellschaftliche Geschlechterrollen, die Vorstellungen und Erwartungen, wie Frauen und Männer sind bzw. sein sollen. Diese sind innerhalb und zwischen den Kulturen unterschiedlich und verändern sich im Laufe der Zeit. Mainstreaming heißt, diesen „Mainstream" der Geschlechterrollen zu verändern.

Genehmigtes Kapital
Aufgrund eines Beschlusses der à Hauptversammlung dem à Vorstand für höchstens fünf Jahre erteilte Ermächtigung, ohne weiteres Befragen der Hauptversammlung das à Grundkapital durch Ausgabe à Junger Aktien in einem bestimmten Ausmaß zu erhöhen.

Genossenschaft (Gen)
Eine rechtsfähige Vereinigung von Personen, die auf die Förderung und Sicherung bestimmter wirtschaftlicher Interessen durch Selbsthilfe ihrer Mitglieder durch gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Genussrecht
Auf Vertragsbasis gegen Bezahlung einer Einlage (Bar- oder Sacheinlage) eingeräumte Rechte, wie sie normalerweise à Gesellschaftern oder à Aktionären zustehen, ohne jedoch à Stimmrechte zu begründen. Vor allem Beteiligung am Gewinn, Mitbestimmungs-, Informations- oder Auskunftsrechte. Motiv für die Ausgabe von Genussscheinen ist zumeist die à Kapitalbeschaffung. Genusskapital stellt in der Regel à Eigenkapital dar.

Genussschein
à Schuldverschreibung, die einen Anspruch auf Beteiligung am Reingewinn und/oder Liquidationserlös, insbesondere bei à Aktiengesellschaften und à Gesellschaften mit beschränkter Haftung gewährt. Das Recht wird mit einer Urkunde, dem Genussschein verbrieft. Genussscheine sind auch verkäuflich, gelten aber nicht als à Aktien (kein à Stimmrecht auf der à Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft). In der Börsensprache heißen die Genussscheine auch „Genüsse".

Genussscheinkapital
Verbriefte schuldrechtliche Ansprüche (in erster Linie Gewinnbeteiligung) ohne Gewährung von Verwaltungsrechten (z. B. à Stimmrechte).

Geregelter Freiverkehr
Jene börserechtliche Zulassungsform von à Wertpapieren mit weniger strengen Zulassungsvoraussetzungen und Publizitätsvorschriften als die für den à Amtlichen Handel.

Geschlossener Fonds
Closed-end Fund. Ein à Investmentfonds, bei dessen Gründung die Höhe des Fondsvermögens und die Anzahl der Investmentzertifikate festgelegt werden. Sind alle Zertifikate verkauft, wird der Fonds geschlossen. Erwerb und Verkauf sind dann nur über die à Börse möglich. Gegenteil: à Offener Fonds.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gehört zur Gruppe der à Kapitalgesellschaften. Als juristische Person ist die GmbH selbstständige Trägerin von Rechten und Pflichten: Sie kann Eigentum erwerben, Verträge abschließen und vor Gericht klagen und verklagt werden. Die GmbH haftet grundsätzlich nur mit ihrem Gesellschaftsvermögen, nicht jedoch mit dem Privatvermögen der Gesellschafter.

Gewährleistungsgarantie
Guarantee for Warranty Obligations, Warranty Bond. à Bankgarantie, die den Begünstigten gegen finanzielle Nachteile für den Fall absichert, dass der Auftraggeber der Garantie seinen vertraglich vereinbarten Gewährleistungspflichten nicht nachkommt.

Gewinn- und Verlustrechnung (G&V)
Ist Bestandteil des à Jahresabschlusses und stellt eine Erfolgsrechnung dar. Sie stellt die Erträge und Aufwendungen eines Geschäftsjahres gegenüber und soll ein – den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes – Bild der Ertragslage der Kreditinstitute (à Bank) vermitteln.

Gewinnschuldverschreibung
Participating Bond. Mit Anspruch auf Gewinnbeteiligung ausgestattete à Schuldverschreibung, die aber im Gegensatz zu à Wandelschuldverschreibungen kein Umtausch- oder Bezugsrecht auf à Aktien gewährt.

Gezogener Wechsel
à Wechsel, bei dem der Aussteller den à Bezogenen (Schuldner) anweist, dem Wechselnehmer (Begünstigten) eine bestimmte Geldsumme zu zahlen. Siehe auch à Tratte, à Akzept.

Giralgeld
Buchgeld. Guthaben der Bankkundschaft, über das sie jederzeit in bar verfügen kann. Gebildet wird es durch Einzahlungen und eingeräumte Kredite. Giralgeld wird vor allem für den bargeldlosen Zahlungsverkehr verwendet.

Girokonto
Ein von Kreditinstituten (à Bank) für Bankkunden geführtes à Kontokorrentkonto zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

Glattstellung
Eine offene Börsen- oder Devisenposition durch ein entsprechendes Gegengeschäft ausgleichen. Auf gleichen Termin verkaufte à Wertpapiere etwa werden durch einen entsprechenden Terminkauf eingedeckt.

Globaldarlehen
Die à Europäische Investitionsbank (EIB) vergibt Globaldarlehen an Partnerbanken zur à Finanzierung von à Investitionen vor allem von Klein- und Mittelunternehmen (KMU) bzw. für den Umweltschutz, Infrastruktur und Energie.

Global Depository Receipt (GDR)
à Hinterlegungsscheine für ausländische Aktien, die nach dem Vorbild der à American Depository Receipts entwickelt wurden und das Eigentum von à Aktien inkl. Rechte wie z. B. das Recht auf à Dividende verbriefen.

Going Public
à Börsengang eines Unternehmens.

Goldene Bankregel
Grundsatz für die à Liquiditätspolitik von Unternehmen und Geldinstituten, derzufolge die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten jenen der Forderungen entsprechen sollten. Für eine à Bank bedeutet dies, dass kurzfristig ausgeliehenes Geld auch nur kurzfristig verliehen werden darf.

Good for Day
Mit dieser Gültigkeitsbeschränkung ist die à Order nur für den aktuellen Börsetag gültig.

Good till Cancelled (GTC)
Die à Order ist solange gültig, bis sie entweder ausgeführt oder vom Auftraggeber gelöscht wird.

Good till Date
Die à Order ist bis zu einem bestimmten Tag gültig (max. 90 Tage ab Eingabezeitpunkt).

Goodwill
Unterschiedsbetrag zwischen Kaufpreis und dem Zeitwert der erworbenen Assets (Vermögenswerte).

Government Bonds
Begriff für à Schuldverschreibungen, die vom Bund emittiert werden, wie z. B. à Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzscheine.

Grace Period
à Darlehenslaufzeit

Greenshoe
Mehrzuteilungsoption. à Option auf zusätzliche Aktienpakete anlässlich einer Neuemission für den à Underwriter, um eine überhöhte Nachfrage nach den à Aktien befriedigen und die à Kurse dadurch stabilisieren zu können.

GRI
Global Reporting Initiative. Internationale Initiative (UNO, NGOs etc.), die einen Leitfaden für die à Nachhaltigkeitsberichterstattung erarbeitete. Die GRI-Leitlinien sind freiwillig und geben Unternehmen Empfehlungen über die ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Indikatoren, die in Nachhaltigkeitsberichte einfließen sollten.

Grunderwerbsteuer
Verkehrsteuer auf den Erwerb inländischer Grundstücke in Höhe von 3,5 % (2 % unter Ehegatten, Eltern und Kindern) vom Kaufpreis, formell gemeinschaftliche Bundesabgabe, fließt jedoch zu 96 % den Gemeinden zu.

Grundkapital
à Eigenkapital der à Aktiengesellschaft. Entspricht zahlenmäßig dem à Nennwert aller ausgegebenen à Aktien.

Grundwert
Jener Betrag, der bei einer Immobilienfinanzierung auf das Grundstück entfällt; ist bei der Ermittlung des à Restwertes mit dem vollen Anschaffungspreis zu berücksichtigen.

Guarantee
à Bankgarantie

G10
Abkürzung für Group of Ten und bezeichnet das 1962 gegründete Forum der zehn führenden Industrienationen der Welt, mit dem Zweck, über die GAB (general agreements to borrow) beim Weltwährungsfonds zusätzliche Kredite zur Verfügung stellen. Die Gründungsmitglieder der G10 sind die USA, Japan, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Kanada, Belgien, Niederlande, Schweden; die Schweiz ist seit 1983 elftes Mitglied – der Name G10 blieb jedoch.

H

Habenzinsen
à Passivzinsen

Halbjahresbericht
Für die ersten sechs Monate des Rechnungsjahres eines jeden à Investmentfonds muss ein Halbjahresbericht erstellt, geprüft und veröffentlicht werden. In ihm wird über die Zusammensetzung des Fondsvermögens und dessen Entwicklung berichtet.

Handelsbuch
Positionen eines Kreditinstituts (à Bank) aus dem Eigenhandel mit à Finanzinstrumenten, die es zum Zweck des Wiederverkaufs hält oder die es übernommen hat, um bestehende oder erwartete Unterschiede zwischen den Kauf- und Verkaufpreisen oder um Preis- und Zinsschwankungen kurzfristig zu nutzen. Nicht zum Handelsbuch zählende Positionen werden im à Bankbuch geführt.

Handelsergebnis
Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel von à Banken in à Wertpapieren, à Finanzinstrumenten (insbesondere à Derivate), à Devisen und Edelmetallen, die zu Marktpreisen bewertet werden. Die Position umfasst auch den Teil der laufenden à Zinsen, à Dividenden und à Refinanzierungsbestandteile, die den Handelsaktivitäten zuzuordnen sind.

Harte Währung
à Wechselkursstabilität einer à Währung nach außen sowie Kaufkraftstabilität einer Währung nach innen durch niedrige Inflationsraten, wobei die Währung frei konvertierbar sein sollte.

Hauptrefinanzierungsgeschäft
Regelmäßiges Offenmarktgeschäft, das vom Eurosystem in Form einer befristeten Transaktion – d. h. einer Transaktion mit Rückkaufsvereinbarung – durchgeführt wird. Hauptrefinanzierungsgeschäfte werden über wöchentliche Standardtender mit einer Laufzeit von in der Regel einer Woche ausgeführt. Das Hauptrefinanzierungsinstrument ist das wichtigste à geldpolitische Instrument der à Europäischen Zentralbank.

Hauptversammlung
Auf der Hauptversammlung werden grundsätzliche Entscheidungen für das Unternehmen gefällt, beispielsweise die Wahl der Mitglieder im à Aufsichtsrat, die Entlastung des Aufsichtsrats und des à Vorstands, Änderungen der Statuten sowie die Ausschüttung von Gewinnen in Form einer à Dividende. Teilnehmen können alle à Aktionäre eines Unternehmens.

Hausse
Allgemeiner Anstieg von à Wertpapierkursen über einen längeren Zeitraum. Im angloamerikanischen Raum ist die Bezeichnung à Bull Market üblich. Gegenteil: à Baisse.

Hedge Fonds
Hoch spekulativer à Investmentfonds, der nicht nur in hochriskante Alternative Investments investiert, sondern sein Fondsvolumen mit à Fremdkapital ergänzt und dadurch einen extrem hohen Hebeleffekt erzielt, der allerdings nicht nur nach oben (im Gewinnfalle), sondern auch nach unten (im Verlustfalle) wirken kann.

Hedge Ratio
Verhältnis von à Optionen oder à Futures zur Anzahl abzusichernder à Basiswerte, bei dem ein Portefeuille vollständig abgesichert ist.

Hedging
Absichern einer offenen, dem Kurs-, Währungs- oder Preisrisiko ausgesetzten Position.
Beispiel: Der Besitz einer à Aktie oder eines Aktienportfeuilles beinhaltet das Risiko, im ungünstigsten Fall das gesamte investierte à Kapital zu verlieren. Durch ein Hedging mit à Optionen oder à Futures kann dieses Risiko verringert oder vollständig eliminiert werden.

Held to Maturity
Kategorie von à Wertpapieren, die dem Anlagevermögen gewidmet sind und bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

High
Bezeichnung für den Höchstkurs eines à Wertpapiers an einem Tag, in einer Woche etc. Gegenteil: à Low.

High Yield Bonds
à Junk Bonds

Hinterlegungsschein
Aktiensurrogate. Sind für ausländische Gesellschaften erforderlich, sofern sie eine Börsennotiz an einer amerikanischen à Börse anstreben.

Historische Volatilität
Die auf Grundlage der vorangegangenen Preisentwicklung eines à Basiswertes für einen bestimmten Zeitraum errechnete Standardabweichung der à Börsekurse.

Horizontaler Spread
à Time Spread

HTX
Hungarian Traded Index. Der HTX ist ein von der à Wiener Börse entwickelter à Real Time-Index der attraktivsten ungarischen Aktien. Er ist Bestandteil des à CECE Composite Index.

Hybride Finanzierungsformen
à Finanzierungen, deren Eigenschaften einer Mischung von à Eigen- und à Fremdkapital entsprechen.

Hybrides Kapital
Voll einbezahltes à Ergänzungskapital, à Nachrangkapital, à Genussrechte sowie manches à Kernkapital, wie z. B. Vermögenseinlagen à stiller Gesellschafter. Im Fall von à Banken: Kapital einer Tochtergesellschaft, das gewissen Bestimmungen genügt und für Zwecke der à Eigenmittelunterlegung als Kernkapital einer Bankengruppe angerechnet werden kann.

Hypothek
à Pfandrecht an einem bebauten oder unbebauten Grundstück zur Sicherung einer Forderung eines Kapitalgebers.

I

IAS
à International Accounting Standards

IATX
à Immobilien-ATX

IBAN
à International Bank Account Number

IBRD
à International Bank for Reconstruction and Development

Iceberg Order
Ermöglicht Aufträge mit großem Volumen zu erteilen, wobei im fortlaufenden Handel (Continuous Trading) nur ein Teil dieser Order dem Gesamtmarkt gezeigt wird.

IFRS
à International Financial Reporting Standards

Im Geld
In the Money. Marktsituation einer à Option, bei welcher der Kassapreis des à Basiswertes deutlich über dem à Ausübungspreis (im Fall eines à Calls) bzw. unter dem Ausübungspreis (im Fall eines à Puts) liegt. Gegenteil: à am Geld.

Immediate or Cancel
Ausführungsbeschränkung eines Auftrages für sofortige Ausführung – soweit wie möglich – und Widerruf des unausgeführten Teils des Auftrages.

Immobilien-ATX (IATX)
Index der börsenotierten Immobilien-Wertpapiere österreichischer Immobiliengesellschaften.

Immobilienfonds
à Investmentfonds, der sein Vermögen nach dem Prinzip der geografischen und objektmässigen Risikostreuung in bebauten und unbebauten Grundstücken sowie unter Umständen in Beteiligungen und Forderungen an Immobiliengesellschaften investiert.

Immobilienleasing
Vermietung (Nutzungsüberlassung) von unbeweglichen Wirtschaftsgütern (Produktions-, Lager- und Bürogebäude, Schulen, Amtsgebäude etc.) und der dazugehörigen Grundstücke.

Implizite Volatilität
Von den Marktteilnehmern erwartete Kursschwankungsbreite eines à Basiswertes für einen bestimmten zukünftigen Zeitraum. Wird anhand der am Markt tatsächlich existierenden à Optionspreise abgeleitet.

Implizierte Zinsterminkurve
Die vom Markt, also von den professionellen Marktteilnehmern, erwartete zukünftige à Zinskurve.

In Arrears Swap
à Kupon Swap, bei dem die variable Seite nicht am Anfang der Zinsperiode, sondern erst am Zinszahlungstermin, d. h. nachschüssig, festgesetzt wird.

Incoming
Erhaltene Transaktionen.

Independent Entities (IE)
Unabhängige, nationale oder internationale Prüfeinrichtungen, die bei à Joint Implementation (JI)-Projekten für die Validierung und die Verifizierung der Emissionsreduktionen zuständig sind.

Index
à Aktienindex

Indexanleihe
Index Linked Bond. à Anleihe, bei der die Höhe der Zinszahlungen – und/oder auch der Rückzahlungsbetrag – nicht bei der Ausgabe der Anleihe fest bestimmt ist, sondern sich nach der Entwicklung eines im Vorhinein definierten Index richtet (z. B. à Aktienindex).

Index-Kapitalisierung
Börsewert aller in einem bestimmten à Aktienindex enthaltenen Unternehmen.

Index Linked Bond
à Indexanleihe

Index Linked Note
à Wertpapier, dessen Verzinsung oder Tilgungskurs an einen à Börsenindex gebunden ist.

Indexoption
Eine à Option, deren à Basiswert ein Index ist.

Index Swap
Zinsswap (à Interest Rate Swap), bei dem zwei variable Zinssätze getauscht werden, z. B. 3-Monats USD-Libor gegen US-CP Composite Rate.

Indikativer Nettoinventarwert
Indicative NAV. Die Summe aller Vermögensbestände eines à Investmentfonds: à Kurswert aller à Wertpapiere, Barguthaben, Geldeinlagen sowie sonstiger Rechte. Der indikative NAV wird während der Handelssitzung laufend ermittelt.

Indikator
Referenzwert, an den ein variabler Zinssatz gebunden werden kann, z. B. 6-Monats-Euribor oder der 6-Monats-CHF-Libor.

Indirekte Investitionsförderung
Unterstützung von Investitionen im Wege von insbesondere steuerlichen Begünstigungen. Gegenteil: à Direkte Investitionsförderung.

Indirekte Mindestreserveerfüllung
Erfüllung der Mindestreservepflicht durch ein Kreditinstitut (à Bank), das seine Verpflichtungen im Rahmen des Mindestreserve-Systems einem Intermediär überträgt.

Indirekte Quotierung
Eine Einheit oder 100 Einheiten der inländischen Währung (Heimwährung) ausgedrückt in Einheiten einer à Fremdwährung. Gegenteil: à Direkte Quotierung.

Indossament
Schriftliche und unterzeichnete Erklärung auf einem à Orderpapier, mit welcher der Indossant dem Indossatar alle Rechte aus dem Papier überträgt. Siehe auch à Zession.

Inflation
Inflation ist die Steigerung des allgemeinen Preisniveaus, verursacht durch die Ausweitung der sich im Umlauf befindlichen Geldmenge oder durch eine Verringerung des bereitstehenden Güterangebotes. Sie bedeutet eine Verringerung der Kaufkraft pro Währungseinheit. Gegenteil: à Deflation.

Inflationsrate
Statistisch ermittelte Verhältniszahl des Preisniveauanstiegs und somit der Geldentwertung. Die Inflationsrate weist die prozentualen Veränderungen des Preisniveaus aus, die sich innerhalb eines bestimmten Zeitraums (Monats, Jahrs) ergeben haben. Siehe auch à Inflation.

Informationsmemorandum
Zusammenstellung aller für einen Investor oder Kreditgeber relevanten Informationen über ein Unternehmen bzw. die Transaktion (Unternehmensverkauf, Börsengang, Anleiheemission etc.).

Inhaberaktie
Eine à Aktie, die auf keinen bestimmten Namen lautet. Der Eigentümerwechsel erfolgt durch einfache Übergabe. Gegenteil: à Namensaktie.

Inhaberschuldverschreibung
à Schuldverschreibung bei der der Inhaber auf der Urkunde nicht namentlich erwähnt wird, d. h. derjenige der die Schuldverschreibung besitzt, ist somit praktisch auch der Gläubiger.

Initial Public Offering (IPO)
Erstmaliger à Börsengang eines Unternehmens mit Publikumsöffnung. Gleichbedeutend mit einem vollständigen oder teilweisen Verkauf des Unternehmens durch die Eigentümer.

Inländische Wertpapiere
à Wertpapiere, deren à Emittenten ihren Sitz im Inland (Österreich) haben.

Insider
Personen, die auf Grund ihrer Stellung in einem Unternehmen Zugang zu exklusiven, oftmals geheimen Informationen haben bzw. über diese früher verfügen als die übrigen Marktteilnehmer. Diesen Personen ist der Handel mit à Wertpapieren des betreffenden Unternehmens gesetzlich untersagt, wenn diese unveröffentlichten Informationen geeignet wären, den à Kurs zu beeinflussen.

Insolvenz
In Österreich umgangssprach auch als Konkurs bezeichnet, ist die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens bzw. einer Privatperson.

Institutionelle Anleger
Großunternehmen wie Versicherungen, Pensionskassen und Kapitalanlagegesellschaften, die hohe Geldbeträge (oft längerfristig) veranlagen.

Institutionelle Investoren
Institutional Investors. Können Beteiligungsgesellschaften, Banken, Business Development Companies, à Venture Capital Fonds, Private Equity-Fonds, Pensionsfonds, Versicherungen sein. Gegensatz: Individuelle Investoren, wie etwa à Business Angels.

Interbankenmarkt
Die zwischen den à Banken direkt abgewickelten Kredite und Einlagen. In der à Bilanz ausgewiesen als Forderungen bzw. Verpflichtungen gegenüber Banken.

Interbanksatz
Jener à Zinssatz, der für kurzfristige Geldaufnahmen zwischen à Banken verrechnet wird (z. B. à Euribor). Wird für Taggeld, Wochengeld sowie Laufzeiten von eins, zwei, drei, sechs und zwölf Monaten veröffentlicht.

Interest Rate Swap (IRS)
Zinsswap. Der IRS stellt die einfachste Form eines à Swaps dar. Zwei Parteien tauschen unterschiedliche Zinszahlungen (z. B. fix oder variabel) in einer Währung für eine bestimmte Laufzeit. Wesentlich ist, dass die auf den gleichen Ausgangsbetrag zu leistenden Zinsen unterschiedlichen Zinsberechnungen unterliegen und durch den Swap keine gegenseitigen Kapitalforderungen entstehen. Sinn eines solchen Tausches ist meist das à Hedging gegen fallende oder steigende Zinsen. Arten: à Basisswap, à Kupon Swap.
Beispiel: Eine Gemeinde hat in einer Phase sinkender Zinssätze einen variabel verzinsten Kredit bei einer Bank über EUR 10 Mio. aufgenommen. Nun hat sich der Zinstrend gedreht. Um sich vor den steigenden Zinsen abzusichern, tauscht die Gemeinde über einen Interest Rate Swap die variable Verzinsung gegen eine Fixzinsverzinsung ein.

Intermediar
Finanzinstitution, die die Funktion der Vermittlung zwischen Kapitalangebot und -nachfrage erfüllt (also eine Zweckgesellschaft à Special Purpose Vehicle).

International Accounting Standard (IAS)
Die IAS werden von einer internationalen unabhängigen Fachorganisation (International Accounting Standards Board), die von mit Rechnungslegung befassten Berufsverbänden getragen wird, mit dem Ziel herausgegeben, eine transparente und vergleichbare Rechnungslegung zu schaffen, die von Unternehmen und Organisationen in der ganzen Welt angewandt werden kann. Wurden 2002 abgelöst von den à International Financial Reporting Standards (IFRS).

International Bank Account Number (IBAN)
Internationale, eindeutige Kennzeichnung einer Bankverbindung, die neben der Bankleitzahl (BLZ) und Kontonummer auch ein Länderkennzeichen sowie eine Prüfziffer enthält.

International Bank for Reconstruction and Development (IBRD)
Weltbank, World Bank. Die IBRD wurde wie der à Internationale Währungsfonds 1944 gegründet und hat ihren Sitz in Washington. Heute gehören beiden Institutionen mehr als 180 Staaten an. Oberstes Ziel der Weltbank ist die Bekämpfung der Armut. Sie gewährt vor allem langfristige Investitionskredite an Entwicklungsländer und finanziert langfristige Projekte zur Verbesserung der ökonomischen und ökologischen Lebensbedingungen der Bevölkerung.

International Financial Reporting Standards (IFRS)
Die IFRS bezeichnen ab Mai 2002 als Oberbegriff sowohl die bisherigen à International Accounting Standards (IAS) als auch die neu veröffentlichten IFRS und bilden mit den bereits vorhandenen IAS, den vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretationen, ein Regelwerk für die internationale Rechnungslegung.

International Securities Identification Number (ISIN)
Valorennummer. Individuelle Wertpapier-Kennnummer, die der EDV-mäßigen Erfassung von à Wertpapieren auf internationaler Ebene dient.

International Swaps und Derivatives Association (ISDA)
Eine Handelsorganisation der Teilnehmer am Markt für à OTC-Derivate.

Internationale Vermögensposition (IVP)
Von der à Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) jährlich erstellte Statistik, die das gesamte Finanzvermögen Österreichs im Ausland jenem des Auslands in Österreich gegenüberstellt.

Internationaler Währungsfonds (IWF)
Welthandelsfonds. Bedeutendste zwischenstaatliche Organisation für währungspolitische Zusammenarbeit. Der IWF wurde wie die à Weltbank 1944 gegründet und hat seinen Sitz in Washington. Ziele des IWF sind die Überwachung und Stabilisierung des internationalen Finanzsystems, um Wirtschaftskrisen wie jene von 1929 zu verhindern.

Internationalisierungsquote
Drückt die Summe aus Auslandsvermögen und Auslandsverpflichtungen einer Volkswirtschaft in Prozent des à Bruttoinlandsproduktes aus und dient als Kenngröße für die finanzwirtschaftliche Integration.

Internes Rating
à Rating des Unternehmens durch eine Bank mit dem qualitativ vergleichbare Rating-Einstufung vorzunehmen.

Interpolation
Eine Methode zur Ableitung eines Wertes, der zwischen einem bekannten höheren und tieferen Wert liegt. Die einfachste Methode ist die lineare Interpolation.
Beispiel: Folgende Zinssätze sind bekannt: 1 Monat 3,50 % (31 Tage); 3 Monate 3,75 % (92 Tage); Wie hoch ist der interpolierte Zinssatz für 1,5 Monate (46 Tage)?
R = 0,035 + [(0,0375-0,0375) / (92-31)] * (46-31) = 3,56148 %

Intra Day-Handel
Kauf und Verkauf einer à Wertpapier- oder à Devisenposition innerhalb eines Börsentages. Der Day Trader versucht, die Tagesschwankungen der Kurse auszunützen und Positionen innerhalb eines Tages zu kaufen und wieder zu verkaufen.

Intrinsic Value
Innerer Wert.

Inverse Zinsstruktur
Eine inverse Zinsstruktur ist dann gegeben, wenn zumindest in einem Teilbereich der à Zinsstrukturkurve (Zinskurve) die langfristigen Zinssätze unterhalb denjenigen für kurzfristige Anlagen liegen.

Investition
Umfasst alle materiellen (Grundstücke, Maschinen, Bauten etc.) und immateriellen (Personal, Software etc.) Kostenpositionen eines definierten Projekts.

Investmentbank
Spezialbank, die sich nicht auf die Vergabe von à Krediten spezialisiert, sondern auf die Durchführung von à Wertpapieremissionen sowie den gesamten Bereich des innovativen Finanz- und Risikomanagements eines Unternehmens.

Investmentfonds
Anlagefonds. Ein aus à Wertpapieren, die nach dem Grundsatz der Risikostreuung ausgewählt sind, bestehendes Sondervermögen. Es zerfällt in gleiche, in Wertpapieren verkörperte Anteile, steht im Miteigentum der Anteilsinhaber und wird von einer à Kapitalanlagegesellschaft verwaltet. Die Anlage des Fondsvermögens erfolgt je nach der Art des Fonds in à Effekten, Geldmarktinstrumenten oder in Immobilien, daneben gibt es Fondsspezialprodukte und Anlagestrategiefonds.

Investment Grade
Bezeichnung für die à Rating-Stufe AAA (à S&P, à Fitch Rating) bzw. Aaa (à Moody's) bis BBB- (S&P, Fitch Ratings) bzw. Baa3 (Moody's). Investitionen im Investment Grade-Bereich sind mit geringem à Ausfallrisiko behaftet.

Investmentzertifikat
à Wertpapier, das einen Miteigentumsanteil an einem à Investmentfonds verbrieft. Der Wert eines Investmentzertifikats ergibt sich durch Bewertung aller Papiere des Fonds zu Tageskursen plus vorhandener Barguthaben aus nicht wiederveranlagten Verkaufserlösen.

Investor Relations (IR)
Kontinuierliche Kommunikation eines börsennotierten Unternehmens mit dem à Kapitalmarkt (Analysten und Investoren).

IOC
à Immediate or Cancel

IRB-Ansatz
Auf à internen Ratings basierender Ansatz. Eine der beiden Hauptoptionen, mit denen Banken die aufsichtsrechtlichen à Mindestkapitalanforderungen berechnen können. Die Risikogewichte beruhen dabei auf bankeigenen à Ratings und anderen quantitativen Parametern, die anhand der vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht herausgegebenen allgemeinen Kriterien durch die à Bankenaufsicht validiert werden.

ISIN
à International Securities Identification Number

IRR
Internal Rate of Return. à Rendite

ISR
à Interest Rate Swap

ISDA
à International Swaps und Derivatives Association

ISCA Agreement
Rahmenvertrag für à OTC-Finanzderivative der à International Swaps und Derivatives Association (ISDA), der in unterschiedlichen Versionen die vertragliche Grundlage für den Abschluss von à derivativen Finanzinstrumenten zwischen zwei Partnern bildet.

ISDA-Fixing
Indikatorgebundener à Fixzinssatz, der sich aus dem Fixing der à International Swaps and Derivatives Association ergibt.

ITM
In the Money (à im Geld)

IVP
à Internationale Vermögensposition

IWF
à Internationaler Währungsfonds

J

Jahresabschluss
Erstellung einer à Bilanz, à Gewinn- &Verlust-Rechnung sowie einer à Kapitalflussrechnung am Jahresende, um die finanzielle Entwicklung eines Unternehmens zu dokumentieren.

Jahresüberschuss
Wird das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, um das außerordentliche Ergebnis und die Steuern gekürzt, ergibt sich der Jahresüberschuss.

Jahreszinssatz
à Zinssatz für die Bereitstellung bzw. die Inanspruchnahme von à Fremdkapital für die Dauer von einem Jahr.

Joint Implementation Mechanism (JI)
Bezeichnet einen der im à Kyoto-Protokoll vorgesehenen flexiblen Mechanismen zur Reduktion von Schadstoffemissionen. Ist ein Staat im à Annex B des Kyoto-Protokolls aufgeführt, so kann er durch Umsetzung emissionsmindernder Maßnahmen in einem anderen Annex B-Staat zusätzliche Emissionsrechte für seine heimischen Schadstoffproduzenten erwerben. Die Gesamtmenge der allen Annex B-Staaten zustehenden Emissionen wird durch JI nicht erhöht.

Joint Venture
Gemeinschaftsunternehmen zwischen zwei oder mehreren Unternehmen, meist aus unterschiedlichen Ländern, zur Verfolgung gemeinsamer Ziele.

Junge Aktien
Im Rahmen von Kapitalerhöhungen emittierte Aktien, die das Grundkapital à Alte Aktien erhöhen.

Junior Debt
à Nachrangige Darlehen

Junk Bonds
High Yield Bonds. à Anleihen, die eine überdurchschnittlich hohe Verzinsung bei gleichzeitig überdurchschnittlich hohem Kreditrisiko aufweisen.

K

Kapital
(1) Wertpapiervermögen im Miteigentum von Anteilsinhabern. Das gemeinsame Eigentum der Anteilsinhaber wird von à Kapitalanlagegesellschaften verwaltet (siehe à Investmentfonds).
(2) Jeder spezifische Verrechnungskreis.

Kapitalanlagefonds
Miteigentumsfonds. Bieten eine Möglichkeit auch mit vergleichsweise geringen Beträgen Vermögen zu bilden. So sind Kapitalanlagen in ausgewählte Branchen, Regionen oder auch mit einem ökologischen Hintergrund möglich.

Kapitalanlagegesellschaft (KAG)
Investmentgesellschaft. Unternehmen, welches gegen Ausgabe von à Investmentzertifikaten erhaltenes Geld der Anleger nach dem Prinzip der à Diversifikation in à Wertpapieren veranlagt.

Kapitalberichtigung
Erhöhung des à Grundkapitals aus dem Gesellschaftsvermögen (d. h. aus eigenen Mitteln) durch Ausgabe von à Bonusaktien.

Kapitalerhöhung
Die Finanzierung eines Unternehmens durch Erhöhung des à Eigenkapitals.

Kapitalgesellschaft (KG)
Ist eine private, auf einem Gesellschaftsvertrag beruhende Körperschaft, deren Mitglieder einen gemeinsamen, meist wirtschaftlichen, Zweck verfolgen. Ist eine juristische Person und besitzt als solche eigene Rechtspersönlichkeit. Beispiele für Kapitalgesellschaften in Österreich sind à Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) und à Aktiengesellschaften (AG).

Kapitalertragsteuer (KESt)
à Zinsen und à Dividenden österreichischer à Wertpapiere unterliegen der 25-prozentigen Kapitalertragsteuer. Damit ist die Einkommensteuer abgegolten, bei à Aktien und à Forderungspapieren auch die Erbschaftsteuer.

Kapitalflussrechnung
Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den das Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat.

Kapitalfreiheit
Eine der vier Grundfreiheiten, die den Europäischen Binnenmarkt charakterisieren. Unternehmen und Bürger der à Europäischen Union (EU) können Kredite in sämtlichen EU-Ländern aufnehmen, Kapital veranlagen, eigene Konten unterhalten sowie à Valuten und à Devisen problemlos zwischen den EU-Staaten überweisen.

Kapitalisierung
Zuschreibung der à Zinsen zu dem Kapital, von dem sie berechnet wurden und mit dem gemeinsam sie in der nächsten Zinsperiode verzinst werden.

Kapitalmarkt
Der Markt für langfristige Finanzierungsmittel (z. B. Wertpapiere wie à Anleihen oder à Aktien).

Kapitalmarktförderung
Maßnahmen, die auf eine Belebung des à Kapitalmarktes und seines langfristigen Wertpapiergeschäftes abzielen.

Kapitalmarktgesetz (KMG)
Bundesgesetz über das öffentliche Anbieten von à Wertpapieren und anderen Kapitalveranlagungen.

Kapitalmarktpapiere
à Wertpapiere aller Art, die am Kapitalmarkt gehandelt werden (z. B. à Aktien und à Anleihen).

Kapitalraten
Bei Kapitalraten wird das à Kapital in gleich hohen Raten getilgt. Die laufende Zinsverrechnung erfolgt vom fallenden Kapital, und zwar in der Regel zu den Kapitalratenfälligkeiten. Diese Tilgungsvariante setzt zwar auf Grund der hohen Zinsbelastung zu Beginn der Finanzierungslaufzeit eine ausreichend hohe freie à Liquidität zur Bedienung voraus, bringt aber eine gegenüber der à Annuitätentilgung niedrigere Gesamtzinsbelastung mit sich.

Kapitalstruktur
Verhältnis zwischen à Eigenkapital und à Fremdkapital.

Kassageschäft
Liefer- bzw. Abnahmeverträge, die sofort oder kurzfristig erfüllt werden müssen.

Kassakurs
Aktuell verrechneter Marktkurs in Geld-, Kapital- und Devisenmärkten.

Kassamarkt
Zeichnet sich durch das zeitliche Zusammenfallen von Geschäftsabschluss und Erfüllung des Geschäftes aus. Gegenteil: à Terminmarkt.

Kassatag
Erfüllungstag für alle an der à Börse getätigten Wertpapiergeschäfte. An diesem Tag erfolgen Lieferung und Bezahlung der à Wertpapiere.

Kassenobligation
Ein à Forderungspapier, das von à Banken zur Deckung des kurz- bis mittelfristigen Kapitalbedarfes (1 bis 5 Jahre Laufzeit) à emittiert wird.

Kaufoption
à Option

KCV
à Kurs-Cashflow-Verhältnis

Kernkapital
Tier 1. Bezeichnung für das à Eigenkapital in Banken. Eingezahltes und erwirtschaftetes Kapital sowie Unterschiedsbeträge, die sich bei der Kapitalkonsolidierung ergeben, vermindert um die immateriellen Anlagewerte.

Kernkapitalquote
Verhältnis von à Kernkapital (Tier 1) zu den à Risikogewichtete Aktiva. Das Kernkapital umfasst im Wesentlichen das eingezahlte Kapital, Rücklagen sowie Unterschiedsbeträge, die sich bei der Kapitalkonsolidierung nach den Vorschriften des à Bankwesengesetzes (BWG) ergeben, vermindert um die immateriellen Vermögenswerte.

KGV
à Kurs-Gewinn-Verhältnis

Klimarahmenkonvention
United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). Ein internationales Umweltabkommen der Vereinten Nationen mit dem Ziel, eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems zu verhindern und die globale Erwärmung zu verlangsamen sowie ihre Folgen zu mildern.

KMG-Prospekt
Prospekt gemäß à Kapitalmarktgesetz zum öffentlichen Anbieten von à Wertpapieren. Wesentliche inhaltliche Bestandteile sind die Darstellung der Bedingungen für eine Aktien- oder Anleiheemission und des emittierenden Unternehmens (gemäß § 7 österreichischem KMG).

Knock in-Option
à Barrier Option, die am Verfalltag nur dann einen Wert aufweist, wenn der à Basiswert irgendwann während der Laufzeit ein bestimmtes Kursniveau (à Barriere) berührt oder überschritten hat. Gegenteil: à Knock out-Option.

Knock out-Option
à Barrier Option, die am Verfalltag nur dann einen Wert aufweist, wenn der à Basiswert während der Laufzeit nie ein bestimmtes Kursniveau (à Barriere) berührt oder überschritten hat. Gegenteil: à Knock in-Option.

Kommerzbanken
Gewinnorientierte Banken, die in erster Linie à Kredite an Firmenkunden vergeben.

Kommission
Maklergebühr, Courtage. Entschädigung des Kreditinstitutes (à Bank) für seine Vermittlung beim Wertschriftenhandel oder für andere Dienstleistungen.

Kommunalanleihe
Bezeichnung für eine à Anleihe, die von Städten, Gemeinden oder Gemeindeverbänden ausgegeben wird.

Kommunalbrief
Ein à Forderungspapier, dessen Emissionserlös den Ländern und Gemeinden zufließt. Die Forderungen der Anleger sind durch à Pfandrechte an Einnahmen (allenfalls durch Grundstücke) der Länder und Gemeinden gesichert.

Kommunaldarlehen
Darlehen an Gemeinden und an Unternehmen im Besitz von Gemeinden zur langfristigen Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen. Der überwiegende Teil dient zur Deckung von Kommunalschuldverschreibungen.

Kommunalkredit Austria AG (KA)
Die Kommunalkredit ist eine Bank mit rund 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Unsere Geschäftstätigkeit konzentriert sich auf die Finanzierung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen in Österreich und international, Managementdienstleistung für öffentliche Auftraggeber (über die à Kommunalkredit Public Consulting), den Bereich Treasury und Veranlagungen. Eigentümer sind der Bund (99,78 % der Anteile) und der Österreichische Gemeindebund (0,22 %).

Kommunalkredit Covered Bond (KACB)
Fundierte Anleihen, die durch Forderungen gegenüber der öffentlichen Hand besichert sind und den Investoren somit eine zusätzliche Sicherheit bieten. Der Kommunalkredit Covered Bond (KACB) ist von der Ratingagentur à Moody's mit einem à Rating von à AAA versehen.

Kommunalkredit Public Consulting GmbH (KPC)
Die KPC ist eine 90-%-Tochter der à Kommunalkredit Austria (KA). Sie ist Partner öffentlicher Auftraggeber in Österreich und international und managt Förderungsprogramme, Energie- und Klimaschutzprogramme, Consultingprojekte etc.

Konkurs
à Insovenz

Konsolidierung
1. Bei der Risikobetrachtung die Bestimmung des Risikos einer à Bank auf Konzernebene.
2. Als Konsolidierung wird ebenfalls das Zusammenfassen und Bereinigen von Einzelabschlüssen aus dem finanziellen Rechnungswesen à verbundener Unternehmen einer Gruppe zu einem konsolidierten Abschluss (à Konzernabschluss) bezeichnet.

Konsortialbanken
Jene Banken, die gemeinsam ein à Emissionssyndikat bilden.

Konsortialkredit
Kredit, der gemeinsam von mehreren à Banken eingeräumt wird.

Konsortium
Ein zeitlich befristeter Zusammenschluss rechtlich und wirtschaftlich selbstständig bleibender Unternehmen (Konsorten) zur Durchführung eines bestimmten Geschäfts (Konsortialgeschäft). Beispielsweise wird die à Emission einer à Anleihe oder von à Aktien in der Regel von einem Bankenkonsortium durchgeführt.

Kontokorrentkonto
Ein Kontokorrent ist die gegenseitige Verrechnung von Ansprüchen und Leistungen zweier Partner (ähnlich dem à Dispositionskredit). Beide Parteien können eine Kontokorrentbeziehung jederzeit kündigen. Dann wird der Saldo sofort fällig.

Kontokorrentkredit
Ein auf dem laufenden Konto bereitgestellter à Kredit, über den bis zur vereinbarten Kreditlinie frei verfügt werden darf. Der Kredit kann jederzeit in Teilen oder zur Gänze getilgt und wieder beansprucht werden. Zinsen werden nur für den tatsächlich verwendeten Geldbetrag bezahlt. Gegenteil: à Abstattungskredit.

Kontrakt
Synonym für einen börsegehandelten Vertrag.

Kontraktgröße
Anzahl der à Basiswerte, die Gegenstand eines à Optionskontraktes sind

Konvergenzkriterien
à Maastrichtkriterien

Konversion
(1) Umwandlung einer fälligen oder gekündigten à Anleihe in eine neue Schuldverpflichtung der gleichen Gesellschaft zu neuen Bedingungen (Schuldumwandlung, Umfinanzierung).
(2) Erneuerung einer à Kassenobligation.
(3) Umwandlung von à Wandelanleihen in à Aktien.
(4) Im Devisengeschäft: Umwandlung eines Guthabens oder einer Forderung in ein Guthaben oder Forderung einer anderen à Währung.

Konversionsfaktor
Faktor, der für jede lieferbare à Anleihe bekannt gegeben wird und der Umrechnung des Anleihenpreises auf den idealtypischen à Basiswert dient.

Konvertierung
Der Tausch einer à Währung in eine andere.

Konvexität
Krümmung. Bezeichnet die Nicht-Linearität der Kursveränderung eines à Finanzinstruments (z. B. à Anleihen, à Futures, à Optionen). Bei Anleihen ist die Konvexität ein Maß für die Änderung der à Modified Duration bei einer Änderung des Zinssatzes. Bei Optionen wird die Konvexität als Gamma bezeichnet.

Konzern
Zusammenschluss von rechtlich selbständig bleibenden Unternehmen zu wirtschaftlichen Zwecken unter einheitlicher Leitung. Die dabei à verbundenen Unternehmen nennt man Konzernunternehmen.

Konzessionsmodell
Bei diesem à Public-Private-Partnership-Modell vergibt die öffentliche Hand eine Konzession an eine privatwirtschaftliche Projektgesellschaft, welche die Infrastruktureinrichtung konzipiert und errichtet sowie die benötigten Finanzierungsmittel meist im eigenen Namen aufnimmt. Unmittelbar nach Fertigstellung geht die Anlage in das Eigentum der öffentlichen Hand über. Der private Partner erhält ein Betriebsrecht für die Anlage für eine vereinbarte Konzessionslaufzeit. Das Konzessionsmodell wird vor allem bei der Errichtung und Finanzierung von Verkehrswegen angewendet (siehe auch à Kooperationsmodell und à Betreibermodell).

Kooperationsmodell
Beim diesem à Public-Private-Partnership-Modell wird von der öffentlichen Hand und dem privaten Partner eine Gesellschaft gegründet, die im Eigentum beider steht. Diese Kooperationsgesellschaft ist für die Errichtung,

Finanzierung und den Betrieb der Anlage zuständig. Häufig hat die öffentliche Hand einen Mehrheitsanteil an einer derartigen Gesellschaft, um den kommunalen Einfluss in allen Phasen des Projektes sicherzustellen (siehe auch à Konzessionsmodell und à Betreibermodell).

Korrespondenzbank
Ausländische à Bank, mit der ein heimisches Kreditinstitut zur Abwicklung seiner Geschäfte in ständiger Verbindung steht und dessen à Bonität und Arbeitsweise gut bekannt sind.

Kostgeschäft
à Repogeschäft

Kredit
Kreditvertrag. Rechtsgeschäft (Konsensualvertrag), bei dem der Gläubiger dem Schuldner Vermögenswerte (meist à Kapital) überlässt, die der Schuldner bei Fälligkeit, auf Kündigung oder in Raten gegen à Zinsen zurückerstattet.

Kreditgebühr
Verpflichtende staatliche Gebühr bei Abschluss eines schriftlichen à Kreditvertrages.

Kreditinstitut
à Bank

Kreditlimit
Kreditlinie. Sowohl im Handel als auch im Kreditgeschäft gebräuchliches Risikomanagementwerkzeug. Kreditobergrenzen sind in dem Sinne aussagekräftig, als dass sie auf Risiken aufmerksam machen, bevor die finanziellen Konsequenzen eintreten.

Kreditobligo
Bewilligter Gesamtrahmen aus allen Kreditarten, die ein Kunde in Anspruch nimmt.

Kreditrisiko
Das Risiko von Verlusten infolge des Ausfalls eines Geschäftspartners, der seinen vertraglich zugesicherten Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommt. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall- und Länderrisiken sowie à Bonitätsverschlechterungen von Kreditnehmern.

Kredittermingeschäft
Die Bank trifft mit dem Unternehmen die Vereinbarung, einen à Kredit später mit einem vorab vereinbarten à Zinssatz zur Verfügung zu stellen. Für die Bank birgt diese Konstruktion zwei Risiken, das à Kreditrisiko und das à Zinsänderungsrisiko.

Kreditvergabestandards
Bezeichnet von à Banken schriftlich festgelegte bzw. ungeschriebene interne Kriterien für die Kreditvergabe. Darunter fallen auch spezielle Verpflichtungen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben.

Kreditwürdigkeit
Maßstab für die Beurteilung der Fähigkeit eines potenziellen Kreditnehmers, einen zur Verfügung gestellten à Kredit vereinbarungsgemäß verzinsen und tilgen zu können (siehe auch à Bonität).

Kupon
(1) Der Abschnitt eines à Wertpapieres, das den Anspruch des Inhabers an eine Gewinnauszahlung (à Zinszahlung oder à Dividende) verbrieft.
(2) à Zinssatz

Kuponbogen
Mehrere auf einem eigenen Bogen gedruckte à Kupons.

Kupon Swap
Zinsswap (à Interest Rate Swap), bei dem ein fester à Zinssatz (Kupon) gegen einen variablen Zinssatz (z. B. à Euribor, à Libor) getauscht wird.

Kupontermin
Tag, an dem die Zinszahlung (à Kupon) eines zinstragenden Instruments zu leisten ist.

Kündbarkeit
Beschreibung für à Kredite oder à Wertpapiere, die auf Wunsch des Schuldners vorzeitig zurückbezahlt werden können. Bei à Leasingverträgen während der Grundmietzeit üblicherweise ausgeschlossen.

Kurs
Aktueller Marktwert von börsenmäßig gehandelten à Wertpapieren, à Devisen, à Zinsen oder Rohstoffen, im Gegensatz zum anlässlich der à Emission festgelegten à Nennwert.

Kursblatt
Regelmäßige, meist täglich erscheinende Publikation mit den à Kursen der an einer à Börse gehandelten à Wertpapiere, die durch die Börse oder einen Finanzdienstleister zur Verfügung gestellt wird.

Kurs-Cashflow-Verhältnis (KCV)
Wichtige Kennzahl zur Bewertung der à Aktie. Errechnet sich, indem der à Kurs durch den à Cashflow pro Aktie dividiert wird. Siehe auch à Kurs-Gewinn-Verhältnis.

Kursgewinn
Wertzuwachs eines Wertpapiers bzw. eines sonstigen gehandelten Vermögensgutes.

Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV)
Zeigt an, wie oft der Gewinn pro à Aktie im Kurs enthalten ist oder wie oft dieser errechnete Gewinn ausgeschüttet werden müsste, um den aktuellen Kaufpreis zu refinanzieren. Siehe auch à Kurs-Cashflow-Verhältnis.

Kursnotierung
Gibt bei à Devisen an, welcher Betrag an à Auslandwährung für eine Einheit der Inlandswährung zu zahlen ist. Die Ankaufs- und Verkaufskurse für Noten und Devisen werden als Kursnotierungen in Kurstabellen festgehalten (siehe auch à Kursblatt).

Kurszusatz
Taxe. Zusatzinformation zu den à Börsekursen, die der genaueren Kennzeichnung der Marktlage dienen. Dazu zählen eB (ex Bezugsrecht) und eD (ex Dividende).

Kyoto-Protokoll (KP)
Das Kyoto-Protokoll (benannt nach dem Ort der Konferenz Kyoto in Japan) legt für Industrie- und Transformationsstaaten im Zeitraum von 2008 bis 2012 verbindliche Ziele zur Beschränkung oder Reduktion der Emissionen von sechs Treibhausgasen (CO_2, CH_4, N_2O, HFKW, PFKW und SF_6) zur Eindämmung des anthropogenen Treibhauseffekts fest. Ziel ist es, die à Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 um mindestens 5,2 % zu senken. Einer der Kernpunkte des KP war die Verankerung der Kyoto-Mechanismen (auch flexible Mechanismen) zur teilweisen Erreichung der Emissionsziele: à Joint Implementation, à Clean Development Mechanism und à Emissionshandel. Die Mechanismen basieren auf der ökonomischen Grundidee, Emissionsreduktionen möglichst kosteneffizient durchzuführen.

L

Langfristiger Kredit
à Kredit mit einer à Laufzeit von mehr als drei Jahren mit vereinbarter à Tilgungsstruktur.

Laufzeit
(1) Zeitspanne von der à Emission bis zum Verfall eines à Wertpapiers bzw. bis zur Rückzahlung einer à Anleihe, wird durch den letzten Handelstag bestimmt.
(2) Zeitdauer, für die ein à Darlehen oder ein à Kredit gewährt wird.

Laufzeitfonds
à Investmentfonds mit einer von vornherein begrenzten à Laufzeit. Nur während der Zeichnungsfrist können Anleger diese Fonds kaufen. Das investierte Vermögen bleibt bis zum Laufzeitende im Fonds. Auch während der Laufzeit können die Anleger Fondsanteile börsentäglich verkaufen. Am Laufzeitende wird der gesamte Fonds aufgelöst und das angelegte Kapital einschließlich der aufgelaufenen Erträge an die Anteilinhaber ausgeschüttet.

L/C
à Dokumentenakkreditiv

Lead Manager

Finanzierungsinstitut, das in einem à Syndikat die Organisation einer Finanzierung bzw. Transaktion übernimmt und die Finanzierungspartner bzw. Investoren koordiniert.

Leasing
Überlassung eines wirtschaftlichen Guts (v. a. Industrieanlagen und Investitionsgüter) für eine bestimmte Zeit zur freien Verwendung und Nutzung, aber ohne Eigentumsübertragung. Als Vermieter können die Hersteller, oder beim Leasing im engeren Sinn (à Finanzierungsleasing) besondere Leasinggesellschaften, auftreten. Das Leasing ermöglicht eine die à Liquidität schonende mittel- bis langfristige Finanzierung der Investitionstätigkeit.

Leerverkauf
Verkauf eines à Wertpapieres ohne physische Deckung, es entsteht eine à Short Position. Der Leerverkäufer borgt sich das Wertpapier aus und verkauft es mit der Absicht, das gleiche Wertpapier zu einem späteren Zeitpunkt günstiger zurückzukaufen und es dem Verborger retournieren zu können.

Legal Opinion
Schriftliche Bestätigung eines Anwalts hinsichtlich der Durchsetzbarkeit der Rechte aus Verträgen. Empfehlenswert bei Verträgen, die einer fremden Rechtsordnung unterliegen.

Lender of Last Resort
Die Bereitschaft der à Zentralbank in Schwierigkeiten geratenen Kreditinstituten (à Bank) Unterstützung zu gewähren, indem sie als „Kreditgeber der letzten Instanz" (Lender of Last Resort") fungiert.

Leitwährung
à Währung eines wirtschaftlich starken und währungspolitisch stabilen Landes, an die andere wirtschaftlich stark verflochtene Länder ihre eigene Währung in einem festen Austauschverhältnis binden. Derzeit ist der US-Dollar die weltweit wichtigste Leitwährung (Weltleitwährung). Die im internationalen Vergleich zweitbedeutendste Währung ist der à Euro, die dritte das Britische Pfund, das den Yen von dieser Position abgelöst hat.

Leitzinsen
Prime Rate. Instrument der à Europäischen Zentralbank (EZB) zur à Geldmengensteuerung. Durch sinkende Leitzinsen können sich Geschäftsbanken bei der Zentralbank günstiger Geld beschaffen. Leitzinsen der EZB sind seit 1.1.1999 der Satz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte, für à Einlagefazilität und für die Spitzenfinanzierungsfazilität. Siehe auch à Prime Rate.

Letter of Approval (LoA)
Verbindliche Zustimmung eines Gastlandes zu einem geplanten à Joint Implentation (JI)- oder à Clean Development Mechanism (CDM)-Projekt.

Letter of Comfort
à Comfort Letter

Letter of Credit
à Dokumentenakkreditiv

Letter of Intent (LoI)
Absichtserklärung. Schriftlich abgegebene Erklärung im Vorfeld einer Beteiligungsinvestition, in der die Absicht von Investor und Unternehmer zum Abschluss des Unternehmensbeteiligungsvertrags beurkundet wird. In dieser vorvertraglichen Erklärung sind bereits die wesentlichen Vertragsbestandteile wie Finanzierungsvolumen, Anteilserwerb, Mitbestimmung, Verkaufsrechte etc. festgelegt.

Letter of No Obligation (LoNO)
Grundsätzliche schriftliche Zustimmung eines Gastlandes zu einem geplanten à Joint Implentation (JI)- oder à Clean Development Mechanism (CDM)-Projekt.

Leverage Effekt
Hebelwirkung. Rentabilitätssteigernde Wirkung des Einsatzes von à Fremdkapital, wenn die interne Verzinsung des à Eigenkapitals den Fremdkapitalzinssatz übersteigt (positive Hebelwirkung). Nach demselben Prinzip wirkt der Einsatz von Derivaten, der es den Teilnehmern an den à Terminmärkten ermöglicht, mit einem geringen Kapitaleinsatz eine im Verhältnis viel größere Position des à Basiswertes einzugehen. Die Hebelwirkung macht die prozentuale Veränderung der Gewinne und Verluste auf à Options- und Futures-Kontrakten größer als die entsprechende Veränderung des Basiswertes.

Liability Swap
Zinsswap (à Interest Rate Swap) oder à Währungsswap, der mit einer Verbindlichkeit in Zusammenhang steht. In der Regel wird damit die Art der Zinszahlungen für eine Verbindlichkeit (z. B. einer à Emission) verändert, z. B. von

à fix auf à variabel. Liability Swaps werden daher nur von Emittenten eingesetzt, während à Asset Swaps von Anlegern verwendet werden.

Liberalisierung
Bezeichnet die Befreiung eines Marktes von allen mengen- und wertmäßigen Beschränkungen zur Herstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse.

Libor
London Interbank Offered Rate. à Zinssatz am Geldmarkt, zu dem à Banken am Bankplatz London untereinander Gelder ausleihen bzw. anlegen. Der Libor ist für eine Vielzahl von à Währungen festgesetzt. Dient als Referenzzinssatz für à Floating Rate Notes, à Swaps u.a.

Lieferbare Anleihen
à Bundesanleihen, die bei Erfüllung von à Bond Futures geliefert werden können.

Limit
(1) Bei à Börsengeschäften äußerster Preis für Käufe (Maximalkurs) oder Verkäufe (Minimalkurs) von à Wertpapieren.
(2) Im Kreditgeschäft Höchstbetrag, bis zu dem ein à Kredit von einem Kreditnehmer in Anspruch genommen wird.

Limit Order
Limitierter Auftrag. Auftrag mit Angabe eines Preislimits. Siehe auch à Stop Market-Order.

Liquidation
(1) Auflösung eines Unternehmens.
(2) Abwicklung von Börsentermingeschäften, wobei für die einzelnen Operationen (Prämienerklärung, Bezahlung, Lieferung der Titel usw.) im Voraus besondere Kalendertage (Liquidationstage) festgelegt werden. Der sog. Liquidationskalender wird vom Börsenvorstand beschlossen.
(3) Glattstellung bzw. Kompensierung eines Devisen- oder Edelmetalltermingeschäfts durch eine entsprechende Gegentransaktion mit gleichem Verfall.

Liquidität
(1) Betriebswirtschaftlich gesehen, die Fähigkeit eines Unternehmens den fälligen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Im weiteren Sinn: Verfügbarkeit liquider (flüssiger) Mittel eines Unternehmens, des Geld- und Kapitalmarkts, einer Volkswirtschaft oder der Weltwirtschaft.
(2) Im finanzwirtschaftlichen Sinne bezeichnet die Liquidität einer Anlage (z. B. à Anleihen, à Aktien) die Möglichkeit, gebundene Mittel möglichst schnell und zu möglichst geringen Spesen zu verkaufen und sie dadurch wieder in Bargeld umzuwandeln.

Liquiditätskosten
Kosten der Beschaffung von à Liquidität.

Liquiditätsrisiko
Beschreibt die Gefahr, eine à Veranlagung nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt beenden zu können. Das Liquiditätsrisiko ist besonders bei Veranlagungen in Aufbaumärkten und marktengen Aktientiteln zu beachten.

Listing
Notierung eines à Wertpapiers an einer à Börse.

Lombardkredit
Wertpapierverpfändung. Sicherstellung für Kredite, bei der à Wertpapiere (= Lombardierung) oder Waren (à Effektenlombard, Warenlombard) à verpfändet werden.

London Interbank Offered Rate
à Libor

Long
à Option

Long Position
Kaufposition in börsenmäßig gehandelten Werten, welche noch nicht durch eine entgegengesetzte Position à glattgestellt worden ist. Gegenteil: à Short Position.

Loss Given Event (LGE)
Verlust bei Risikoereignis. Die zu beziffernde Höhe eines Schadens im Verlustfall, welches dem operationellen Risiko zuzuordnen ist.

Loss Given Default (LGD)
Verlust bei Ausfall. Beim Kreditrisiko die Höhe des Verlustes, mit dem bei Ausfall (Default) des Kreditnehmers zu rechnen ist. Gemeint ist aber nicht der Einzelwert, sondern ein durchschnittlicher (und deshalb erwarteter) Verlust für die Bank innerhalb eines gewissen Beobachtungszeitraumes.

Low
Bezeichnung für den à Tiefstkurs eines à Wertpapiers pro Tag, pro Woche etc. Gegenteil: à High.

M

Maastricht
Jener Ort in den Niederlanden, in dem der à Europäische Rat vertraglich die Weichen für die à Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) stellte.

Maastrichtkriterien
Konvergenzkriterien. Jene Kriterien, die die Voraussetzung für die Teilnahme eines Staates an der à Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) definieren (Inflationsrate, öffentliches Defizit, Staatsverschuldung, Währungsstabilität, Zinsstabilität).

Macro Hedge
Geschäft, das zur gemeinsamen Absicherung mehrerer offener Risikopositionen abgeschlossen wird. Gegenteil: à Micro Hedge.

Magisches Dreieck
Veranschaulicht den Konflikt zwischen Sicherheit, à Liquidität und à Rendite. Anleger versuchen, die für sie optimale Abstimmung dieser drei Faktoren zu verwirklichen.

Management Buy out oder Buy in
Übernahme des Aktienkapitals oder großer Aktienpakete durch Manager, die bereits im Unternehmen tätig sind, mittels à Private Equity, à Mezzanine-Kapital und à Senior Loans. Oft kombiniert mit Änderungen der Führungsstruktur und Rechtsform des Unternehmens. Bei Buy outs mit einem hohen Fremdkapitalanteil (> 50 %) spricht man von einem Leveraged Buy out (LBO).

Mandat
Bezeichnung für einen à Auftrag oder eine Ermächtigung, die jedoch keine genaue Handlungsanweisung beinhaltet.

Mantel
Jener Teil des à Wertpapiers, in dem das Anteils- bzw. Forderungsrecht verbrieft ist. Ergänzt wird der Mantel durch den à Kupon.

Marge
Aufschlag, Spread, Zinsspanne. Spanne zwischen An- und Verkaufspreis, Differenz zwischen Soll- und Habenzinssatz, oder bei der Arbitrage die Differenz des Kurses an verschiedenen Handelsplätzen. Wird in à Basispunkten (BP) auf den à Basiszinssatz (z. B. à Euribor) aufgeschlagen und ist von der à Bonität des Darlehensnehmers abhängig.

Margin
Sicherheitsleistung, die bei Abschluss von bestimmten Geschäften zu erbringen ist. Margins finden v. a. bei börsengehandelten à Futures und à Optionen Anwendung. Arten: Initial Margin und Variation Margin.

Margin Call
Aufforderung zur Leistung einer Nachschusszahlung aufgrund einer Nachschusspflicht zur Erhöhung der Deckung von belehnten Wertpapieren oder von Terminkontrakten, wenn deren Kurswert unter eine bestimmte Grenze gesunken ist (à Variation Margin). Gebräuchlich bei à Futures und à Repos.

Marginaler Zinssatz
à Zinssatz, bei dem das gewünschte Zuteilungsvolumen beim à Zinstenderverfahren erreicht wird.

Market Maker
Person oder Unternehmen, die einen Preis festlegen, zu dem er/sie bereit sind, à Wertpapiere oder andere Finanzwerte zu kaufen bzw. verkaufen.

Market-Order
à Stop Market-Order

Marktdisziplin
Verstärkter Marktmechanismus auf Grund erweiterter Veröffentlichungspflichten für Banken betreffend Kredit- und Marktrisiko gemäß Entwurf zu à Basel II.

Marktfähige Schuldverschreibungen
à Fremdfinanzierung von Unternehmen im Wege von à Commercial Paper Programmen und à Unternehmensanleihen.

Marktkapitalisierung
Aktueller Börsewert eines Unternehmens, berechnet aufgrund der à Kurse der Beteiligungspapiere (à Aktien, à Partizipationsscheine etc.) dieses Unternehmens.

Marktrisiko
Potenzielle Auswirkungen von Schwankungen auf à Finanzmärkten (z. B. à Zinssatz-, à Aktienkurs- bzw. à Wechselkursänderungen) auf Vermögenswerte.

Mark to Market
Bewertung eines à Finanzinstrumentes oder ganzen à Portfolios auf Basis der aktuellen Marktpreise.

Matching
Zusammenführen der in das Handelssystem der à Börse eingegebenen à Orders und à Quotes zu Geschäftsabschlüssen.

Maturity Date
à Fälligkeit

Medium Term Notes (MTN)
à Anleihen mit mittlerer Laufzeit, die im Rahmen eines entsprechenden Emissionsprogramms revolvierend von erstklassigen à Emittenten ausgegeben wird.

Mehrzuteilungsoption
à Greenshoe

Meilenstein
à Milestone

Mentoring
Bewusste Zusammenarbeit zwischen zwei Individuen – einem/r Mentor/in und einem/r Mentee – um vereinbarte Ziele zu erreichen, die ihren persönlichen und/oder beruflichen Entwicklung entsprechen; die Partnerschaft ist getragen vom Prinzip der Gleichberechtigung zum Austausch von Wissen und Erfahrungen zu gegenseitigem Lernen.

Merchant Bank
Handelsbank. à Bank, die sich vorwiegend mit Handelsfinanzierungen, im Speziellen mit Export- und Importgeschäften, befasst.

Mergers & Acquisitions
Dienstleistungspaket von à Groß- und Investmentbanken für Unternehmen, die maßgebliche Beteiligungen oder ganze Gesellschaften erwerben; schließt Beratung, Objektsuche, Durchführungsbetreuung und Finanzierung ein.

Mezzanin
Mezzanine Finanzierungen. Ist eine unbesicherte und nachrangige Finanzierung und übernimmt eigenkapitalähnliche Funktionen. Mezzaninkapital trägt ein wesentlich höheres Risiko als Darlehen und wird im Falle eines Konkurses (à Insolvenz) noch vor dem à Eigenkapital bedient. Damit nimmt Mezzanin in der Finanzierungsstruktur eine Stellung zwischen Eigen- und à Fremdkapital ein.

Mezzanine-Kapital
à Kapital, das in seiner Eigenschaft eine Mischung aus à Eigenkapital und à Fremdkapital darstellt. Siehe auch à Mezzanin.

Micro Hedge
Geschäft, das zur Absicherung einer einzelnen offenen Risikoposition abgeschlossen wird. Gegenteil: à Macro Hedge.

MiFID
Markets in Financial Instruments Directive, Finanzmarktrichtlinie. Die Direktive über Märkte für à Finanzinstrumente ist eine Richtlinie der à Europäische Kommission auf dem Weg zur Schaffung eines einheitlichen, integrierten Markts für Finanzdienstleistungen in Europa. Sie soll der Harmonisierung der Finanzdienstleistungen innerhalb des à Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) dienen und Maßnahmen zum Schutz der Anlegerinteressen formalisieren und fördern. In Kraft seit 1. November 2007.

Migrationswahrscheinlichkeit
Die Wahrscheinlichkeit, dass sich das à Rating eines Unternehmens innerhalb eines Jahres verschlechtert, verbessert oder gleich bleibt.

Milestones
Meilensteine. Operativ messbare Tatbestände in der Unternehmensentwicklung, die nach Ablauf einer gewissen Zeit eingehalten werden müssen (z. B. Umsatzzahlen, Neuproduktentwicklung, Vertriebspartnergewinnung etc.) und bei deren Erreichen z. B. über eine weitere Kapitalzufuhr entschieden wird.

Mindestkapitalanforderungen
à Banken müssen derzeit mindestens 8 % ihrer à risikogewichteten Aktiva mit Eigenmitteln unterlegen.

Mindestreserve
Mindestguthaben, die à Banken bei der à Zentralbank zur Sicherung der à Liquidität halten müssen. Es beeinflusst die à Liquidität und damit die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken.

Mindestreservebasis
Summe derjenigen Bilanzpositionen (insbesondere Verbindlichkeiten), die die Basis für die Berechnung des à Mindestreservesolls eines Instituts darstellen.

Mindestreserve-Erfüllungsperiode
Der Zeitraum, für den die Einhaltung der à Mindestreservepflicht berechnet wird und die Mindestreserven auf Reservekonten unterhalten werden müssen. Siehe auch à Direkte Mindestreserve-Erfüllung.

Mindestreservesatz
Der Prozentsatz der für jede Position der à Mindestreservebasis festgelegt wird und für Berechnung des à Mindestreservesolls dient.

Mitarbeiteraktien
à Aktien, die an Mitarbeiter eines Unternehmens vorwiegend aus Gründen der Motivationssteigerung sowie der langfristigen Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen abgegeben werden, entweder ohne Entgelt oder zu Vorzugsbedingungen.

Miteigentumsfonds
à Kapitalanlagefonds

Mittelkurs
Arithmetisches Mittel zwischen verschiedenen à Kursen, beispielsweise zwischen à Geld- und Briefkurs.

Modifikation
Änderung eines Vertragsbestandteils, z. B. eines Börsenauftrages durch Erhöhung oder Reduktion der à Limite.

Monetäres Finanzinstitut (MFI)
Finanzinstitut, das Einlagen entgegennimmt, die nach statistischer Abgrenzung der à Europäischen Zentralbank (EZB) zur à Geldmenge zählen, und das à Kredite gewährt und/oder in à Wertpapiere investiert.

Money Market
à Geldmarkt

Money Market Future
à Futures mit einem à Geldmarktinstrument als à Basiswert (Underlying), z. B. 3-Monats-Libor-Future. Wie bei einem à Forward Rate Agreement (FRA) kommt es dabei nicht zu einer physischen Lieferung des Underlyings, d. h. des Depots, sondern nur zu einer Ausgleichszahlung.

Monitoring
(1) Im Kontext des à Kyoto-Protokolls und des à EU-Emissionshandels: Ermittlung der tatsächlich eingetretenen Emissionsreduktionen.
(2) Im Kontext von Förderungen: Statistische Auswertung (Controlling, Berichtswesen) über den Stand der finanziellen Abwicklung der Strukturfondsmittel im Zusammenhang mit der Kofinanzierung von EU-Förderungen sowie den definierten Erfolgsindikatoren (Evaluierung).

Moody´s
Moody´s Investors Service. 1900 gegründet, Firmensitz New York. Zählt neben à Fitch und à Standard & Poor´s zu den führenden, weltweit agierenden à Ratingagenturen und beschäftigt sich mit Rating-, Risiko- und Forschungsanalysen von Unternehmen.

Mortgage Backed Securities (MBS)
Form von à Asset Backed Securities (ABS), bei denen à hypothekarisch besicherte Forderungen à verbrieft werden.

MTN
Medium Term Note. à Schuldverschreibung mit mittlerer Laufzeit.

MTN-Programm
Medium Term Notes-Programm. Mit einem à Arranger abgeschlossenes Rahmenprogramm zur à Emission von à Anleihen für mittlere Laufzeiten.

Multi-Seller Conduit
à Conduit

Mündelsichere Fonds
Inländische à Rentenfonds, die gemäß Fondsbestimmungen ausschließlich in mündelsichere Werte veranlagen. Sie sind kraft Gesetz zur Anlage von Mündelgeldern geeignet.

N

Nachhaltigkeit
Sustainability. Steht für eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Chancen, Möglichkeiten und Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu gefährden. Im allgemeinen Verständnis setzt sich der Begriff aus drei Komponenten zusammen, die auch als Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit bezeichnet werden: Ökologie, Ökonomie, Soziales.

Nachrangige Anleihe
à Anleihe, bei welcher die Gläubiger im Falle der Liquidation oder der à Insolvenz des Emittenten hinter die Ansprüche von nicht-nachrangigen Forderungen zurücktreten müssen.

Nachrangige Darlehen
Nachrangiges Fremdkapital, Subordinated Debt, Mezzanine Debt oder Unsecured Junior Debt. Ein Begriff der Unternehmensfinanzierung. Es handelt sich um ein à Darlehen, das anderem à Fremdkapital gegenüber im Fall der à Liquidation oder der à Insolvenz eines Unternehmens nachgeordnet ist. Es ist daher erst unmittelbar vor dem à Eigenkapital zu bedienen. Nachrangige Darlehen spielen als à hybride Finanzierungsinstrumente eine bedeutende Rolle im Bereich des à Mezzanine-Kapitals.

Nachrangkapital
Gehört nach à Bankwesengesetz (BWG) zu den à ergänzenden Eigenmitteln (Tier 2). Betriebswirtschaftlich zwischen à Eigen- und Fremdkapital angesiedelt. Es haftet im Verlustfall nach dem Eigenkapital. Um nach BWG anerkannt zu werden, muss es bestimmte Kriterien betreffend Laufzeit und Konditionen erfüllen.

Naked Position
Ist eine ungedeckte à Option oder eine offene Position, die noch nicht durch à Hedging gesichert wurde.

Namensaktie
à Aktie, die auf den Namen des Inhabers lautet, der im Aktienbuch eingetragen ist. Gegenteil: à Inhaberaktie.

Namensschuldverschreibung
à Schuldverschreibung, die auf eine namentlich genannte (juristische oder natürliche) Person lautet. Die Rechte aus dieser Schuldverschreibung können nur von dieser Person beansprucht werden.

Nasdaq
National Association of Securities Dealer Automated Quotation. Gegründet 1971, Sitz in New York. Elektronische US-Börse der US-amerikanischen Freiverkehrshändler für wachstumsträchtige und innovative Werte.

Nationalbankgesetz 1984 (NBG)
Dieses Bundesgesetz regelt die Rechtsstellung, die Organe und die Aufgaben der à Oesterreichischen Nationalbank (OeNB).

Nationale Zentralbank (NZB)
à Zentralbank

Near Real Time
Preis, der mit Zeitverzögerung veröffentlicht wird. Die Spanne der Verzögerung reicht von 2 bis 30 Minuten. Gegenteil: à Real Time-Kurs.

Negative Pledge-Klausel
Negativerklärung. Verpflichtung zu Gunsten anderer Gläubiger, keine Sicherheiten zu bestellen.

Negoziierung
Ankauf von à Wertpapieren bzw. Forderungen aus einem à Akkreditivgeschäft durch eine Kommerzbank.

Nennwert
Nennbetrag, Nominale, Nominalwert. Betrag, der auf einem à Wertpapier angegeben ist. Bei à Aktien ist er ein Teilbetrag des Grundkapitals. Bei à derivativen Instrumenten auch jener Betrag, der als Basis für die Zinsberechnung dient.

Nennwertaktie
Eine à Aktie mit der Angabe eines bestimmten à Nennwertes, der sich auf einen bestimmten Anteil am Grundkapital des Unternehmens bezieht.

Net Asset Value (NAV)
Nettoinventarwert. Auch Errechneter Wert. Die Summe aller Vermögensbestände eines à Investmentfonds, also der Kurswert aller Wertpapiere, Barguthaben, Geldeinlagen sowie sonstiger Rechte. Der NAV wird banktäglich ermittelt.

Net Present Value (NPV)
à Barwert zukünftiger à Cashflow-Ströme.

Nettoanlagevermögen
Kennzahl, die sich aus Sachanlage- und Finanzanlagevermögen abzüglich der korrespondierenden Wertberichtigungen errechnet.

Nettomittelveränderung
Saldo der Kapitalzuflüsse und der Kapitalabflüsse auf kumulativer Kalenderjahresbasis (exklusive Veränderung der inländischen Investmentzertifikate).

Neue Baseler Eigenmittelvereinbarung
New Basel Capital Accord. Reformprojekt à Basel II. Umfassender Ansatz für die à Mindeskapitalanforderungen von à Banken, erarbeitet vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, als Konsultationspapier erstmals veröffentlicht 1999.

Neuemission
Erstmalige Ausgabe von à Aktien durch ein Unternehmen oder weitere Ausgabe von anderen Aktientypen durch ein bereits börsenotiertes Unternehmen.

New York Stock Exchange (NYSE)
Ist die größte und bedeutendste Wertpapierbörse der Welt. 1792 gegründet, Sitz in New York. Bekannt ist die NYSE auch unter dem Namen à Wall Street (Straßennamen in New York, wo sie ansässig ist).

Nikkei-Index
Nikkei 225. Leitindex der à Börse in Tokio. Ist Asiens bedeutendster à Aktienindex und umfasst die 225 größten japanischen Aktienwerte.

Nominale, Nominalwert
à Nennwert

Nominalzins
(1) Börse: Für die Laufzeit vereinbarter à Zinssatz, der i. d. R. auf den Coupon (à Kupon) des festverzinslichen à Wertpapiers festgehalten ist.
(2) Darlehen à Nominalzinssatz.

Nominalzinssatz
Der vertraglich vereinbarte Jahreszins, mit dem das Nominalkapital verzinst wird. Er wird à variabel oder à fest vereinbart (Zinsfestschreibung).

Non-Investment Grade
Sub-Investment Grade. Bezeichnung für die à Rating-Stufe BB+ (à S&P, à Fitch Rating) bzw. Ba1 (à Moody's) bis D. Investitionen im Non-Investment Grade-Bereich (z. B. à Junk Bonds) sind mit einem höheren à Ausfallrisiko behaftet.

Nostrogeschäft
à Wertpapiergeschäft, das die à Bank auf eigene Rechnung abschließt.

Note
à Anleihe

Notenbank
à Zentralbank

Notifizierung
(1) Bezeichnet verschiedene juristische Handlungen.
(2) Notifizierungspflicht ist die Verpflichtung des öffentlichen Sektors, eine Subvention (Beihilfe oder Förderung) gemäß dem EU-Wettbewerbsrecht bei der à Europäischen Kommission anzumelden und genehmigen zu lassen. Bis auf sogenannte Bagatell-Förderungen („de-minimis"-Förderungen) sind alle österreichischen Wirtschaftsförderungen genehmigungspflichtig.

NPV
à Net Present Value

NTX
New Europe Blue Chip Index. Ist ein kapitalisierungsgewichteter à Aktienindex an der à Wiener Börse. Der NTX beinhaltet Titel aus zentralosteuropäischen Märkten.

Null Kupon Anleihe
à Zero Bond

O

Obligation
à Anleihe

Obligatorisches Recht
Rechtliche Bestimmungen, die von keiner der beteiligten Vertragsparteien verändert werden dürfen.

Obligo
Bezeichnet i.d.R. das Ausmaß der ausgenützten Kredit- bzw. Wechsellinien, aber auch Schuldverpflichtung, Haftung, Verpflichtung, Gewähr.

Obligogrenze
Maximalbetrag an gewährten à Krediten bzw. eingeräumten à Kreditlinien, die ein Kreditinstitut (à Bank) für einen bestimmten Kunden, ein bestimmtes Land oder ein bestimmtes à Finanzierungsinstrument vorsieht.

OECD
Organisation for Economic Co-operation and Development. Die 30 Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fühlen sich Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet. Die meisten OECD-Mitglieder gehören zu den Ländern mit hohem pro-Kopf-Einkommen und gelten als entwickelte Länder. Sitz der Organisation ist Paris.

OeKB
à Oesterreichische Kontrollbank

OeNB
à Oesterreichische Nationalbank

Oesterreichische Kontrollbank AG (OeKB)
1946 gegründete Spezialbank für die österreichische Exportwirtschaft und den österreichischen Kapitalmarkt. Bevollmächtigte der Republik als Österreichs offizielle Export Credit Agency. Bietet Bundeshaftungen und via Hausbanken Finanzierungen für Exportgeschäfte und Auslandsinvestitionen.

Oesterreichische Nationalbank AG (OeNB)
Als à Zentralbank ist sie Notenbank, Bank der Banken und Verwalterin der Währungsreserven. Hinzu kommt ihre Einbindung in die Bankenaufsicht. Seit 1.1.1999 ist die OeNB für die operative Umsetzung der entsprechenden geldpolitischen Entscheidungen der à Europäischen Zentralbank (EZB) bzw. des EZB-Rates in Österreich verantwortlich. Die OeNB ist seit Beginn der à Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) im Jänner 1999 integraler Bestandteil des Eurosystems und des à ESZB.

Off-Balance Sheet Finanzierung
Finanzierung, die nicht mit einer Zunahme der Verbindlichkeiten auf der Passivseite eines Unternehmens verbunden ist, z. B. à Leasing oder Projektfinanzierung.

Offene Devisenposition
à Devisenposition, die nicht abgedeckt ist und somit ein Kursrisiko darstellt. Sie existiert in zwei Ausprägungen, als à Long Position (Besitz von Devisen) und als à Short Position (Leerverkauf von Devisen).

Offener Fonds
Open-end Fund. à Investmentfonds, dessen Fondsvolumen nicht limitiert ist und bei dem daher laufend Fondsanteile gekauft und zum Rücknahmepreis zurückgegeben werden können. Gegenteil: à Geschlossener Fonds.

Offenmarktgeschäft
Geldpolitisches Instrument der à Europäischen Zentralbank (EZB), indem sie durch An- oder Verkauf von à Wertpapieren die à Geldmenge vermehrt oder vermindert. Soll z. B. mehr Geld in den Umlauf gebracht werden, so tritt sie als Käufer auf und gibt den à Banken dadurch die Möglichkeit, mehr à Kredite vergeben zu können.

Offenmarktpolitik
Im Rahmen der Offenmarktpolitik schließt die à Europäischen Zentralbank (EZB) über die nationalen à Zentralbanken mit den Kreditinstituten (à Bank) Geldhandelsgeschäfte in Form von à Pensions- oder Pfandkreditgeschäften gegen Bereitstellung von Sicherheiten (z. B. Wertpapieren) ab. Durch diese nimmt sie Einfluss auf die Geldversorgung der Kreditinstitute.

Offer
à Briefkurs

Offshore
Im Finanzwesen geläufige Bezeichnung für Geschäfte, die man an Märkten außerhalb der Grenzen des eigenen Staates (Offshore-Finanzplätze) abwickelt bzw. einleitet. Gründe dafür sind vorteilhaftere Rahmenbedingungen als im eigenen Land – oft steuerlicher und/oder aufsichtsrechtlicher Art – die im internationalen Wettbewerb Kosten-, Ertrags- oder allgemein ertragswirksame Abwicklungsvorteile bieten.

Öko-Bilanz
Auch Life Cycle Assessment (LCA). Managementinstrument, das die von einem Unternehmen ausgehenden Einwirkungen auf die Umwelt quantifiziert. Sie erfasst alle ökologisch relevanten Stoff- und Energieströme, die während einer Periode in das Unternehmen eingehen und es verlassen. Im Rahmen des à Öko-Controlling trägt die Ökobilanz dazu bei, Verbesserungspotenziale auszuweisen und Kosteneinsparungen zu realisieren.

Öko-Controlling
Wesentlicher Bestandteil des à Umweltmanagements zur Planung, Steuerung und Kontrolle ökologischer Aktivitäten eines Unternehmens. Dazu gehören die Erfassung und Analyse der Daten, die Ermittlung von Verbesserungspotenzialen über Soll-Ist-Abgleiche, das Erarbeiten und Umsetzen von Maßnahmen, sowie die Kontrolle der Zielerreichung.

O/N
à Overnight

Open Interest
Summe aller in einem à Basiswert eingegangenen Terminkontrakte, die noch nicht à glattgestellt oder à ausgeübt wurden.

Opening
à Anfangskurs

Operating Leasing
Übertragung eines Nutzungsrechtes an einem dauerhaften Gut über einen bestimmten Zeitraum gemessen. Der Leasinggeber erwartet, dass er nach Ablauf dieses Zeitraums das Leasinggut abgesehen vom normalen Verschleiß in demselben Zustand zurückerhält, in dem er es vermietet hat. Die Leasingdauer erstreckt sich somit weder über die gesamte noch über den größten Teil der wirtschaftlichen Lebensdauer des Gutes, wodurch es zu keinem Übergang des wirtschaftlichen Eigentums kommt. Das Operating-Leasing hat im Gegensatz zum à Finanzierungsleasing keine Auswirkung auf die à Maastricht-Verschuldung.

Operations Research
Hochkomplexe, mathematische Verfahren, die dem Unternehmer Entscheidungsgrundlagen für Produktions-, Investitions- und Absatzplanung liefern sollen.

Operationelles Risiko
Begriff aus dem à Risikomanagement von à Banken und bezeichnet das Risiko von unmittelbaren und mittelbaren Verlusten, die infolge des Versagens oder der Unangemessenheit von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von Ereignissen eintreten.

Option
Bei einer Option erhält der Käufer das Recht, nicht jedoch die Pflicht, einen bestimmten à Basiswert innerhalb einer festgelegten Zeitspanne oder zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem vorweg fixierten Preis zu kaufen (à Call) oder zu verkaufen (à Put). Für dieses Recht muss der Optionskäufer dem Optionsverkäufer eine Optionsprämie zahlen.

Die Position des Käufers wird à Long Position genannt. Der Käufer einer Option kann eine Long Call Position (Charakteristika: Gewinn unbegrenzt, Verlust auf Prämie (= Kaufpreis der Option) begrenzt) oder eine Long Put Position (Charakteristika: Gewinn auf Basispreis-Prämie und Verlust auf Prämie beschränkt) halten.

Der Verkäufer (Stillhalter) verkauft ein Recht (Recht auf Kauf oder Verkauf eines Basiswertes), für das er die Optionsprämie erhält. Macht der Käufer von seinem Recht Gebrauch, ist er verpflichtet zu liefern. Seine Position wird à Short Position genannt. Der Stillhalter kann eine Short Call Position (Charakteristika: Gewinn auf Prämie begrenzt, Verlust unbegrenzt) oder Short Put Position (Charakteristika: Gewinn auf Prämie beschränkt, Verlust auf Basispreis-Prämie beschränkt) innehaben.

Optionsanleihe
Bond with Equity Warrants. Eine à Schuldverschreibung, die dem Gläubiger neben dem Gläubigerrecht noch das Optionsrecht (Warrant) einräumt, nach Ablauf einer vereinbarten Frist in Höhe seiner Schuldverschreibung zusätzlich à Aktien kaufen zu können.

Optionsfrist
Jener Zeitraum, innerhalb dessen eine à Option ausgeübt werden kann.

Optionsklasse
Alle à Optionen desselben Typs mit gleichem à Basiswert.

Optionspreis
Premium, Optionsprämie. Prämie, die für den Erwerb einer à Option bzw. eines à Optionsscheines zu zahlen ist. Die Berechnung wird u. a. durch folgende Faktoren bestimmt: à Basispreis, à Kassakurs des à Basiswerts, à Volatilität des Basiswerts, Laufzeit der Option, risikoloser Zinssatz, Ausschüttungen des Basiswerts während der Laufzeit der Option.

Optionsschein
Warrants, Covered Warrants. à Optionen, die als à Wertpapier handelbar gemacht werden und verbrieft als Optionsscheine in kleinen Mengen – mit niedrigen Transaktionskosten – schnell gehandelt werden, und die dem Obligationär i.d.R. ein Bezugsrecht auf à Aktien zu einem bestimmten Kurs geben.

Optionsserie
à Optionen gehören einer Optionsserie an, wenn Optionstyp (à Call oder à Put), à Basiswert, à Ausübungspreis und Verfallstag gleich sind.

Order
Auftrag zum Kauf oder Verkauf von à Wertpapieren.

Ordnungsnormen
Die bankaufsichtlichen Ordnungsnormen des à Bankwesengesetzes (BWG) umfassen das à Mindesteigenmittelerfordernis, die à Eigenmittel, die à Liquidität, die Großveranlagungen und die Nichtfinanzbeteiligungen.

Ordnungsnormenausweis (ONA)
Der ONA stellt eine bankaufsichtliche Meldung im Rahmen des risikoorientierten Meldewesens dar.

Organigramm
Betriebsinterne, strukturierte Darstellung des Aufbaus des Unternehmens, das die hierarchische Gliederung in Abteilungen und Stellen veranschaulicht.

Organschaft
Begriff des Steuerrechts, der rechtsgeschäftliche Zusammenschlüsse zweier Unternehmen umfasst, wobei diese aus einer Obergesellschaft (Mutter) und einer Untergesellschaft (Tochter) bestehen.

Österreichischer Corporate Governance Kodex
Corporate-Governance-Kodex für (vorrangig börsennotierte) österreichische à Aktiengesellschaften. Diese Wohlverhaltensregeln zur Stärkung des Anlegervertrauens wurden vom Österreichischen Arbeitskreis für Corporate Governance erarbeitet. Die Orientierung an diesem Kodex durch ein Unternehmen erfolgt freiwillig.

Österreichisches Emissionshandelsregister
à Registerstelle

Österreichische Termin- und Optionenbörse (ÖTOB)
Wurde Ende der 90er Jahre in die Wiener Börse integriert. Hier werden vorwiegend à Optionen und à Futures auf die größten österreichischen à Aktien und osteuropäischen Indizes gehandelt.

OTC-Markt, Over the Counter-Market
à Außerbörslicher Handel von Wertpapieren

OTC-Derivate
Over the Counter-Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse notieren, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern – over the counter – gehandelt werden.

Other listings.at
à Other securities.at

Other securities.at
Alter Name Other listings.at. Marktsegment der à Wiener Börse, an dem über das Handelssystem à Xetra jene à Wertpapiere gehandelt werden, die keinem anderen Segment zuzuordnen sind.

Out of Pocket-Expenses
Tatsächlich angefallene externe Ausgaben (z. B. Rechtsanwaltskosten), die im Zuge einer syndizierten Finanzierung oder im Rahmen einer à Corporate Bond-Emission anfallen können.

Outgoing
Gesendete Transaktionen.

Outperformer
Eine bestimmte à Veranlagung oder ein à Portefeuille hat sich besser entwickelt als ein bestimmter Markt.

Overnight (O/N)
Bezeichnet eine Periode, die am Handelstag beginnt und am darauf folgenden Banktag endet.

Overnight Indexed Swap (OIS)
Ein à Interest Rate Swap (IRS), bei dem ein à variabler Zinssatz, der an einen à Referenzsatz für à Overnight-Geld gebunden ist, gegen einen festen Zinssatz getauscht wird. Ist für kurze Laufzeiten erhältlich (bis 1 Jahr) und wird im à Geldmarkt verwendet. Im Unterschied zu normalen IRS wird die variable Seite nicht bei jedem à Fixing, sondern erst am Ende der Laufzeit in Form des à Effektivzinssatzes der einzelnen Fixings gezahlt, d. h. unter Berücksichtigung von à Zinseszinsen. Arten: EONIA Swap (EUR), Fed Fund Swap (USD), SONIA Swap (GBP), TOIS (CHF).

Over the Counter (OTC)
à Außerbörslicher Handel von Wertpapieren

Österreich-Fonds
à Investmentfonds, die ausschließlich in österreichische à Wertpapiere veranlagen.

P

p. a.
lat. per annum, pro Jahr.

p. m.
lat. per mensem, pro Monat.

Par Value Swap
à Cross Currency Swap

Pari
At par. à Kurs, der genau dem à Nennwert des betreffenden à Wertpapiers entspricht.

Pari-Passu-Klausel
Gleichbehandlungserklärung. Besagt, dass der gegenständliche à Kredit jeder anderen bestehenden oder künftig ungedeckten, nicht nachrangigen Kreditschuld derselben Gesellschaft gleichgestellt ist. Gebräuchlich bei Großkrediten, aber auch bei à Anleiheemissionen.

Parität
Austauschverhältnis zwischen zwei à Währungen, z. B. Euro-Parität (Kurswert einer Währung ausgedrückt in à Euro).

Paritätische Kommission (PKPL)
Einrichtung der österreichischen Sozialpartnerschaft zur Regelung von Preis- und Lohnfragen.

Pari-Termin-Kurs
Der ursprüngliche à Kassakurs (bei à Währungsswaps).

Partial Use
engl. teilweise Benützung. Die Verwendung von unterschiedlichen Ansätzen zur Bestimmung des à Eigenmittelerfordernisses in organisatorischen, lokalen oder sonst wie geschäftsmäßig definierten Teilbereichen einer à Bank, wenn eine einheitliche Umsetzung nicht oder noch nicht sinnvoll möglich ist.

Partiarisches Darlehen
Gewinnabhängiges à Darlehen. Darlehensnehmer zahlt nur bei Gewinn Zinsen für das aufgenommene Darlehen.

Participating Bond
à Gewinnschuldverschreibung

Participating Cap
Stellt eine besondere à Cap-Struktur dar, bei der sich der Cap-Käufer kostenlos gegen einen Zinsanstieg absichert und mit einem gewissen Teil des Kontraktwertes an fallenden Zinsen partizipiert.

Participating Fee
Jener Teil der Arrangement Fee, den der à Arranger als einmalige Provision an die Teilnehmer einer à syndizierten Finanzierung weitergibt.

Participating Option
Aus zwei à Optionen bestehende Absicherungsstrategie gegen ein bestimmtes Kursrisiko, die bei 100 %iger Absicherung gegen einen Zinsanstieg absichert und mit einem gewissen Teil des Kontraktwertes an fallenden à Zinsen partizipiert.

Partizipationskapital
Bestandteil der à Eigenmittel eines Kreditinstitutes (à Bank), das auf Unternehmensdauer zur Verfügung gestellt wird und für das Zinsen nur ausbezahlt werden dürfen, soweit sie im Jahresgewinn nach Rücklagenbewegung Deckung finden.

Partizipationsschein (PS)
Verbrieft das Recht am anteiligen Anspruch am Gewinn eines Unternehmens.

Passiva
Das à Eigenkapital und alle Verbindlichkeiten eines Unternehmens, die in seiner à Bilanz enthalten sind und den à Aktiva gegenübergestellt werden.

Passivmanagement
Ertrags- und liquiditätsorientierte Steuerung von passivseitigen Bilanzpositionen.

Passivzinsen
Habenzinsen. Zinsen, welche die à Bank für das von ihr hereingenommene Geld zahlen muss. Gegenteil: à Aktivzinsen.

Patronatserklärung
In Zusammenhang mit der Vergabe eines à Kredits an den Kreditnehmer, die Verpflichtung eines Dritten (z. B. ein Mutterunternehmen des Kreditnehmers) dem Gläubiger gegenüber zu einem bestimmten Verhalten, z. B. die Beteiligung am Kreditnehmer nicht zu reduzieren oder die Liquidität des Kreditnehmers aufrecht zu erhalten. Inhaltlich kann der Erklärungswille von einer unverbindlichen Zusage („weiche Patronatserklärung“) bis zu einer garantieähnlichen Zusage („strenge Patronatserklärung“) gehen.

Pay Out
Der bei digitalen à Optionen fällige Auszahlungsbetrag am Ende der à Laufzeit.

Payers Swaption
à Call Swaption

Penetrationsstrategie
Preisstrategie zur Erreichung eines möglichst hohen Marktanteils, bei der mit relativ niedrigen Verkaufspreisen versucht wird, möglichst viele Kunden zu gewinnen.

Pensionsgeschäft
(1) Form der kurzfristigen Liquiditätsbeschaffung der Geschäftsbanken bei der à Notenbank (siehe auch à Repogeschäft).
(2) Befristete Übernahme von à Wertpapieren (z. B. Beteiligungen) durch eine Bank oder Finanzgesellschaft (Pensionsgeber), wobei der Pensionsnehmer zur Rückgabe und der Pensionsgeber zur Rücknahme verpflichtet ist.

Performance
(1) Kursverlauf eines Wertpapiers.
(2) Indexverlauf eines Teil- oder Gesamtmarktes.
(3) Wertentwicklung eines Portefeuilles.
(4) Anlagepolitische Leistung eines Anlageberaters oder einer Fondsleitung im Hinblick auf das Anlageziel.

Performance Bond
à Erfüllungsgarantie

Performance Index
Berücksichtigt im Gegensatz zu einem à Preisindex zusätzlich die à Dividendenzahlungen der in ihm enthaltenen Unternehmen und gibt damit Auskunft über die vollständige Wertentwicklung eines à Portfolios (z. B. à DAX).

Performance Linked Bonds
à Schuldverschreibungen, deren à Tilgungskurs bei Begebung noch nicht feststeht, da er von der Wertentwicklung des à Basiswertes abhängig ist. Als à Emittenten treten meist à Banken auf.

Performance Linked Note
à Schuldverschreibung, deren Ertrag an die Wertentwicklung eines definierten à Basiswertes gebunden ist.

Perpetual Bond
à Anleihe ohne Laufzeitbegrenzung.

PEST-Analyse
STEP-Analyse. Political, economic, social and technological environment. Modell zur Beurteilung der Rahmenbedingungen eines Marktes.

Pfandbestellungsurkunde
Vertrag über die Verpfändung unbeweglicher Sachen.

Pfandbrief
Forderungspapier, mit dessen Emissionserlös à Hypothekarkredite finanziert werden, für die der Kreditnehmer seine Liegenschaft als Sicherung verpfändet. Die Ausgabe erfolgt nur über berechtigte Banken, sog. Hypothekenbanken.

Pfandkredite
Auszahlung eines Geldbetrages gegen Verpfändung von z. B. à Wertpapieren.

Pfandrecht
Dringliches Recht zur Sicherung von Forderungen und Krediten

Physical Delivery
à Andienung

Plain Vanilla
Eine gängige Bezeichnung für Standardfinanzprodukte ohne spezifische Besonderheiten (z. B. à Optionen, à Swaps). In Bezug auf Finanzierungen meint man damit beispielsweise Kredite mit einem à variablen oder Kredite mit einem à fixen Zinssatz. Gegenteil: à Strukturierte Finanzierungen.

Plain Vanilla Option
Optionen der so genannten ersten Generation (à Call und Put Optionen). Gegenteil: à Exotische Option.

Platzeur
Die à Bank (oder das à Konsortium), welche die à Anleiheemission à platziert.

Platzierung
Verkauf von neu auszugebenden à Wertpapieren an Investoren

Point of Sale (POS)
Verkaufsstelle, an der der Handel, insbesondere der Kontakt zwischen Kunden und Verkäufer bzw. Produkt, stattfindet.

Polish Traded Index
à PTX

Polypol
Marktsituation, in der entweder auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite eine Vielzahl an Marktteilnehmern auftreten, die zueinander in starkem Wettbewerb stehen.

Pönale
Konventionalstrafe, Vertragsstrafe. Strafe, die der Schuldner dem Gläubiger für die Nichterfüllung leisten muss. Die Pönale ist ein pauschalierter Schadenersatz. Das heißt, der Gläubiger muss nicht nachweisen, dass ihm ein Schaden entstanden ist, er erhält auf jeden Fall die Pönale, wenn der Verkäufer (der Leistungsverpflichtete) nicht rechtzeitig oder nicht vertragsgerecht liefert.

Portefeuille
à Portfolio

Portefeuilleanalyse

à Depotanalyse

Portfolio
Portefeuille. Damit wird der Bestand eines Anlegers an à Aktien, à Anleihen oder anderen à Wertpapieren umschrieben. Wörtlich übersetzt bedeutet dieser aus dem Französischen stammende Begriff Aktenmappe oder Brieftasche und beschreibt damit die früher übliche Aufbewahrung von Wertpapieren im privaten Bereich.

Portfoliodiversifikation
Reduzierung des Veranlagungsrisikos durch Streuung des veranlagten Betrages auf unterschiedliche Titel. Siehe auch à Portfolio.

Portfolioeffekt
Die à Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung. Die Mischung unterschiedlicher Risiken führt zu einer relativen Verringerung des Gesamtrisikos. Der Portfolioeffekt beschreibt, in welchem Ausmaß das Gesamtrisiko kleiner ist als die Summe der Einzelrisiken.

Portfolioinvestitionen
Umfassen Investitionen in Anteilpapiere, langfristig festverzinsliche Wertpapiere und Geldmarktpapiere. Siehe auch à Aktive Portfolioinvestitionen.

Portfoliomanager
Derjenige, der für ein à Portfolio in eigener Verantwortlichkeit und gemäß den vereinbarten Richtlinien die Entscheidungen für den An- und Verkauf von à Wertpapieren trifft.

Positionierung
Trading. Das bewusste Eingehen einer Risikoposition.

Positive Zinskurve
Normale Zinskurve, steile Zinskurve. Zinskurve bei der lange à Restlaufzeiten einen höheren à Zinssatz aufweisen als kurze Restlaufzeiten.

Power of Attorney
Schriftliche Vollmacht, für eine bestimmte Zeit allgemein oder in einem besonderen Auftrag für eine Person tätig zu werden.

PPP
à Public Private Partnership

Prämie
à Optionspreis

Preferred Share
à Vorzugsaktie

Preisindex
Berücksichtigt im Gegensatz zu einem à Performance Index keine à Dividendenzahlungen der in ihm enthaltenen Unternehmen und dient vor allem als à Benchmark für die zugrunde liegende Marktentwicklung (z. B. à ATX).

Premium
à Agio

Present Value
à Barwert

Present Value of a Basispoint (PVBP)
Zeigt an, um wieviel sich der à Barwert eines à Finanzinstrumentes oder à Portfolios ändert, wenn sich das Zinsniveau um einen à Basispunkt ändert.

Pricing
Konditionengestaltung. Festsetzung des à Emissionspreises.

Price Spread
Vertikaler Spread. Kombinierte Optionsstrategie, bei der à Optionen vom gleichen Optionstyp mit gleichen Laufzeiten, aber mit unterschiedlichen à Ausübungspreisen gleichzeitig gekauft und verkauft werden. Gegenteil: à Time Spread.

Primärmarkt
Bezeichnung für den à Emissionsmarkt, d. h. die erstmalige Ausgabe von à Wertpapieren und deren Verkauf an die Anleger. Gegenteil: à Sekundärmarkt.

Primärmarkt-Rendite
Wird aus den einzelnen à Renditen der am à Primärmarkt handelbaren Forderungspapiere regelmäßig ermittelt.

Prime Rate
Kurzfristiger à Zinssatz von US-Banken für Kreditnehmer mit erstklassiger à Bonität. Die Prime Rate hat in gewisser Weise à Leitzinscharakter.

Private Equity
Eigenkapitalfinanzierungen, die auf Unternehmen in reifen Märkten in einer Veränderungs- oder Wachstumsphase ausgerichtet sind.

Private Finance Initiative (PFI)
Umfasst ein spezielles à Public Private Partnership-Konzept in Großbritannien. Ziel ist es, Infrastruktur-Dienstleistungen von der Privatwirtschaft langfristig und zu geringeren Kosten bereitstellen zu lassen.
Beispiel: Ein Krankenhaus wird nicht mehr von der öffentlichen Hand gebaut, sondern die entsprechende Infrastruktur wird von privater Seite bereitgestellt. Die Betreuung der Patienten erfolgt jedoch weiterhin durch die öffentliche Hand.

Private Offering
à Neuemission von Aktien eines Unternehmens, die nur einer breiten Schicht an institutionellen Investoren, nicht aber Privatanlegern angeboten werden. Gegenteil: à Public Offering.

Private Investment in Public Equity (PIPE)
Investition einer Beteiligungsgesellschaft in ein börsennotiertes Unternehmen. Als PIPE-Geschäfte werden Unternehmensfinanzierungen bezeichnet, die überwiegend als letzter Rettungsanker für in Schwierigkeiten geratene börsennotierte Unternehmen eingesetzt werden. Sie ermöglichen Unternehmen einen vereinfachten Zugang zum à Kapitalmarkt durch die Bereitstellung von à Eigenkapital von privaten Investoren.

Private Placement
Privatplatzierung. Titrierte Kapitalfinanzierung in Form von mittel- und langfristigen à Inhaberschuldverschreibungen, die direkt bei institutionellen Anlegern und bei ausgewählten Privatkunden platziert werden.

Probability of Event (PoE)
Wahrscheinlichkeit für das Eintreten eines operationalen Verlustereignisses. Parameter bei internen Bemessungsgrundsätzen zum à Operationalen Risiko.

Probability of Default (PoD)
Ausfallwahrscheinlichkeit im Zusammenhang mit dem Kreditrisikomanagement von Banken. Wahrscheinlichkeit, dass ein Kontrahent innerhalb eines bestimmten Zeitraums (meist ein Jahr) ausfällt.

Progressiv
Bedeutet im Allgemeinen so viel wie stufenweise fortschreitend, im Zeitablauf stärker steigend, z. B. bei der Abschreibung, wenn sich die Prozentsätze jährlich erhöhen.

Project Design Document (PDD)
Stellt eine genaue Projektbeschreibung dar und dient als Basis für die Validierung und die Beurteilung von à Joint Implementation (JI)- und Clean Development Mechanism (CDM)-Projekten.

Projektfinanzierung
Project Finance. Finanzierung einer selbständig lebensfähigen, wirtschaftlichen Einheit, bei der nicht die projekttragenden Unternehmen (Sponsoren), sondern allein der à Cashflow des Projektes den erforderlichen Kapitaldienst aufbringen muss.

Project Idea Note (PIN)
In der PIN gibt der Anbieter von Emissionsgutschriften eine kurze Beschreibung eines Projektes. Sie dient zur ersten Einstufung eines Projektes hinsichtlich seiner Tauglichkeit als à Joint Implementation (JI)- oder Clean Development Mechanism (CDM)-Projekt.

Projektsponsor
Person oder Gesellschaft, die ein Projektvorhaben plant und umsetzt. Der Projektsponsor gründet die Projektgesellschaft und steuert einen beträchtlichen Eigenkapitalanteil zur à Projektfinanzierung bei.

Prokurist
Eine, von einem ins Firmenbuch eingetragenen Unternehmen bevollmächtigte, natürliche Person, die zur Vornahme sämtlicher Geschäfte und Rechtshandlungen, die der Betrieb eines Unternehmens mit sich bringt, berechtigt ist. Ausgenommen von der Prokura ist die Belastung und Veräußerung von Grundstücken. Dezidierte Erweiterung um diese Handlung ist jedoch möglich.

Prolongation
Verlängerung. Vereinbarung, mit der die à Laufzeit eines auf bestimmte Zeit abgeschlossenen revolvierend ausnutzbaren Kredites/Darlehens vor Ablauf der ursprünglichen Laufzeit verlängert wird.

Promissory Note
à Solawechsel

Prospekt
Veröffentlichung der wichtigsten Angaben über den Emittenten und über die geplante à Emission.

Prospekthaftung
Der à Emittent eines à Wertpapiers, der Prüfer des zum Wertpapier erstellten à Prospekts (z. B. à Lead Manager der Emission) und der Abschlussprüfer des Emittenten haften dem Erwerber des Wertpapiers für die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Prospekt gemachten Informationen.

Prospektpflicht
Gesetzliche Verpflichtung, vor der à Emission von à Wertpapieren einen à Prospekt zu veröffentlichen.

Prototype Carbon Fund (PCF)
à Investmentfonds der à Weltbank für à Joint Implementation (JI)- und Clean Development Mechanism (CDM)-Projekte.

Provision
Provisionen sind gemeinsam mit eher allgemein gültigen Gebühren und Spesen jene Kosten, die Unternehmen ihren Kunden für spezifische Aufgaben bzw. Dienstleistungen verrechnen.

Prozentnotierung
Angabe des à Kurses in Prozent des auf dem à Wertpapier angegebenen à Nennwertes; bei Forderungspapieren üblich (Stücknotierung).

PS
à Partizipationsschein

PSE
à Public Sector Entities

PTX
Polish Traded Index. Ein von der à Wiener Börse entwickelter à Real Time-Index der attraktivsten polnischen à Aktien. Die Berechnung erfolgt zusätzlich zum US-Dollar auch in à Euro und in lokaler à Währung.

Public Equity
à Eigenkapital, das über einen Börsengang und die à Emission von à Aktien beschafft wird.

Public Finance
Finanzierung von Projekten der öffentlichen Hand bzw. öffentlichkeitsnaher Institutionen.

Public Offering
à Neuemission von à Aktien eines Unternehmens, die sowohl institutionellen Investoren als auch Privatanlegern angeboten werden. Gegenteil: à Private Offering.

Public Private Partnership (PPP)
Partnerschaft zwischen privaten Unternehmen und öffentlichen Institutionen in Form von Kooperationsmodellen. Der Grundgedanke des PPP-Konzeptes beruht dabei darauf, dass beide Partner zusammen gemeinsame Ziele verfolgen, jeder Partner Zeit, Geld, Erfahrung oder andere Ressourcen beisteuert und die Managementverantwortlichkeit zwischen den Partnern geteilt wird. Die öffentliche Hand wählt Vorhaben und Partner, die privaten Partner übernehmen in einem definierten Ausmaß Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb des Projektes. Das Risiko für die öffentliche Hand wird dadurch kalkulierbarer. Es gibt verschiedene PPP-Modelle: à Betreiber-, à Kooperations- und à Konzessionsmodell).

Public Sector Entities (PSE)
Öffentliche Institutionen. Dazu zählen:
- Bundesländer und Gemeinden.
- Institutionen, deren Verbindlichkeiten vom Bund/vom Land/von der Gemeinde explizit garantiert werden.
- Institutionen, die ausschließlich für den Bund/das Land/die Gemeinde tätig sind.
- Institutionen, wo Bund/Land/Gemeinde nicht nur anteilsmäßig, sondern auch in der Geschäftsführung einen kontrollierenden Einfluss ausüben und Aufgaben der Hoheitsverwaltung wahrnehmen.
- U. U. können auch Non-profit Organisationen, Kammern und Verbände den Public Sector Entities zugerechnet werden.

Publizitätspflicht
Ad-hoc-Publizität, Offenlegungspflicht. Sämtliche Wirtschaftsunternehmen sind einer Offenlegungspolitik unterworfen. Der Umfang richtet sich dabei weitestgehend nach der Größe und Rechtsform des Unternehmens. Zweck der Regelung ist, es den à Stakeholdern des Unternehmens zu ermöglichen, sich über dessen wirtschaftliche Lage zu informieren. Unternehmen, die ihre à Aktien an einer à Börse handeln lassen wollen, unterwerfen sich einer besonderen Verpflichtung zur regelmäßigen Bekanntgabe von Informationen über die Entwicklung ihrer Geschäfte.

Put
Put Option**,** Verkaufsoption. Ein Put verbrieft das Recht, den à Basiswert (Underlying) innerhalb eines festgelegten Zeitraumes (à Laufzeit) zu einem bestimmten Preis (à Ausübungspreis/Strike Price) zu verkaufen. Der Put kann gekauft (Long) und verkauft (Short) werden. Gegenteil: à Call.

Put/Call-Parität
à Call/Put-Parität

Put/Call-Ratio
Put/Call-Verhältnis. Beschreibt das Verhältnis gehandelter à Puts zu gehandelten à Calls. Werden gleich viele Kontrakte gehandelt, ist die Put/Call-Ratio 1.

Put Swaption
Receiver Swaption. Entspricht einer à Put Option auf einen Zinsswap (à Interest Rate Swap). Der Käufer der Receiver Swaption hat das Recht, aber nicht die Pflicht am Verfallstag einen genau spezifizierten Zinsswap zum Strike Price (à Ausübungspreis) zu verkaufen, d. h. er schließt einen Swap ab, indem er den festen Zinssatz in der Höhe des Strike erhält und einen variablen Zinssatz (z. B. à Euribor) zahlt. Eine Receiver Swaption wird zur Absicherung gegen fallende à Zinsen eingesetzt. Gegenteil: à Call Swaption.

Q

Quartalsbericht
Vierteljährlicher Zwischenbericht einer à Aktiengesellschaft.

Quote
Das gleichzeitige Stellen von einem verbindlichen à Geld- und Briefkurs (Kauf- und Verkaufspreis) für eine bestimmte Anzahl von à Wertpapieren von einem Marktteilnehmer auf einer à Börse bezeichnet.

Quotenaktie
à Aktie ohne à Nennwert. Ihr Wert bezieht sich auf einen bestimmten Anteil des Unternehmens, ohne einen festen Geldbetrag zu nennen.

R

Rating
Bewertung. Standardisierte Bewertung der Kreditqualität eines Unternehmens seitens internationaler à Ratingagenturen. Jede Ratingstufe entspricht einer statistischen à Ausfallswahrscheinlichkeit. In der höchsten Qualitätsstufe (à AAA, Triple A) liegt diese über 15 Jahre deutlich unter 1,5 %. Bei niedrigeren Ratings (aufsteigend bis zum Buchstaben D) steigt sie überproportional an. Bekannte Ratingagenturen sind à Moody´s, à Standard & Poor´s und à Fitch.

Rating Advisory
Hier werden alle beratenden und unterstützenden Maßnahmen für ein Unternehmen erfasst, die im Zusammenhang mit einem Rating-Verfahren und den Anforderungen für den Rating-Prozess einer externen à Ratingagentur stehen.

Ratingagentur
Unternehmen, das auf à Ratings spezialisiert ist. Beispiele: à Standard & Poor's, à Moody's, à Fitch.

RDX
Russian Depositary Receipts Index. Von der à Wiener Börse entwickelter und à Real Time berechneter à Preisindex, der aus russischen Depositary Receipts besteht, die an der Londoner Stock Exchange gehandelt werden.

Realignment
Leitkursänderungen. Werden dann vorgenommen, wenn sich die Inflationsraten der beteiligten Länder unterschiedlich hoch entwickelt haben. Als Rechnungseinheit dient der à Euro.

Real Time-Kurs
Kurs, der im Augenblick seiner Festlegung, d. h. ohne Zeitverzögerung veröffentlicht wird. Real Time-Kurse sind in der Regel kostenpflichtig. Gegenteil: à Near Real-Time.

Real Time-Index
Ein à Index, dessen Wert nach jedem Kursvorfall ohne Zeitverzug neu berechnet wird.

Real Time-Gross Settlement (RTGS-System)
Zahlungsverkehrssystem, in dem Zahlungsaufträge zum Zeitpunkt ihres Entstehens einzeln verarbeitet und unverzüglich abgewickelt werden. Es handelt sich dabei um ein so genanntes Echtzeitbruttosystem.

Realzinssatz
Gibt Auskunft über die Änderung der Kaufkraft des eingesetzten Kapitals. Er ist der à Nominalzinssatz nach Abzug der à Inflation.

Redemption
à Tilgung eines Kredits oder Rückkauf einer à Anleihe.

Referenzzinssatz
Bezeichnet einen für eine bestimmte Laufzeit, Währung und Anlage- bzw. Kreditform repräsentativen à Zinssatz. Dies bedeutet allerdings nicht, dass genau zu diesem Zinssatz eine Geldanlage oder Geldaufnahme getätigt wird. Der genaue Satz kann von dem Referenzzinssatz nach oben oder unten abweichen und hängt von der à Bonität des Kunden sowie den augenblicklichen Angeboten der Marktkontrahenten ab. à Euribor oder à Libor sind in Europa häufig verwendete Referenzzinssätze.

Refinanzierung
Kapitalbeschaffung der à Banken. Damit Banken ihren Kunden Kredite gewähren können, müssen auch sie sich Geld beschaffen. Refinanzierungsmöglichkeiten sind beispielsweise Einlagen von Kunden, Kredite bei anderen Bankinstituten oder die Ausgabe von à Anleihen.

Regelpublizität
Veröffentlichung von regelmäßigen Unternehmensnachrichten, z. B. à Quartalsberichten, à Dividendenankündigungen, Einladungen zur à Hauptversammlung.

Registerservicestelle
Mit der Funktion wurde in Österreich die Emission Certificate Registry Austria GmbH (ECRA) beauftragt. Sie übernimmt einen Teil der Aufgaben der technischen Durchführung der Verbuchung von Emissionszertifikaten im Auftrag und in Kooperation mit der à Registerstelle. Grob gesprochen, ist die ECRA für das Management zuständig und ist ein Konsortium aus Banken, Industrie und Interessensverbänden. Siehe auch à Emissionshandel.

Registerstelle
Mit der Funktion wurde in Österreich das Umweltbundesamt beauftragt. Sie übernimmt die Gesamtverantwortung und die technische Führung des Registers. Damit verbunden ist die Verantwortlichkeit für die korrekte Abwicklung nationaler und internationaler Übertragungen von Treibhausgaszertifikaten sowie die Erfüllung der nationalen und internationalen Vorgaben und Verpflichtungen. Primär geht es dabei um die europaweite Koordination des à Emissionshandels.

Removal Units (RMU)
Kyoto-Einheiten, die à Annex-B-Vertragsstaaten z. B. durch nationale Aufforstungsmaßnahmen und andere Senkenmaßnahmen generieren. Siehe auch à Emissionshandel.

Rendite
Yield. Die Rendite bezeichnet den in Prozent ausgedrückten Ertrag eines à Investments. Die Rendite setzt sich aus à Kuponzahlungen und dem Kapitalgewinn/-verlust zusammen. Die Rendite als Kennziffer für den relativen Erfolg einer Geldanlage wird sowohl zur Beurteilung von Anlagen in à Aktien, à festverzinslichen Wertpapieren und à Investmentfonds als auch zur Erfolgsmessung von Immobiliengeschäften und Unternehmensinvestitionen verwendet.

Renditekurve
Zeigt den Zusammenhang zwischen Restlaufzeiten und à Renditen eines Instruments.

Rendite-Tender-Verfahren
Versteigerungsverfahren zur Platzierung einer à Anleihenemission der Republik Österreich

Rentabilität
Maßstab zur Messung des Erfolgs bzw. der Ertragskraft einer Kapitalanlage (siehe auch à Rendite), einer Sachinvestition oder eines ganzen Unternehmens. Sie wird berechnet als das Verhältnis des entsprechenden Ertrags oder Gewinns zum eingesetzten Kapital.

Rente
à Anleihe

Rentenfonds
à Investmentfonds, der ausschließlich in à festverzinslichen Wertpapieren veranlagt.

Rentenmarkt
Markt für à festverzinsliche Wertpapiere, Teil des à Kapitalmarktes. Er besteht vor allem aus dem Handel mit à Anleihen der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden), à Kommunalanleihen, à Pfandbriefen und Industrieanleihen. Der Rentenmarkt ist gemessen an Umsatz, Anzahl notierter Wertpapiere und Neuemissionen von größerer Bedeutung als der à Aktienmarkt (siehe auch à Wertpapiermarkt).

Rentenwert
à Schuldverschreibungen und andere à festverzinsliche Wertpapiere von Nichtbanken und Banken.

Repartierung
franz. Zuteilung. Vor allem bei Börsentransaktionen, bei denen nicht die gesamte Nachfrage bedient bzw. das gesamte Angebot an à Wertpapieren untergebracht werden konnte, müssen die Differenzbeträge entsprechend zugeteilt werden.

Repogeschäft
Kostgeschäft, Repurchase Agreement (Rückkaufsvereinbarung). Verkauf von à Wertpapieren gegen à Liquidität mit der gleichzeitigen Vereinbarung, Wertpapiere gleicher Art und Menge zu einem zukünftigen Termin mit einem festgesetzten Preis zurückzukaufen. Besondere Form der à Pensionsgeschäfte. Gegenteil: à Reverse Repo.

Repräsentationsfaktor
REP-Faktor. Dient der individuellen Anpassung der Gewichtung einer à Aktie in einem à Index, um den Index insgesamt stabil und aussagekräftig zu erhalten. Der Repräsentationsfaktor begrenzt die Maximalgewichtung einer Aktie in den Indizes der à Wiener Börse auf 20 %.

Repurchase Arrangement
à Repogeschäft

Research
Analyse eines à Wertpapiers oder eines Unternehmens.

Reserven
à Rücklagen, die ein Unternehmen verpflichtend bilden muss oder freiwillig bildet, um für zukünftige Verluste vorzusorgen und die à Eigenkapitalbasis zu erhöhen.

Restlaufzeit
Verbleibende Laufzeit von Forderungspapieren von einem Transaktionszeitpunkt oder einem anderen Termin an bis zu ihrer Endfälligkeit.

Restriktionen
Gesetzlich festgelegte Einschränkungen, die die freie Vertragsgestaltung oder bestimmte Geschäftsfeldaktivitäten

limitieren.

Return
Ertrag, Gewinnergebnis.

Return on Assets (ROA)
Gesamtkapitalrendite, Return on Capital (ROC). Rentabilitätszahl, die den à Jahresüberschuss (vor Steuern), in Bezug auf die durchschnittlichen à risikogewichteten Aktiva setzt.

Return on Capital (ROC)
à Return on Assets

Return on Equity (ROE)
à Eigenkapitalrentabilität

Return on Investment (ROI)
Verhältnis von Gewinn zu eingesetztem Kapital.

Return on Risk-adjusted Capital (RORAC)
Ertrag in Relation zu eingesetztem ökonomischen Eigenkapital.

Return on Risk-weighted Assets (RORWA)
à Jahresüberschuss in Relation zu den à risikogewichteten Aktiva.

Reuters
Internationale Online-Agentur mit der weltweit größten Datenbank für sämtliche Wirtschaftsinformationen, die über die Reuters-Bildschirme jederzeit aktualisiert abrufbar sind. Siehe auch à Ticker.

Reverse Floater
Sonderform von variabel verzinslichen à Anleihen. Entwicklung der Verzinsung in entgegengesetzter Richtung zum à Referenzzinssatz (wie à Euribor oder à Libor).

Reverse Repo
Kauf von à Wertpapieren mit der gleichzeitigen Vereinbarung, Wertpapiere gleicher Art und Menge in der Zukunft wieder zu verkaufen. Ein Reverse Repo entspricht de facto einer wertpapierbesicherten Kreditvergabe. Gegenteil: à Repogeschäft.

Reverse to Maturity Repo
à Repo, das die gleiche Endfälligkeit wie das à Wertpapier (Collateral) hat.

Rezession
Rückläufige Phase im Konjunkturablauf, die durch eine reale Verminderung des Sozialprodukts gekennzeichnet ist.

RHO
Sensitivitätsfaktor, der die Veränderung des à Optionspreises beschreibt, wenn sich der zugrunde liegende Zinssatz um einen Prozentpunkt verändert.

Risikoaktiva
Begriff aus dem Bankwesen. Summe der nach Partnerrisiko gewichteten à Aktiva des à Bankbuchs.

Risikofreier Zinssatz
Zinsertrag durch Veranlagung in so genannte risikolose Anlageformen, z. B. à Bundesanleihen.

Risikogewichtete Aktiva
Anhand der à Risikogewichte gewogene Summe der in der Bankbilanz zu unterlegenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte. Ergeben sich aus der Multiplikation des Exposure at Default (erwarteter Verlust bei Ausfall/Blankoanteil) mit dem aus dem à Rating-System abgeleiteten Risikogewicht (z. B. Standardansatz je nach Unternehmensrating 20 %, 50 %, 100 % oder 150 %).

Risikogewichtung
Verfahren, bei dem jedem bilanziellen und außerbilanziellen Bankgeschäft eine prozentuale Gewichtung zugeordnet wird, die das geschätzte Kreditrisiko wiedergibt.

Risikokapital
à Venture Capital

Risikokapitalquote
Anteil des à Eigenkapitals oder Eigenkapital-ähnlicher Instrumente am Gesamtkapital. Kennzahl zur Beurteilung der finanziellen Stabilität eines Unternehmens.

Risikomanagement
Systematische Identifikation, Messung und Steuerung von Risiken.

Risikoprämie
Zinsaufschlag, den Anleger für Investments in risikobehaftete Kapitalanlagen fordern. Je größer das Verlust- bzw. Ausfallrisiko, desto höher der Aufschlag.

Risikostreuung
Ein Grundprinzip der modernen à Portfoliotheorie und somit auch der inländischen à Investmentfonds. Durch die bewusste Streuung der Veranlagungen auf unterschiedliche Instrumente, Märkte, Währungen, Laufzeiten u.v.m. wird das Risiko im wahrsten Sinne des Wortes gestreut.

Risk Sharing
Verteilung der Risiken eines Geschäftes auf mehrere Vertragspartner, besonders bei à Projektfinanzierungen.

Road Show
Unternehmenspräsentation für Analysten und/oder Publikum im Rahmen einer Börsenemission bzw. zur laufenden Information nach dem Börsengang, bei der Investoren zum Aktienerwerb angeregt werden sollen.

ROC
à Return on Assets

ROE
Return on Equity à Eigenkapitalrentabilität

ROI
à Return on Investment

ROTX
Romanian Traded Index. Von der à Wiener Börse entwickelter und à Real Time berechneter à Preisindex, der aus rumänischen à Blue Chip-Aktien besteht. Der Startwert des ROTX wird in à Euro, US-Dollar und lokaler Währung berechnet.

Roll Over (R/O)
Regelmäßige Zinsneufestsetzung bei Transaktionen mit à variablem Zinssatz.

Roll Over-Kredit
R/O-Kredit. Mittel- bis langfristiger Kredit mit à variablem Zinssatz, wobei der Zinssatz in der Regel alle drei, sechs oder zwölf Monate neu festgelegt wird. Die Basis der periodischen Zinsanpassungen bilden z. B. à Euribor, à Libor.

RTS
Russian Trading System. Das derzeit bedeutendste Quotierungs- und Handelssystem für à Aktien in Russland. Die à Quotes aus dem RTS sind auch Basis für die Berechnung des à RTX.

RTX
Russian Traded Index. Von der à Wiener Börse entwickelter und à Real Time berechneter à Preisindex, der aus russischen à Blue Chip-Aktien besteht, die am à Russian Trading System (RTS) in Moskau gehandelt werden. Er ist à Basiswert für an den von der Wiener Börse betriebenen Märkten gehandelte und in US-Dollar abgerechnete à Futures und à Optionen.

Rücklagen
In der Bilanz offen ausgewiesene Reserven, die neben dem à Grundkapital zum à Eigenkapital zählen. Es handelt sich dabei um Kapitalreserven eines Unternehmens, die zum Ausgleich eventuell in späteren Jahren anfallender Verluste dienen. Man unterscheidet zwischen gesetzlichen Rücklagen und freien Rücklagen. Ferner sind offene, d. h. in der Bilanz ausgewiesene Rücklagen, von den stillen Rücklagen, den so genannten stillen Reserven, zu unterscheiden. Die stillen Reserven sind in der Überbewertung der à Passiva (z. B. der à Rückstellungen) oder in der Unterbewertung der à Aktiva versteckt.

Rückstellungen

Verpflichtungen eines Unternehmens, die dem Grunde nach bestehen, aber in ihrer Höhe und im Zeitpunkt der Fälligkeit noch nicht bekannt sind. Bei Banken sind vor allem die Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft und im Devisengeschäft von Bedeutung. Rückstellungen werden in der Regel im Unterschied zu den à Reserven oder à Rücklagen nicht aus dem Reingewinn gebildet, sondern aus dem Betriebsergebnis.

Rücktrittsklausel
Klausel, nach der à Investmentbanken bei einer à Neuemission von à Wertpapieren von ihrer Verpflichtung zur à Platzierung zurücktreten können, falls bis zum Schluss der Zeichnungsfrist Ereignisse eintreten, die die Emission wesentlich erschweren oder gefährden.

Rückzahlungszeitraum
à Darlehenslaufzeit

Run
Ansturm der Anleger auf die Schalter eines Kreditinstitutes zur Rückforderung ihrer Einlagen bei wirklichen oder vermeintlichen Zahlungsschwierigkeiten der à Bank.

S

S & P 500
Index von à Standard & Poor's. Hier werden die 500 (nach Marktkapitalisierung) größten US-Aktien gelistet.

Sammelurkunde
Urkunde, die eine größere Zahl von à Wertpapieren repräsentiert. Sammelurkunden vereinfachen die Verwaltung und Verwahrung.

Sarbanes Oxley Act (SOA)
US-amerikanisches Regelwerk, das in vielfältiger Weise die à Corporate Governance verbessern soll. Ziel des Gesetzes ist die Stärkung des Anlegervertrauens in die Richtigkeit der veröffentlichten Finanzdaten von Unternehmen, die den amerikanischen Rechtsvorschriften unterliegen.

Scheck
Check, Cheque. Ein à Wertpapier, das eine unbedingte Zahlungsanweisung eines Kunden eines Kreditinstituts (à Bank) an den Bankier (Bezogener) enthält, an einen Dritten (Begünstigter, Remittent) zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort auf Sicht (d. h. gegen Vorlage des Papiers beim Angewiesenen) eine bestimmte Geldsumme zu zahlen. Beim Verrechnungsscheck erfolgt die Zahlung nicht in bar sondern im Wege der Gutschrift beim Begünstigten.

Schlusskurs
Closing. Letzter Kurs für ein à Wertpapier am Ende der Börsehandelszeit. Gegenteil: à Anfangskurs (Opening).

Schuldbeitritt
Liegt dann vor, wenn sich nach Abschluss des Kreditvertrags nachträglich eine natürliche oder juristische Person gegenüber dem Kreditinstitut (à Bank) verpflichtet, für die Zahlungsverpflichtungen des Kreditnehmers zusammen mit diesem einzustehen, indem er als zusätzlicher Kreditnehmer in das Kreditvertragsverhältnis aufgenommen wird.

Schuldnerwechsel
Wechsel des Schuldners bei einem à Darlehensvertrag, der nur mit dem Einverständnis aller Vertragsparteien möglich wird. Übernommen werden können grundsätzlich alle Schulden, höchstpersönliche ausgenommen. Die übernommene Schuld muss aber klar umrissen, individualisiert sein. Auch bedingte oder betagte (= befristete) Schulden können übernommen werden.

Schuldschein
Der Schuldschein dokumentiert ein à Darlehen. Er ist kein à Wertpapier, sondern nur ein Beweismittel für die beteiligten Parteien.

Schuldscheindarlehen
Ein Schuldscheindarlehen ist eine mittel- bis langfristige à Darlehensvergabe. Es enthält die vereinbarten Darlehensbedingungen, einschließlich geplanter Tilgung und festgelegter Verzinsung.

Schuldverschreibung

à Anleihe

Schwarzer Freitag
Tag des größten Börsenkrachs an der à Wall Street im Jahre 1929, an dem die Kurse im stärksten prozentuellen Ausmaß bisher gefallen sind. Mit diesem Zusammenbruch der Aktien an der à New Yorker Börse wurde die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre ausgelöst. Der Begriff „Schwarzer Freitag" wird seitdem als Synonym für Tage mit extrem starken Kursrückgängen verwendet.

Schwellenland
Ein Staat, der traditionell noch zu den Entwicklungsländern gezählt wird, aber nicht mehr deren typische Merkmale aufweist.

Secondary Offering
Wenn weitere à Aktien eines bereits börsenotierten Unternehmens angeboten werden und über die Börse verkauft werden sollen.

Securities
à Wertpapiere

Securitization
Securitisierung, Verbriefung. An den Finanzmärkten erkennbare Tendenz, à Fremdkapital vermehrt durch Ausgabe von Wertschriften (Securities) anstatt durch à Kredite von à Banken und anderen Finanzinstituten zu beschaffen.

Segmentierung
Definition und Analyse bestimmter Zielgruppen in einem gesamten Markt, die gleiche Charakteristika oder gleiche Bedürfnisse aufweisen und die dadurch mit einer einheitlichen Strategie bearbeitet werden können.

Segmentberichterstattung
Begriff aus der à International Financial Reporting Standards (IFRS)-Bilanzierung. Offenlegung von Vermögens- und Ertragsinformationen eines Unternehmens, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Geschäftsfeldern) und geografischen Merkmalen (Regionen)

Sekundärmarkt
Markt für bereits im Umlauf befindliche à Wertpapiere. à Wertpapierbörsen sind die wichtigsten Sekundärmärkte. Gegenteil: à Primärmarkt.

Sekundärmarktrendite (SMR)
Stellt die durchschnittliche Rendite der am Markt im Umlauf befindlichen à Wertpapiere dar. Sie wird monatlich von der à Oesterreichischen Nationalbank bzw. à Oesterreichischen Kontrollbank veröffentlicht und ist nach Emittentengruppen gegliedert.

Senior Debt
Senior Loan, Senior Subordinated Notes. Sind quasi vorrangige à nachrangige Darlehen, die zwar im Vergleich zu anderen Darlehen nachrangig, jedoch vorranging zu einigen verbleibenden Darlehen besichert sind.

Seniority
Seniorität. Bezeichnet eine Rangfolge und bedeutet Vorzug vor à Eigenkapitalmitteln oder à Mezzanine-Kapital im Falle der à Liquidation von Unternehmen.

Sensitivitätsfaktoren
Geben in absoluten Zahlen an, um wie viel sich der à Optionspreis oder ein Bestandteil des Optionspreises verändert, wenn sich die Einflussfaktoren auf den Optionspreis um eine Einheit verändern. Insgesamt gibt es fünf Sensitivitätsfaktoren, die mit griechischen Buchstaben gekennzeichnet sind: Delta, Gamma, Theta, Vega und Rho.

Settlement
à Zahlungsausgleich

SETX
South-East Europe Traded Index. Der SETX ist ein kapitalisierungsgewichteter à Preisindex. Er besteht aus à Blue Chips, die an den Börsen der Region Südosteuropa gehandelt werden. Der SETX wird à Real Time in à Euro und USD berechnet.

Shareholder Value
Konzept der à Unternehmensbewertung bzw. Unternehmensführung, das sich ausschließlich an der (mitunter kurzfristigen) und vor allem stark finanzorientierten Sicht der à Aktionäre orientiert.

Short Position
Verkaufsposition in börsenmässig gehandelten Werten, die noch nicht durch den Kauf einer entgegengesetzten Position glattgestellt worden ist. Ein Anleger hält eine Short Position, wenn er sich im Anschluss an einen Leerverkauf zur Einhaltung seiner Verpflichtungen erst noch eindecken muss. Im Falle eines à Optionskontrakts ist der Schreiber verpflichtet, die à Basiswerte bei Zuteilung zu liefern (à Call) bzw. abzunehmen (à Put). Gegenteil: à Long Position.

Sicherheitsmarge
Von der Bank verlangte à Marge (Differenz) zwischen dem Marktwert einer Hinterlage und dem gewährten à Kredit zur Absicherung gegen eine allfällige Wertverminderung.

Sicherungszession
Die Übertragung einer Forderung von einem Gläubiger auf einen anderen. Als Kreditbesicherung dient die übertragene Forderung der Besicherung einer (Kredit-)Forderung. Diese Sonderform unterliegt besonderen Publizitätserfordernissen (Buchvermerk, Drittschuldverständigung).

Sichteinlagen
Täglich fällige Gelder. Einlagen bei der à Bank, die täglich abgehoben werden können. Sichteinlagen dienen in erster Linie dem bargeldlosen Zahlungsverkehr und werden in der Regel niedrig verzinst. Für Barabhebungen hat die Bank eine Liquiditätsreserve zu halten (Giralgeld). Sichteinlagen bei à Notenbanken sind unverzinslich. Gegenteil: à Temineinlagen.

Signing
Unterzeichnung der Verträge.

Single Stock Future
Ein à Future, dessen à Basiswert eine à Aktie ist.

Small Cap
à Aktie eines Unternehmens mit relativ niedriger Börsenkapitalisierung und geringer Bekanntheit im Publikum, die ein dünnes Handelsvolumen aufweist; „cap“ steht für capitalization.

Solawechsel
Eigenwechsel, Promissory Note. à Wechsel, der vom Schuldner selbst ausgestellt ist und ein dem Wechselrecht unterstelltes Zahlungsversprechen gegenüber dem Wechselnehmer beinhaltet.

Sollzinsen
à Aktivzinsen

Solvabilität
Eigenmittelausstattung. Kreditinstitute (à Bank) bzw. Kreditinstitutsgruppen müssen gemäß à Bankwesengesetz jederzeit über ein ausreichendes Niveau an à Eigenmittel (mind. 8 % der à risikogewichteten Aktiva) verfügen.

Solvabilitätsrisiko
Gefahr des Absinkens der à Eigenkapitalquote unter eine bestimmte Grenze, die im Extremfall zu einer Überschuldung des Unternehmens führen kann.

Solvenz
Zahlungsfähigkeit. Die Fähigkeit eines Schuldners, seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern termingerecht nachzukommen.

Sonderziehungsrecht (SZR)
Special Drawing Right. Stellt eine Währungsreserve der Mitgliedsländer des à Internationalen Währungsfonds (IWF) dar, die unter anderem bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten in Anspruch genommen werden kann.

Sonia
Sterling Overnight Index Average. Referenzsatz für à Overnight-Geld in GBP.

Special Purpose Vehicle (SPV)
Eine Zweckgesellschaft, die z. B. im Rahmen einer à Asset-Backed-Transaktion speziell zur Verbriefung von Forderungen gegründet wird. Diese wirkt als Finanzintermediär, indem sie das relevante Forderungsportfolio vom Originator (Forderungsverkäufer) ankauft und sich dabei durch die Ausgabe von speziellen Wertpapieren, à Asset-Backed-Securities, finanziert.

Sperrminorität
Bezeichnung für die Minderheitsbeteiligung an einem Unternehmen, durch die jedoch wichtige Unternehmensbeschlüsse, z. B. die Änderung von Satzungsbestimmungen des Unternehmens, verhindert werden können. Die Sperrminorität liegt für à Aktiengesellschaften bei 25 %.

Spezialfonds
Von gewissen gesetzlichen Vorschriften entbundene à Investmentfonds, deren Anlegerkreis nachweislich ausschließlich gleichwertige, professionelle Marktteilnehmer (z. B. Versicherungen, Pensionskassen) umfasst.

Spitzenrefinanzierungsfazilität
Lombardsatz. Geldpolitisches Instrument des à Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB), das die Geschäftspartner in Anspruch nehmen, um sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen zentralbankfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt.

Splitting-Verhältnis
à Aktiensplitting

Spot-Geschäft
Kassageschäft. Geschäft, das sofort zu erfüllen ist, wobei sofort je nach Markt unterschiedlich definiert sein kann. Im à Devisenmarkt ist die Spot-Valuta zwei Banktage nach dem Geschäftsabschluss.

Spread
(1) Differenz zwischen à Geld- und Briefkurs bei à Währungen
(2) Differenz zwischen An- und Verkaufskurs bei à Wertpapieren.
(3) à Marge

Spread Margin
à Margin-Art, die von der à Eurex bei à Time-Spreads verrechnet wird. Sie ist niedriger als die Margin bei Night-Spread-Positionen, da durch die gleichzeitige à Long und à Short Position das Risiko geringer ist.

Squeeze out
Verfahren, welches es dem à Mehrheitsaktionär erlaubt, Kleinaktionäre per Barabfindung aus dem Unternehmen herauszudrängen.

ST
à Stammaktie

Staatsanleihe
à Anleihe der öffentlichen Hand.

Staatskommissär
Organ des Bundesministeriums für Finanzen in Ausübung seiner Aufsicht über à Banken, deren Bilanzsumme einen bestimmten Grenzwert übersteigt.

Stakeholder
Anspruchs- oder Interessensgruppen, die Einfluss auf die Zielerreichung eines Unternehmens nehmen (können) oder von dessen Aktivitäten betroffen sind, z. B. Mitarbeiter, Kapitalgeber, Kunden, Lieferanten, Nachbarn, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Behörden, Politik u. a.

Stammaktie (ST)
à Aktie, die alle Rechte gewährt, die einem à Aktionär zustehen: à Dividendenrecht, à Stimmrecht, à Bezugsrecht bei Neuemissionen, Recht auf den aliquoten Anteil am Liquidationserlös etc. Gegenteil: à Vorzugsaktie.

Stammeinlage
Anteil eines Gesellschafters am à Stammkapital einer à Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH).

Stammkapital
Einlagekapital der Gesellschafter bei einer à Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH).

Standard & Poor´s
S & P. 1856 in den USA gegründet, Firmensitz: New York City. Zählt neben à Moody´s und à Fitch zu den führenden, weltweit agierenden à Ratingagenturen und bietet Rating- und Risikoanalysen sowie Finanzinformationen von Unternehmen.

Standard Market
à Equity Market

Standard Market Auction
In diesem Segment werden die weniger liquiden à Aktien und à Partizipationsscheine einbezogen. Siehe auch à Equity Market.

Standard Market Continuous
Hier sind à Aktien gelistet, die zum à Amtlichen Handel oder à Geregelten Freiverkehr zugelassen sind, jedoch nicht den erhöhten Anforderungen des Prime Market (siehe auch à Equity Market) entsprechen.

Statistik Austria
Ehemals Österreichisches Statistisches Zentralamt. Der Statistik Austria obliegt die Erbringung von Dienstleistungen wissenschaftlichen Charakters auf dem Gebiet der österreichischen Bundesstatistik. Sie erstellt Statistiken aller Art, einschließlich der damit zusammenhängenden Analysen, Prognosen und statistischen Modelle, über die wirtschaftlichen, demographischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Gegebenheiten in Österreich.

Step Payment Option
à Optionsabsicherung mit Zahlung der Prämie in Teilbeträgen nach Erreichen spezieller im Vorhinein festgelegter Levels.

Step Up Bond
à Anleihe mit einem à Kupon, der während der Laufzeit in festgelegten Schritten ansteigt.

Step Up Swap
à Kupon Swap, bei dem der feste Zinssatz während der Laufzeit in einem festgesetzten Ausmaß ansteigt. Oft wird als Step Up Swap auch ein Swap mit ansteigendem Nominalbetrag bezeichnet.

Sterling Overnight Index Average
à Sonia

Stille Beteiligung
Stille Einlage. Ein Teil des haftenden à Eigenkapitals, wenn bestimmte Anforderungen erfüllt sind. Der stille Gesellschafter tritt grundsätzlich nach außen nicht in Erscheinung, d. h. zur Geschäftsführung und organschaftlichen Vertretung des Handelsgewerbes ist der stille Gesellschafter nicht befugt. Ihm steht lediglich ein Kontrollrecht über den Jahresabschluss zu. Allerdings hat er einen zwingenden Anspruch auf eine Beteiligung am Gewinn, wobei die Höhe i.d.R. durch den Gesellschaftsvertrag fixiert ist; die Verlustbeteiligung hingegen kann vertraglich ausgeschlossen werden. Je nachdem, ob für den stillen Gesellschafter eine Beteiligung am Liquidationserlös besteht oder nicht, unterscheidet man zwischen einer atypischen und typischen Stillen Gesellschaft.

Stillhalter
Vertragspartei bei à Optionen, die im Fall der Ausübung der Option zum Verkauf des à Basiswertes (à Call) bzw. zum Kauf des Basiswertes (à Put) verpflichtet ist.

Stimmrecht
Recht des à Aktionärs, in der à Hauptversammlung für oder gegen gestellte Anträge zu stimmen. Eine à Aktie verbrieft üblicherweise ein Stimmrecht, es gibt aber auch stimmrechtslose à Vorzugsaktien.

Stock Option
à Aktienoption

Stock Picking
Bedeutet das Auswählen einzelner Titel auf à Aktienmärkten.

Stock Split
à Aktiensplitting

Stop Limit Order
Eine Order, die, sobald das vorgegebene Preislimit (Stop Limit) erreicht ist, automatisch als limitierter Auftrag in das à Auftragsbuch gestellt wird.

Stop Loss Order
Börsenauftrag des Kunden an einen à Broker, im Interesse der Begrenzung eines allfälligen Verlustes à Wertpapiere bestens zu veräußern, falls der à Börsenkurs unter ein bestimmtes, vorab definiertes Limit sinkt.

Stop Loss Limit
Begrenzt den maximalen Verlust, den eine Bank auf eine Position zu akzeptieren bereit ist. Ist das Stop Loss Limit erreicht, so muss der Händler die Position umgehend schließen und somit den Verlust realisieren.

Stop Market Order
Bestensorder, unlimitierter Auftrag, Market Order. Auftrag zum Kauf bzw. Verkauf eines à Wertpapiers ohne Angabe einer Preislimite. Das bedeutet, dass der gesamte Auftrag so schnell wie möglich zum bestmöglichen Preis ausgeführt werden muss.

Stop Orders
Instrumente zur Risikobegrenzung.Mit à Xetra ist die Eingabe von zwei Typen von Stop Orders möglich, deren Ausführung nach Erreichen eines bestimmten Preislimits einsetzt: à Stop Limit Orders und à Stop Market Orders.

Storno
Annullierung einer Transaktion, Aufhebung eines Vertrages, Rückgängigmachung einer Buchung.

Straight Bond
Festzinsanleihe, Straight, Straight-Anleihe. à Anleihe, die außer einer fixen Verzinsung und Tilgung des Kapitals keine weiteren Rechte verbrieft; einfachste und klassische Form der Anleihe.

Streubesitz
Anteil der à Aktien, der sich an der à Börse im Umlauf befindet und auf eine Vielzahl von Anlegern aufgeteilt ist.

Streubesitzfaktor
Free Float Factor. Dient der individuellen Anpassung der Gewichtung eine à Aktie in einem à Index, entsprechend ihrem à Streubesitz.

Strike Price
à Ausübungspreis

Strong buy
Starke Kaufempfehlung eines Analysten, der für eine à Aktie eine markant bessere Kursentwicklung als für den à Index erwartet.

Strong sell
Starke Verkaufsempfehlung eines Analysten, der für eine à Aktie eine markant schlechtere Kursentwicklung als für den à Index erwartet.

Strukturierung von Finanzierungen
Aufeinander abgestimmter Einsatz von Kreditfinanzierungen (mit Einbindung von Förderprogrammen und Instrumenten des Zins- und Währungsmanagements), Eigenkapital- und Mezzanine-Finanzierungen bzw. titrierten Finanzierungsinstrumenten. Optimierung der Finanzierungskonditionen auch unter steuerlichen und gesellschaftsrechtlichen Aspekten.

Strukturierte Produkte
Alternative Finanzierungsmodelle, mit denen durch die Verwendung verschiedener à Indikatoren (USD-Libor, CHF-Libor) die Einbeziehung von à Barrieren oder den Einsatz von à Fremdwährungen Zinsätze erreicht werden können, die deutlich unter den marktüblichen Finanzierungskonditionen liegen.

Stückaktie
Quotenaktie, nennwertlose Aktie. Eine Aktie ohne à Nennwert, sie bezieht sich auf einen bestimmten Anteil des Unternehmens, ohne einen festen Geldbetrag zu nennen. Die Anzahl der Aktien ist in der Satzung der à Aktiengesellschaft (AG) festgelegt. Gegenteil: à Nennwertaktie.

Stückelung
Unterteilung des gesamten à Emissionsvolumens einer à Anleihe in kleine Nominalbeträge, um auch kleiner Investoren zur Zeichnung einladen zu können.

Stückzinsen
Anteiliger à Kupon seit der letzten Kuponzahlung, der dem Verkäufer einer à Anleihe zusteht.

Subordinated Debt
à Nachrangige Fremdmittel oder à Mezzanine-Kapital. Die Nachrangigkeit bezieht sich auf die Rangfolge der Bedienung von Fremdkapitalgebern, insbesondere im Insolvenzfall.

Subsidiaritätsprinzip
Gesellschaftspolitisches Prinzip, nach dem übergeordnete gesellschaftliche Einheiten (beispielsweise der Staat, die à Europäische Zentralbank, die à Europäische Union) nur solche Aufgaben übernehmen sollen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten (beispielsweise Bundesland oder Gemeinde) nicht in der Lage sind.

Substainability
à Nachhaltigkeit

Superädifikat
Gebäude, das auf fremdem Grund steht, d. h. Grund- und Gebäudeeigentümer sind nicht ident.

Supervisory Review Process
à Bankaufsichtlicher Überprüfungsprozess

Swap
Kombinierte Kauf- und Verkaufstransaktion (swap = austauschen). Vertrag, in dem Vertragspartner vereinbaren, Zahlungen, die sich auf gleiche Verbindlichkeiten beziehen, während eines bestimmten Zeitraums zu im Voraus festgelegten Bedingungen zu leisten. Bei à Interest Rate Swaps (Zinsswaps) werden unterschiedliche Zinszahlungen ausgetauscht, z. B. Zahlungen eines festen gegen Zahlungen eines variablen Zinssatzes. Bei à Währungsswaps werden bestimmte Beträge von zwei verschiedenen Währungen einschließlich der Zins- und Tilgungszahlungen getauscht.

Swaption
Option auf einen à Swap. Der à Basiswert (Underlying) einer Swaption ist ein à Plain Vanilla Swap. Der Inhaber der à Option erhält entweder das Recht, den fixen Zinssatz zu zahlen (pay) oder zu empfangen (receive).

Swapzinssatz
Der von à Referenzbanken für die jeweilige Laufzeit veröffentlichte Zinssatz für à Swaps. Dient als à Referenzzinssatz für Fixzins-Kredite.

Swift
Abk. für die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication, die ihren Sitz in Brüssel hat. Sie betreibt ein computergesteuertes Kommunikationssystem zur Rationalisierung des internationalen Zahlungsverkehrs und anderer Finanztransaktionen.

Switch-Geschäft
(1) Verkauf von à Wertpapieren, deren Aussichten schlecht beurteilt werden, und Wiederveranlagung des Erlöses in vorteilhafter beurteilte Titel.
(2) Form eines Gegengeschäfts im Außenhandel mit devisenschwachen Ländern, das über ein drittes Land abgewickelt wird.

Syndikat
Konsortium. Zur Realisierung von Finanzierungsvorhaben mit großem Volumen und auch zur Risikoverteilung schließen sich mehrere Investoren bzw. Kreditgeber oder, im Besonderen bei Wertpapierfinanzierungen, mehrere Platzeure zu einem Syndikat zusammen. Der Syndikatsführer wird als à Lead Manager bezeichnet, die übrigen Syndikatsteilnehmer als Co-Lead Manager bzw. Co-Manager. Das Syndikat kann die Übernahme der Finanzierung garantieren (Garantiesyndikat) oder auch nur die Platzierung zu definierten Bedingungen übernehmen (Platzierungssyndikat).

Syndizierung
Auf Grund der Größe vieler Projekte entscheiden Banken häufig, die aus einer Finanzierung entstehenden Risken im Wege der Syndizierung mit anderen Banken oder Investoren zu teilen. Die Syndizierung eines Projektkredites kann „offen“ durch Konsortialbeteiligungen oder auch „still“ im Wege von Unterbeteiligungen erfolgen.

T

Tageskurs
Tageswert. Aktueller à Börsenkurs des à Basiswertes einer à Option, eines à Wertpapieres oder eines sonstigen Finanzwertes zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Target
T-System, Target2. Abk. für Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System. EU-weites Zahlungsverkehrssystem seit 1999, welches die Umsetzung der Geldpolitik der à Europäischen Zentralbank und den grenzüberschreitenden EUR-Zahlungsverkehr erleichtert. Ans T-System können auch kompatible Systeme von Nicht-EWU-Ländern angeschlossen werden. Das Nachfolgesystem Target2 ist seit Nov. 2007 im Einsatz.

Taxe
à Kurszusatz

Tender
(1) Die Auktion von à Zentralbankgeld, das den Banken im Rahmen eines à Pensionsgeschäftes oder à Pfandkreditgeschäftes angeboten wird.
(2) Verkaufstechnik im à Emissionsgeschäft, bei welcher der Preis bzw. die Rendite nicht vom Emittenten oder Verkäufer, sondern durch die Angebote der Anleger bzw. Käufer bestimmt wird.

Tenderverfahren
Verfahren zur Unterbringung von neu auszugebenden à Wertpapieren. Diese werden vom Emittenten oder von den à konsortialführenden Banken auf schriftliche Gebote hin, die Menge und Preis umfassen müssen, verkauft. Oft erfolgt die Festlegung eines Mindestpreises, -kurses oder -zinses. Zugeteilt wird an die Bieter in der Weise, dass – ausgehend von dem Gesamt- oder Höchstbetrag – bis zu denjenigen Geboten gegangen wird, die notwendig sind, um den Gesamtbetrag abzusetzen.

Termineinlagen
Einlagen bei einer Bank, die nur zu bestimmten Terminen kündbar sind. à Festgelder werden für eine bestimmte Zeit festgelegt und können vor deren Ablauf nicht gekündigt werden. Kündigungsgelder sind jederzeit unter Einhaltung einer bestimmten Kündigungsfrist rückzahlbar. Gegenteil: à Sichteinlagen.

Termingeschäft
Geschäft an der à Börse, bei dem die Erfüllung des Vertrages, d. h. die Abnahme und Lieferung der Ware oder des à Wertpapiers, erst zu einem späteren Termin aber zu einem am Abschlusstag festgelegten à Kurs erfolgt. In der Regel handelt es sich dabei um à Hedgingtransaktionen (Absicherungsgeschäfte), z. B. à Futures, à Forwards.

Terminkurs
Bezeichnung für den Preis von am à Terminmarkt gehandelten Kontrakten.

Terminmarkt
Beim Terminmarkt wird die Erfüllung von Geschäften für einem späteren Zeitpunkt fixiert, wobei die Konditionen beim Geschäftsabschluss festgelegt werden, z. B. Umwechseln von einer à Fremdwährung in sechs Monaten zu einem heute festgelegten à Terminkurs oder Kauf von Wertpapieren mit Zahlung und Lieferung zu einem späteren Zeitpunkt. Gegenteil: à Kassamarkt.

Term Loan Facility
à Abstattungskredit

Term Sheet
Jener Teil eines Finanzierungsangebots (à Letter of Intent), der einen zusammenfassenden Überblick über die Finanzierungskonditionen, die Besicherung und die wesentlichen vertraglichen Bestimmungen enthält.

Thesaurierende Wertpapiere
Thesaurierender Fonds. à Investmentfonds, dessen Erträge mehrheitlich wiederangelegt werden. Die fortlaufende Wiederanlage beschleunigt die Wertsteigerung durch den so entstehenden à Zinseszinseffekt. Der Anleger erhält somit während des Jahres keine Ausschüttungen. Er ist jedoch an der Wertsteigerung der wieder veranlagten Erträge des Wertpapiers beteiligt. Gegenteil: à Ausschüttender Fonds.

Tick
Ticksize. Beschreibt das kleinste Preisintervall, in welchem die Kurse an der à Börse notieren.

Ticker
Nachrichtenübermittler via Monitor über börsenrelevante (Kurs)Informationen sowie über sonstige Finanzinformationen, z. B. à Reuters.

Tier 1
à Kernkapital

Tier 2

à Ergänzungskapital

Tier 3
Drittrangmittel für à Banken. Anrechenbares kurzfristiges à nachrangiges Kapital. Ausschließlich für die Erfüllung des Eigenmittelerfordernisses des Wertpapier-Handelsbuchs und der offenen Fremdwährungspositionen. Siehe auch à Kernkapital (Tier 1), à Ergänzungskapital (Tier 2).

Tilgung
Die Tilgung umfasst die Rückzahlung von à Krediten/Darlehen oder den Rückkauf einer à Anleihe durch den Schuldner.

Tilgungsdarlehen
à Annuitätendarlehen

Tilgungskurs
Bei à Emission festgelegter Rückzahlungskurs bei Fälligkeit.

Tilgungsträgerrisiko
Ein Tilgungsträger wird während der Kreditlaufzeit angespart und am Laufzeitende zur Kreditrückzahlung verwendet. Als Tilgungsträger werden u. a. eine Kapital-Lebensversicherung, eine Fondspolizze oder ein Investmentfonds eingesetzt. Das Risiko von Wertschwankungen wird als Tilgungsträgerrisiko bezeichnet. Es kann dazu führen, dass der Kreditnehmer am Laufzeitende des Kredits seine Schuld nur zum Teil aus dem angesparten Tilgungsträger begleichen kann.

Time Spread
Horizontaler Spread. Kombinierte Optionsstrategie, bei der à Optionen vom gleichen Optionstyp mit gleichen à Ausübungspreisen, aber mit unterschiedlichen Laufzeiten gleichzeitig gekauft und verkauft werden. Man unterscheidet Long Time Spread, der auf zukünftig steigende Kurse des à Basiswertes, und Short Time Spread, der auf sinkende Kurse des Basiswertes ausgelegt ist. Gegenteil: à Price Spread.

Timing
Ermittlung des günstigsten Zeitpunktes für bestimmte Verhaltensweisen, z. B. Kauf oder Verkauf von à Wertpapieren an der à Börse.

Tombstone
Öffentliche Bekanntmachung einer à Transaktion (z. B. Unternehmenskauf/-verkauf/-finanzierung), z. B. mittels Inserat.

Total Expense-Ratio (TER)
Gibt an, welche Kosten im à Fonds während des vergangenen Geschäftsjahres angefallen sind.

Track Record
Historische Entwicklung der Performance eines à Investmentfonds oder eines à Wertpapiers.

Trading
à Positionierung

Trader
Wertpapierhändler, der auf eigene Rechnung à Börsegeschäfte durchführt. Gegenteil: à Börsenmakler.

Tranche
Teilbetrag einer à Anleihe, der zeitlich gestaffelt ausgegeben wird oder leicht modifizierte Konditionen in Bezug auf Volumen, Region oder Fälligkeit aufweist.

Transaktion
Aktivitäten wie Kaufen oder Verkaufen, die an einer à Börse stattfinden.

Transformationsland
Ein Staat im Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System.

Trassat
(1) Wechselschuldner. Person oder Firma, auf deren Namen der Aussteller einen à Wechsel gezogen hat und welche die Wechselsumme zahlen soll. Der Trassat ist erst dann wechselmässig verpflichtet, wenn er den Wechsel à akzeptiert hat.
(2) Aussteller eines à gezogenen Wechsels.

(3) à Bezogener

Tratte
à Gezogener Wechsel, der vom à Trassaten (noch) nicht à akzeptiert wurde.

Treasury
Im Sinne der Gesamtbanksteuerung ist die Treasury-Abteilung sowohl mit dem Disponieren und Anlegen der vorhandenen oder zufließenden finanziellen Mittel befasst, als auch mit der Sicherung finanzieller Risiken betraut, die heute weit über die Absicherung von à Zinsänderungsrisiken oder à Wechselkursrisiken hinausgehen können.

Treibhausgasemissionen
Strahlungsbeeinflussende gasförmige Stoffe in der Luft, die zum Treibhauseffekt beitragen. Die Zunahme bestimmter Treibhausgase wird großteils auf menschliche Aktivitäten zurückgeführt. Die im à Kyoto-Protokoll reglementierten Gase sind: Kohlenstoffdioxid (CO_2, dient als Referenzwert), Methan (CH_4), Distickstoffmonoxid (Lachgas, N_2O), teilhalogenierte und perfluorierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFCs) und Schwefelhexafluorid (SF_6).

Treibhausgaszertifikate
à Emissionshandel

Trend
Richtung einer à Kursentwicklung.

Treuhänderdepot
à Wertpapierdepot, das nicht dem Errichter, sondern begünstigten dritten Personen gehört.

U

Überbrückungskredit
Bridge Loan. Kurzfristiger Kredit zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel eines Kreditnehmers.

Übernachtzinssätze
Die Geschäftsbanken können im Rahmen der à Einlagefazilität des à Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) Liquidität bei den nationalen Zentralbanken anlegen oder sich bei ihnen im Rahmen der Spitzenrefinanzierungsfazilität des ESZB kurzfristig (über Nacht) Liquidität beschaffen. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wird im Allgemeinen die Untergrenze des à Taggeldsatzes, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität die Obergrenze des Taggeldsatzes bilden.

Überpari Emission
Ausgabe von à Wertpapieren zu einem über dem à Nennwert liegenden Emissionskurs.

Überzeichung
Bei einer Überzeichnung ist das bei einer à Wertpapieremission nachgefragte (gezeichnete) Volumen größer als das Angebot. Die Zuteilung des Wertpapiers erfolgt entweder prozentual nach dem Verhältnis von Nachfrage zum Angebot oder in der Form, dass kleine Zeichnungsbeträge voll bedient und große entsprechend gekürzt werden.

Ultimate Risk
Jene Person/Einrichtung, die das Letztrisiko bei einem Kreditgeschäft trägt (z. B. der Garantieträger).

Ultimo
Letzter Tag bzw. Börsentag eines Monats im Geld- und Börsenwesen.

Umbrellafonds
Fondsstruktur einer à Investmentfondsgesellschaft, in der verschiedene Fonds mit unterschiedlichen Investitionsschwerpunkten zusammengefasst sind und zwischen denen die Investoren bei Bedarf relativ kostengünstig oder gar kostenlos wechseln können.

Umbrella Group
Diese Gruppe wurde im Zuge der Verhandlungen zum à Kyoto-Protokoll ins Leben gerufen und umfasst die Länder Australien, Island, Japan, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Russische Förderation, Ukraine und USA.

Umlaufvermögen

Sammelbegriff für einen Teil der Vermögensseite der à Bilanz. Das Umlaufvermögen ist nicht dazu bestimmt, dem Unternehmen länger zur Verfügung zu stehen, sondern soll sich nach Möglichkeit schnell umschlagen (umlaufen). Gegenteil: à Anlagevermögen.

Umschuldung
Neufestsetzung der Bedingungen bestehender Verbindlichkeiten eines überschuldeten Unternehmens oder Landes, z. B. durch niedrigere Zinssätze und längere Zahlungsfristen.

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
Eine Einrichtung des Bundes zur finanziellen Unterstützung von kommunalen Umweltschutzaufgaben. Wird seit 1993 von der à Kommunalkredit Public Consulting verwaltet.

Umweltanleihe
Als ethische Investments werden à Anleihen von zertifizierten Unternehmen, z. B. der à Kommunalkredit (siehe auch à EMAS) sowie Anleihen von börsennotierten Öko-Unternehmen, als auch manche à Bundesanleihen eingestuft, wenn die Staaten auf den Sozial- bzw. Öko-Ratingskalen sehr gut abschneiden, z. B. Österreich, skandinavische Länder. Ausgeschlossen werden meist Anleihen von Staaten, in denen – wie in den USA oder China – noch die Todesstrafe herrscht.

Umweltmanagement (UMS)
Ist Teil eines Managementsystems einer Organisation und legt die Zuständigkeiten, Verhaltensweisen, Abläufe und Vorgaben zur Umsetzung der betrieblichen Umweltpolitik festgelegt sind. Die bekanntesten Normen sind ISO 14001 und die à EMAS-Verordnung. Die Weiterentwicklung eines UMS ist ein à Nachhaltigkeitsmanagementsystem (NHMS).

Underlying
à Basiswert

Underperformer
Analyst erwartet für eine à Aktie eine deutlich schlechtere Kursentwicklung als für den à Branchen-Index.

Underwriting
Übernahmeverpflichtung. Die Verpflichtung eines Kreditgebers oder à Arrangers bei der Ausgabe neuer à Wertpapiere eine bestimmte Finanzierungsquote bereitzustellen, und zwar unabhängig davon, ob es ihm gelingt, einen Teil dieser Finanzierungsquote an andere Kreditgeber zu platzieren.

Underwriting and Selling Fee
In Zusammenhang mit à Syndizierungen: Einmalige Provision an jene Banken, die das Syndizierungsrisiko übernehmen. Im Zusammenhang mit Wertpapierfinanzierungen: Kosten, die bei Begebung eines à Wertpapiers anfallen (Garantie- und Begebungsprovisionen, Börsengebühren, Zahlstellenentgelt sowie Marketingaufwendungen).

Unfair Bond Calling
Ungerechtfertigte Inanspruchnahme einer à Bankgarantie durch den Begünstigten.

Unlimitierter Auftrag
à Stop Market Order

Unique Selling Proposition (USP)
Eigenschaft eines Produktes oder einer Dienstleistung, die es von anderen, vergleichbaren Produkten unterscheidet und dadurch zum Verkaufsargument wird.

Unterbewertung
Ein à Wertpapier gilt als unterbewertet, wenn es im Vergleich zu anderen à Aktien zu günstig erscheint oder wenn die à Börse stille Reserven bzw. Wachstumschancen nicht ausreichend in den Kursen berücksichtigt hat.

Unternehmensanleihe
à Corporate Bond

Unternehmensbewertung
Verfahren zur Feststellung des Wertes eines Unternehmens oder von einzelnen Anteilen daran. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der à Corporate Finance.

Unternehmensleitbild
Dokumentiert für Öffentlichkeit, Kunden, Mitbewerber und Mitarbeiter eines Unternehmens die Grundsätze der Unternehmensphilosophie, worunter die Unternehmenskultur, Werte und Verhaltensweisen nach innen und außen zu verstehen sind.

Upfront Fee
à Front Loading Fee

US-GAAP (Generally Accepted Accounting Principles)
Sind die meist verbreitete Rechnungslegungsmethode in den USA. US-GAAP und à International Financial Reporting Standards (IFRS) ähneln sich in Aufbau und Struktur.

V

Validierung
Bezeichnet das argumentative Gewicht einer Aussage, Untersuchung, Theorie oder Prämisse. Im Zusammenhang mit Klimaschutz, die Prüfung eines Projektes auf Erfüllung der notwendigen Kriterien durch die Independent Entity/Designated Operational Entity. Als Basis dient das à Project Design Document (PDD).

Valoren
Wertsachen. Im Bankverkehr alle à Wertpapiere, Banknoten, Schecks, Münzgeld, Edelmetalle in Barren, usw.

Valorisierung
Wertanpassung, z. B. in Durchführung einer à Wertsicherungsklausel.

Value at Risk (VaR)
Statistisches Risikomaß, das häufig zur Messung des Marktrisikos von à Portfolios verwendet wird. Der Verlust eines Portfolios, gemessen in absoluten Geldeinheiten, der mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nicht überschritten wird. Die Wahrscheinlichkeit wird dabei durch das Konfidenzintervall und der Zeitraum durch die Haltedauer angegeben.

Value Based Management
à Wertorientierte Unternehmensführung

Valuta
(1) Wertstellung. Tag, an dem ein Zahlungsauftrag wertmäßig abgerechnet wird. Die Valuta ist bestimmend für die Zinsenberechnung. Die Valuta ist nicht zwangsläufig mit dem Erstellungstag, dem Durchführungstag oder dem Buchungstag ident.
(2) Valuten. Synonym von à Fremdwährung. Ausländische Banknoten und Münzen im Inland.

Valutaklausel
Währungsklausel. Vertragsbestimmung, die das Verhältnis zwischen der eigenen und einer fremden à Währung festlegt, um das Risiko der Entwertung einer Währung bei einer bestimmten Forderung auszuschliessen.

Valutatag
Ist jener Tag, für den eine Zahlung zinswirksam ist. Bei einer Überweisung muss daher der Geldbetrag zum vereinbarten Valutatag auf dem Konto des Empfängers einlangen. Das ist bei à Euro-Überweisungen zwei Tage und bei ausländischer Währung drei Tage nach Abschluss eines Geschäfts (z. B. Kauf/Verkauf eines à Investmentfonds, Abschluss einer à Termineinlage).

Valutierung
Festsetzung der à Valuta (des Valutatages) bei Bankgeschäften.

Variabler Zinssatz
Zinssatz, dessen Höhe von einem à Referenzzinssatz (meist à Libor) abhängt.

Venture Capital
Risikokapital, Wagniskapital. à Kapital, das einem Unternehmen im Zuge der Beteiligung in einer jungen Entwicklungsphase zur Verfügung gestellt wird. Bei den Empfängern des Kapitals handelt es sich meist

um junge Unternehmen, die Projekte realisieren wollen, welche hohe Erträge versprechen, aber auch mit großen Risken behaftet sind. Im Gegensatz zur herkömmlichen Kreditvergabe trägt der Kapitalgeber beim Venture Capital auch unternehmerisches Risiko. Er erhält deshalb für sein Kapital keine Zinsen, sondern ist am Gewinn beteiligt. Siehe auch à Business Angel.

Venture Capital Fonds
Werden von à Venture Capital-Managementgesellschaften aufgelegt und verwaltet. Durch die Fonds können sich Investoren indirekt meistens gleich an mehreren aufstrebenden Unternehmen beteiligen.

VERA-Meldung
Abk. Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis. Die VERA-Meldung ist eine quartalsweise von den Kreditinstituten (à Bank) an die à Oesterreichische Nationalbank (OeNB) zu erstattende Meldung über Bilanz, Beteiligungsmeldung etc. und wird zum Zweck der à Bankenaufsicht- und analyse erhoben. Meldepflichtig sind alle Kreditinstitute im Sinne des à österreichischen Bankwesengesetzes (BWG) bzw. mit Einschränkungen.

Verbraucherpreisindex (VPI)
Konsumentenpreisindex. Index, der das Preisniveau der Konsumgüter eines Landes misst und der auf einem Güterkorb (repräsentativer à Warenkorb)basiert, dessen mengenmässige Zusammensetzung den Konsumgewohnheiten des typischen Konsumenten entsprechen soll. Die prozentuale Veränderung des Indexstandes in Zeitabläufen (Monat, Jahr) entspricht der à Inflationsrate.

Verbriefung
à Asset Securitisation

Verbundene Unternehmen
Konzernunternehmen. Unternehmen, die zwar juristisch selbstständig, jedoch wirtschaftlich miteinander verbunden sind, und die im Rahmen der à Vollkonsolidierung in den à Konzernabschluss eines Mutterunternehmens einzubeziehen sind.

Verfalldatum
Zeitpunkt, zu dem eine Schuld (z. B. à Obligation) fällig wird bzw. eine à Option ausläuft. Bei Nichterfüllung einer Verbindlichkeit bis zum Verfall kommt ein Schuldner in Verzug. Siehe auch à Fälligkeit.

Verfallsmonat
Expiration Month. Monat, in dem die à Option am letzten Handelstag verfällt, wenn sie nicht vorher ausgeübt wurde.

Verfallstag
Expiration Day. Tag, an dem die à Option spätestens verfällt, wenn sie nicht vorher ausgeübt wurde (erster Börsetag nach dem letzten Handelstag).

Verhaltenskodex
Compliance Code, Code of Conduct. Eine Sammlung von freiwilligen Verhaltensweisen, vor allem im à Bankgeschäft zur Vermeidung von Interessenskonflikten.

Verkehrswert
Marktwert. Preis, der unter normalen Umständen bei einem Verkauf, insbesondere von Liegenschaften, erzielt werden kann. Die Ermittlung des Verkehrswerts erfolgt durch einen Sachverständigen auf der Grundlage des Sachwerts und des Ertragswerts, korrigiert je nach den örtlichen Verhältnissen und der Lage am Grundstücksmarkt.

Verlosung
Auslosung, Ziehung. Form der à Tilgung von à Anleihen, bei der während der Laufzeit bestimmte geloste Serien oder Stücke vorzeitig zurückbezahlt werden.

Verrechnungsscheck
à Scheck

Vertikale Kapitalstrukturregel
Vertikale Finanzierungsregel. Trifft Aussagen über das Verhältnis zwischen à Fremd- und Eigenkapital sowie die Fristigkeit der Kapitalstruktur.

Verzinsung
à Zinsen

Verzugszinsen
à Zinsen, die ein Schuldner bei verspäteter Zahlung zu entrichten hat.

Vibor
Vienna Interbank Offered Rate. à Geldmarktzinssatz, zu dem Wiener Großbanken à Termineinlagen anbieten.

ViDX
Vienna Dynamic Index. Der ViDX repräsentiert die Kursentwicklung der an der à Wiener Börse notierten Wachstums- und/oder Technologieunternehmen.

Vinkulierte Aktie
à Namensaktie, deren Übertragung an andere Eigentümer durch die Statuten der à Aktiengesellschaft eingeschränkt oder untersagt ist.

Volatilität
Volatility. Maß für die durchschnittliche Schwankungsbreite eines Preises für eine bestimmte Periode. Je mehr der à Kurs nach oben und unten schwankt, umso höher sind Volatilität und Risiko. Die Berechnung der Volatilität entspricht der jährlichen Standardabweichung der Kursänderungen. Grundsätzlich werden drei Arten von Volatilität unterschieden:
(1) Historische Volatilität: Berechnung der Volatilität anhand der vergangenen Preisentwicklung.
(2) Implizite Volatilität: Berechnung der Volatilität anhand des aktuellen Marktpreises.
(3) Erwartete Volatilität: persönliche Einschätzung des Investors über die zukünftige Entwicklung der Volatilität.

Volatilitätsunterbrechung
Spezieller Schutzmechanismus im à Xetra-Handelssystem zur Erhöhung der Preiskontinuität. Ergibt sich im Fließhandel ein potenzieller Aktienkurs, der außerhalb eines vordefinierten Preisbandes liegt, so wird eine Volatilitätsunterbrechung in Form einer Auktion eingeleitet.

Volkswirtschaft
Gesamtheit aller mittelbar oder unmittelbar auf die Wirtschaft einwirkenden Kräfte bzw. sämtliche Beziehungen und Verflechtungen der Einzelwirtschaften innerhalb eines durch Grenzen deutlich von anderen Gebieten abgegrenzten Gebiets.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
Quantitative Darstellungsform des Volkseinkommens während einer bestimmten Periode (meist ein Jahr) unter drei Gesichtspunkten: Entstehung, Verteilung, Verwendung. Die EU-Staaten (à Europäische Union) gehen bei der Berechnung nach dem ESVG 1995 (Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) vor.

Vorstand
Vom à Aufsichtsrat einer à Aktiengesellschaft bestelltes geschäftsführendes Organ, das die Aktiengesellschaft leitet und vertritt. Der Vorstand hat die Gesellschaft unter eigener Verantwortung so zu leiten, wie das Wohl des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre und der Arbeitnehmer sowie des öffentlichen Interesses es erfordert. Der Begriff wird auch bei Genossenschaften und Vereinen für geschäftsführende Organe verwendet.

Vorzugsaktie (VZ)
à Aktie, die dem Inhaber eine bevorzugte Behandlung bei der à Dividendenzahlung einräumt, dafür aber keine à Stimmrechte gewährt. Gegenteil: à Stammaktie.

VPI
à Verbraucherpreisindex

W

Wachstumsfonds
Ein à Investmentfonds, dessen Hauptaugenmerk auf einer stetigen Steigerung des inneren Wertes der Investmentfondsanteile liegt. Es wird weniger auf den laufenden Ertrag als auf eine Preissteigerung der im Fonds angelegten à Wertpapiere Bedacht genommen

WAG
à Wertpapieraufsichtsgesetz

Währung
Geldeinheit und Geldsystem eines Staates.

Währungskorb
Eine gewichtete Zusammenfassung verschiedener à Währungen zu einer Einheit. Die Währungskomponenten werden grundsätzlich so gewählt, dass die Gewichte in etwa die wirtschaftliche Bedeutung der beteiligten Länder widerspiegeln.

Währungsparität
Meistens gesetzlich festgelegtes Verhältnis einer à Währungseinheit zu einer fremden Währungseinheit, vorwiegend zum US-Dollar (früher zum Goldpreis).

Währungsreform
Eine Währungsreform ist die Neuordnung des Geldwesens eines Landes nach vollständiger Zerrüttung und hoher à Inflation durch Wiederherstellung einer funktionsfähigen Geldwirtschaft mit stabilem Geldwert. Zu jeder Währungsreform gehört die Ablösung des alten und die Einführung des neuen Geldes, womit eine Veränderung des Geldwertes und somit eine Veränderung der Kaufkraft verbunden ist. In diesem Zusammenhang kann eine neue Währungseinheit eingeführt oder die bisherige Währungseinheit beibehalten werden.

Währungsrisiko
Darunter versteht man die Gefahr der Erhöhung von Verbindlichkeiten in à Fremdwährung bzw. die Verringerung von Forderungen in Fremdwährung durch eine Änderung der à Wechselkurse.

Währungsswap
Es findet ein Austausch von Zahlungsverpflichtungen zwischen Partnern statt. Beim Währungsswap werden Verbindlichkeiten in verschiedenen à Währungen einschließlich der Zinszahlungen getauscht. Es gibt den à Cross-Currency Swap und den à Devisenswap.

Waiver of Event of Default
Ausdrücklicher Verzicht des Kreditgebers auf die Geltendmachung eines Verzugstatbestandes (à Event of Default).

Wallstreet
Straße in New York, in der sich die New York Stock Exchange befindet. Im übertragenen Sinn Bezeichnung für die à New Yorker Börse in ihrer Gesamtheit oder den Finanzkapitalismus der USA.

Wandelanleihe
Convertible Bond, Wandelobligation. Festverzinsliche à Anleihen von à Aktiengesellschaften mit einem Wandelrecht, d. h. Umtauschrecht auf à Aktien derselben Aktiengesellschaft in einem bestimmten Verhältnis.

Wandelparität
Preis einer à Aktie, der sich aus dem Umtausch einer à Wandelschuldverschreibung aufgrund der Bedingungen und des à Börsenkurses ergibt.

Wandelschuldverschreibung
Eine à Schuldverschreibung, die das Recht gewährt, nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten Zeit die Schuldverschreibung in à Aktien umzuwandeln.

Warenkorb
Bezeichnung sämtlicher für den Haushalt repräsentativer Güter und Dienstleistungen, die für die Berechnung des à Verbraucherpreisindex herangezogen werden.

Warrant
à Optionsschein

Warranty Bond
à Gewährleistungsgarantie

WBAG
à Wiener Börse

WBI
à Wiener Börse Index

Wechsel

Bill of Exchange. Nach gesetzlichen Formvorschriften ausgestelltes à Wertpapier mit der unbedingten Anweisung des Ausstellers an den à Bezogenen, eine bestimmte Geldsumme zu einem bestimmten Zeitpunkt an den Begünstigten zu zahlen. Der Wechsel ist eine Urkunde und ein Orderpapier und durch à Indossament übertragbar. Das Recht aus einem Wechsel kann nur durch Vorlage von diesem geltend gemacht werden.

Wechselkurs
Gibt das Austauschverhältnis zwischen zwei à Währungen an. An den à Devisenbörsen bilden sich durch das Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage à Kurse, die sich unter Umständen von Tag zu Tag stark ändern können.

Weltbank
à International Bank for Reconstruction and Developement (IBRD)

Welthandelsorganisation
à World Trade Organization

Weltwährungsfonds
à Internationaler Währungsfonds

Wertorientierte Unternehmensführung
Verfolgt als strategisches Unternehmensziel die Steigerung des Unternehmenswertes. In Abgrenzung zu traditionellen Unternehmenszielen wie der Umsatzsteigerung, der Ausdehnung des Marktanteils oder der Gewinnmaximierung steht bei der wertorientierten Unternehmensführung das Verhältnis zwischen dem Unternehmen zu seinen Eigentümern (Shareholder Value) oder allgemein zu seinen Anspruchsgruppen (à Stakeholder-Ansatz) im Vordergrund. Siehe auch à EMAS, à Nachhaltigkeit, à Umweltmanagementsystem.

Wertpapier
Securities, Titel, Valor, Wertschrift. Urkunde über Vermögensrechte, deren Ausübung und Übertragung auf andere an den Besitz der Urkunde gebunden ist. Die bekanntesten börsegehandelten Wertpapiere sind à Aktien und à Anleihen.

Wertpapierabrechnung
Ist die Abrechnung für den Kauf oder Verkauf von à Wertpapieren. Sie enthält im Wesentlichen die genaue Bezeichnung des Wertpapiers mit der à Wertpapierkennnummer (à International Securities Identification Number), die Anzahl der Stücke, den à Kurswert sowie Spesen, Börsenumsatzsteuer und Kapitalertragsteuer.

Wertpapieraufsichtsgesetz (WAG)
Enthält Regelungen über die Beaufsichtigung von à Wertpapierdienstleistungen, definiert Wohlverhaltensregeln und bestimmt die mit der Aufsicht über den Wertpapierhandel beauftragte Behörde, die à Finanzmarktaufsicht (FMA).

Wertpapierbörse
Aktienbörse, Effektenbörse. Börse, an der à Wertpapiere, à Derivate und à Aktien gehandelt werden. Grundlage dieser Art von Handel ist das à Wertpapierhandelsgesetz. Die à Wiener Börse ist die einzige Wertpapierbörse Österreichs.

Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)
Ist Teil des Finanzmarktförderungsgesetzes und seit 2002 in Kraft.

Wertpapierkennnummer
à International Securities Identification Number (ISIN)

Wertpapierleihe
Über den Weg der Wertpapierleihe, z. B. der à Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB), können sich Marktteilnehmer à Wertpapiere für einen bestimmten Zeitraum ausborgen, um z. B. bestehende à Short Positionen abzudecken.

Wertpapiermarkt
Setzt sich aus dem à Aktien- und dem Rentenmarkt zusammen.

Wertpapiersammelbank
Die zentrale österreichische Verwahrstelle für Wertpapiere ist in der à Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB).

Wertpapiersettlementsystem
System, das der Übertragung von à Wertpapieren und der finalen Verrechnung von Wertpapiertransaktionen dient.

Wertpapierverpfändung
à Lombardkredit

Wertsicherungsklausel
Klausel in Verträgen, die durch Bindung der zu erbringenden Geldleistung an einen Wertstabilisierungsfaktor (z. B. à Verbraucherpreisindex) vor dem Nachteil einer Geldentwertung schützen soll.

Wiener Börse Aktiengesellschaft (WBAG)
Finanzdienstleister am Finanzplatz Wien, an dem à Wertpapiere aller Art (à Aktien, à Anleihen, à Investmentzertifikate) und à Optionen gehandelt werden. Die Abwicklung der Börsegeschäfte, die Vermittlung zwischen den Marktteilnehmern sowie die Weiterentwicklung der Aktienkultur in Österreich zählen zu Ihren Aufgaben. Die Wiener Börse ist die einzige à Wertpapierbörse Österreichs. Der Wiener Börse gehören mehrheitlich die Börsen in Prag, Budapest und Laibach.

Wiener Börse Index (WBI)
Enthält alle österreichischen à Aktien, die an der à Wiener Börse in der börserechtlichen Zulassungsform des Amtlichen Handels notieren.

Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA)
Der Wirtschafts- und Finanzausschuss ist ein durch den EG-Vertrag mit Beginn der dritten Stufe der à Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eingesetztes Gremium, das sich aus je zwei Vertretern eines jeden Mitgliedstaates – normalerweise des Finanzministeriums und der à Zentralbank – sowie zwei Vertretern der à Europäischen Zentralbank (EZB) und der à Europäischen Kommission (EU-Kommission) zusammensetzt und dem vorrangig Berichts- und Beratungspflichten gegenüber dem à Europäischen Rat obliegen.

Wohnbauanleihe
Steuerlich begünstigte à Anleihe, mit deren Emissionserlös Wohnbauvorhaben finanziert werden.

Working Capital
Differenz aus à Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten.

World Trade Organization (WTO)
Welthandelsorganisation. Die WTO wurde am 1. Jänner 1995 gegründet und bildet die rechtliche und institutionelle Basis des Welthandels. Die auf ihr beruhenden vertraglichen Verpflichtungen stellen Leitlinien für die Regierungen zur Formulierung und Umsetzung nationaler Handelsgesetze dar. Weiters bietet die WTO eine Plattform, auf der sich internationale Handelsbeziehungen durch Meinungsaustausch, Verhandlungen bzw. Streitbeilegung entwickeln können.

Worst Case-Szenario
Annahme eines Geschäftsszenarios im Planungsprozess mit Einberechnung mehrheitlich ungünstiger Rahmenbedingungen. In Bezug auf die Geldpolitik die in Modellen durchgespielte Aufeinanderfolge mehrerer schädigender Ereignisse (etwa: Ölpreis-Schock, Missernte, Versiegen des Aussenhandels infolge kriegerischer Auseinandersetzungen, aber auch: Panik an den internationalen Finanzmärkten oder eine Pandemie) verbunden mit Überlegungen, wie die à Zentralbank sich angesichts solcher aussergewöhnlichen Zustände verhalten sollte. Gegenteil: à Best Case-Szenario.

WPKN
Wertpapierkennnummer à International Securities Identification Number (ISIN)

X

Xetra
Xetra® steht für „Exchange electronic trading“ und ist das elektronische Handelssystem der Frankfurter Wertpapierbörse. Seit 1999 wird Xetra auch an der à Wiener Börse für den à Wertpapierhandel eingesetzt. Xetra ist ein ordergetriebenes Handelssystem mit automatischem Matching, das die Aufträge in einem zentralen und offenen à Auftragsbuch zusammenführt

Y

Yield
à Rendite

Z

Zahlstelle
Einlösungsstelle.
(1) Die vom Wertschriftenemittenten ausdrücklich beauftragte Stelle bzw. à Bank, welche für alle laufenden Transaktionen zuständig ist, die sich für die Besitzer der betreffenden à Wertpapiere ergeben, wie Einlösung der fälligen Dividenden- und Zinscoupons.
(2) Von einem EU-Mitgliedsland mit der Auszahlung der EU-Strukturfondsmittel beauftragte Organisationen.
(3) Beim Domizilwechsel, Ort an dem der à Wechsel abweichend vom Wohnort des à Bezogenen (à Tratte) oder des Ausstellers (à Solawechsel) zur Zahlung gestellt wird.

Zahlungsausgleich
Settlement. Bezeichnet die Erfüllung eines Finanzgeschäfts, insbesondere eines à Termingeschäfts. Man unterscheidet zwischen Barausgleich und effektiver Lieferung des à Basiswertes.

Zahlungsunfähigkeit
à Insolvenz

Zahlungsverkehr
Bezeichnung für alle Geldbewegungen, die sich zwischen öffentlichen und privaten Unternehmungen und Haushalten, den Kreditinstituten (à Bank) und dem Ausland abspielen.

Zahlweise
Legt die Fälligkeit der à Leasingentgelte fest. Varianten sind: vorschüssige bzw. nachschüssige Zahlungen, die monatlich, quartalsweise, halbjährlich oder jährlich anfallen.

Zeichnung
Subskription.
(1) Im Emissionsgeschäft: Durch die Zeichnung einer bestimmten Anzahl von à Wertpapieren verpflichtet sich der Zeichner, im Falle der definitiven Zuteilung Titel einer à Emission gemäss den Bedingungen des à Emissionsprospekts zu übernehmen.
(2) Kauf neu ausgegebener Wertpapiere im à Primärmarkt.

Zentralbank
Der neutrale Ausdruck für jene Institution eines Staates, die die zentrale Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Geld- und Kreditwesens des Landes trägt und eine an gesamtwirtschaftlichen Zielen (z. B. Preisstabilität) ausgerichtete Geldpolitik betreibt. Zu den Hauptaufgaben einer Zentralbank zählen u. a. die Ausgabe von Banknoten als gesetzliche Zahlungsmittel, die Refinanzierung der Kreditinstitute (à Bank) und die Verwaltung der à Währungsreserven.

Zero Bonds
Null Kupon Anleihen. à Festverzinsliche Wertpapiere ohne à Zinskupons. Das heißt, bei Null Kupon Anleihen findet keine fortlaufende Zinszahlung statt. Die à Zinsen sind vielmehr schon bei der Ausgabe des à Wertpapiers abgezogen. Der Kurs eines Zero Bonds liegt also entsprechend unter dem à Nennwert des Papiers und nähert sich diesem zum Ende der Laufzeit immer stärker an.

Zero Cost Option
Optionsstrategie bei der Absicherung des à Wechselkursrisikos, bei der der Kaufpreis für die benötigte à Option durch einen Verkauf der gegenteiligen Option finanziert wird.

Zertifikate
Verbriefen das Recht auf Partizipation an der Wertentwicklung eines zugrunde liegenden Investments (à Basiswertes), wie etwa einer à Aktie, eines à Index, eines Rohstoffes oder einer à Fremdwährung.

Zertifizierung
(1) Verfahren, mit dessen Hilfe die Einhaltung bestimmter Standards für Produkte/Dienstleistungen und ihrer jeweiligen Herstellungsverfahren einschließlich der Handelsbeziehungen nachgewiesen werden kann.
(2) Schriftliche Bestätigung der à Designated Operational Entity, dass das à Clean Development Mechanism (CDM)-Projekt während einer bestimmten Zeitdauer zu den verifizierten Emissionsreduktionen geführt hat.

Zession
Abtretung bzw. Übertragung einer Forderung an einen Dritten.

Zessionskredit
Kredit gegen die Abtretung von Forderungen und Rechten, die mehr oder weniger bevorschusst werden.

Ziehungsperiode
Als Teil der à Darlehenslaufzeit ist dies jener Zeitraum, in dem die Mittel der à Fremdfinanzierung abgerufen werden können. Die Ziehungsperiode beginnt meist mit der Unterzeichnung der Verträge und endet x Jahre nach diesem Datum.

Zinsänderungsklausel
Vertragsklausel, welche die Höhe des à Zinssatzes bzw. die Kriterien für die Bestimmung der Höhe des Zinssatzes angibt.

Zinsänderungsrisiko
Marktzinsbedingte Vermögensrisiken, die entweder in Form von Zinsüberschuss- und/oder Bar- bzw. Marktwertrisiken auftreten.

Zinsaufschlag
Marge. Verdienstspanne, welche von à Banken auf eine Basis (Zinsindikator) aufgeschlagen wird. Gemessen in à Basispunkten.

Zinsberechnungsbasis
Gibt an, wie die Tage für die Berechnung von à Zinsen gezählt werden. Dies erfolgt entweder taggenau (à Act/360) oder unter Annahme eines 30-Tage-Monats (à 30/360). Während Transaktionen am à Geldmarkt üblicherweise Act/360 kalkuliert werden, werden Anleihen in Europa 30/360 abgerechnet. Die unterschiedliche Berechnungsbasis beeinflusst die à Rendite insbesondere bei kürzeren Laufzeiten und sollte daher in jedem Renditevergleich berücksichtigt werden.

Zinsberechnunsmethode
Die Methode, nach der die Anzahl der Tage für die Berechnung von Zinsen bestimmt wird. Siehe auch à Act/Act, à Act/360).

Zinsen
Preis für die temporäre Überlassung von à Fremdkapital.

Zinseszinsen
Zinsen, die für die angelaufenen à Zinsen (kapitalisierte Zinsen) berechnet werden.

Zinskurve
Zinsstrukturkurve. Graphische Darstellung des Zusammenhangs zwischen der à Rendite und den verschiedenen Fristigkeiten innerhalb einer Risikogruppe zu einem bestimmten Zeitpunkt wird durch die Zinskurve dargestellt. Die Zinskurve der à Bundesanleihen eines jeweiligen Landes wird oft als Referenzkurve (Benchmarkkurve) herangezogen. Es sind aber auch andere Zinskurven denkbar, wie die à Swapkurve, die die jeweiligen Swaprates über die Laufzeit verteilt angibt.

Zinsoptionen
Das Recht, zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten à Zinssatz zu erhalten oder zu bezahlen.

Zinssatz
Kupon. In Prozenten ausgedrückter Preis für à Kapital. Üblicherweise wird ein jährlicher Zinssatz angegeben.

Zinsschock
Plötzliche Zinsänderung am à Kapitalmarkt.

Zinsspread

à Renditedifferenz einer verzinslichen Veranlagung zu einer Benchmark, z. B. zur Rendite von à Bundesanleihen. Der Zinsspread ist ein Indikator für die à Kreditrisikoeinschätzung des Markts.

Zinsswaps
à Interest Rate Swap

Zinstage
Bei der à Zinsberechnung gemäss à Zinsusance zugrunde gelegte Anzahl von Tagen pro Monat bzw. Jahr. Siehe auch à Act/Act, à Act/360).

Zinstender
Ausschreibungsverfahren, bei dem eine à Zentralbank auf der Basis konkurrierender Gebote der Geschäftspartner (à Banken) dem Markt Liquidität zuführt oder entzieht, wobei die Zentralbank einen Mindestzinssatz vorgibt und Mengen- sowie Zinsgebote einholt.

Zinsterminges chäft
Zinsvereinbarung über eine in der Zukunft liegende Zinsperiode.

Zinsusancen
Die in einem bestimmten Markt bzw. bei einem bestimmten Instrument übliche à Zinsberechnungsmethode.

Zinszahlungsfrequenz
Häufigkeit der Zinszahlung, z. B. jährlich, halbjährlich, vierteljährlich usw. Märkte mit jährlichen Zinszahlungen: Deutschland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Schweiz, Euro-Bonds u.a. Märkte mit halbjährlichen Zinszahlungen: USA (nur domestic), Großbritannien, Japan, Kanada, Australien.

Zirka-Auftrag
Börsenauftrag, bei dem der à Börsenhändler an der à Börse für den Abschluss eines Geschäftes gegenüber den à Limits eine gewisse Dispositionsfreiheit besitzt.

Zuteilung
Zuweisung der gezeichneten à Wertpapiere bei einer à Neuemission. Liegt eine à Überzeichnung vor, erhält der Zeichner nur eine Teilzuweisung.

Zwangsausgleich
Ein gerichtlicher Ausgleich in einem laufenden à Konkursverfahren. Es kommt dabei zu einer Schuldenfreistellung, die Vermögenswerte bleiben erhalten.

Zweckgesellschaft
Projektgesellschaft, Special Purpose Vehicle. Gesellschaft, die für den Zweck der Planung, Errichtung und des Betriebs eines Projekts gegründet wird und auf deren Risiko (bei einer à Projektfinanzierung) die Finanzierung erfolgt. Sie hat die Durchführung samt Finanzierung eines Projekts (z. B. ein Investitionsvorhaben oder das Halten eines à Portfolios von Finanzinstrumenten) als einzigen Unternehmensgegenstand.

ABKÜRZUNGEN

AA	Assigned Amount
AAU	Assigned Amount Unit
ABCP	Asset Backed Commercial Paper
ABS	Asset Backed Securities
Act.	Actual
ADB	Asian Development Bank
ADR	American Depositary Receipt
AfA	Abschreibung für Abnutzung
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AI	Artificial Intelligence
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation – EVO: kommt im LexiKom nicht vor
ASK	Briefkurs
ATM	At the Money (Am Geld)
ATX	Austrian Traded Index
B2B	Business to Business
B2C	Business to Consumer
BAW	Bis auf weiteres
BBA	British Bankers Association
BBI	Bilanzbonitätsindikator
BIC	Bankidentifikationscode
BID	Geldkurs
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIS	Bank for International Settlement
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BP	Basispunkt
BPL	Bawag P.S.K. Leasing
BPV	Basis Point Value
BW	Barwert
BWG	Bankwesengesetz
CBL	Cross Border Leasing
CBO	Collateralised Bond Obligations
CBOE	Chicago Board Options Exchange
CBOT	Chicago Board of Trade
CCS	Cross Currency Swap
CCP.A	Central Counterparty Austria
CD	Certificate of Deposit
CDO	Collateralised Debt Obligations
CDM	Clean Development Mechanism
CEX	CECE-Index
CDS	Credit Default Swap
CEO	Chief Executive Officer
CER	Certificate Emission Reduction
CFO	Chief Financial Officer
CHF	Schweizer Franken
CIR	Cost Income Ratio
CLO	Collateralised Loan Obligations
CMS	Constant Maturity Swap
CNX	China Traded Index
COO	Chief Operating Officer
CP	Commercial Paper
CSR	Corporate Social Responsibility
CSDB	Centralised Securities Database
CTX	Czech Traded Index
DAX	Deutscher Aktien Index
DCF	Discount Cashflow-Methode
DJ	Dow Jones Industrial Average
DTB	Deutsche Terminbörse
EB	ex Bezugsrecht
EBDA	Earnings before Depreciation and Amortization
EBIT	Earnings before Interest and Taxes

EBITDA	Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
EBITDAR	Earnings before Interest, Taxes, Depreciation, Amortization and Rent
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECRA	Emission Certificate Registry Austria GmbH
ED	ex Dividende
EDF	Expected Default Frequency (siehe Ausfallswahrscheinlichkeit)
EDSP	Exchange Delivery Settlement Price
EFTA	Europäische Freihandelszone
EGT	Ergebnis der außergewöhnlichen Geschäftstätigkeit
EIB	Europäische Investitionsbank
EMAS	Eco Management and Audit Scheme
EoD	Event of Default
EONIA	Euro Overnight Index Average
EP	Europäisches Parlament
ERA	Exchange Rate Agreement
ERPA	Emissions Reduction Purchase Agreement
ERU	Emissions Reduction Units
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
ETF	Exchange Traded Funds
ETS	Emissions Trading System
Euribor	European Interbank Offered Rate
EU	Europäische Union
EUA	EU-Allowance
EuGH	Euopöischer Gerichtshof
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FB	Firmenbuch
Fibor	Frankfurt Interbank Offered Rate
FOK	Fill or Kill
FMA	Finanzmarktaufsicht
FRA	Forward Rate Agreement
FRN	Floating Rate Note
FX	Foreign Currency Exchange
G&V	Gewinn- & Verlustrechnung
GATS	General Agreement on Trade in Services
GDR	Global Depository Receipt
Gen	Genossenschaft
GIK	Gesamtinvestitionskosten
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMZ	Grundmietzeit
GrESt	Grunderwerbsteuer
GRI	Global Reporting Initiative
GTC	Good till Cancelled
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
HTX	Hungarian Traded Index
IAS	International Accounting Standards
IATX	Immobilien ATX
IBAN	International Bank Account Number
IBO	Institutional Buy out
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
IE	Independent Entities
IFRS	International Financial Reporting Standards
IOC	Immediate or Cancel
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate change
IPO	Initial Public Offering
IR	Investor Relations
IRR	Internal Rate of Return
IRS	Interest Rate Swap
ISDA	International Swaps and Derivatives Association
ISIN	International Securities Identification Number
ISR	Interest Rate Swap
ITM	In the Money
IVP	Internationale Vermögensposition
IWF	Internationaler Währungsfonds

JI	Joint Implementation Mechanism
KA	Kommunalkredit Austria
KACB	Kommunalkredit Covered Bond
KAG	Kapitalanlagegesellschaft
KCV	Kurs-Cashflow-Verhältnis
KESt	Kapitalertragsteuer
KG	Kapitalgesellschaft
KGV	Kurs-Gewinn-Verhältnis
KL	Kommunalleasing GmbH
Klm.	kalendermäßig
KMG	Kapitalmarktgesetz
KP	Kyoto-Protokoll
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
LBO	Leveraged Buy out
L/C	Letter of Credit (siehe Dokumentenakkreditiv)
LCA	Life Cycle Assessment (siehe Öko-Bilanz)
LG	Leasinggeber
LGD	Loss Given Default
LGE	Loss Given Event
Libor	London Interbank Offered Rate
LN	Leasingnehmer
LoA	Letter of Approval
LoC	Letter of Comfort (siehe Comfort Letter)
LoI	Letter of Intent
LoNO	Letter of No-Obligation
LZ	Laufzeit
MFI	Monetäres Finanzinstitut
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
MBS	Mortgage Backed Securities
MTN	Medium Term Notes
MVG	Mietvertragsgebühr
Nasdaq	National Association of Securities Dealer Automated Quotation
NAV	Net Asset Value
NBG	Nationalbankgesetz
ND	Nutzungsdauer
NHMS	Nachhaltigkeitsmanagementsystem
NPV	Net Present Value
NTX	New Europe Blue Chip Index
NYSE	New York Stock Exchange
NZB	Nationale Zentralbank
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
O/N	Overnight
OIS	Overnight Indexed Swap
ÖTOB	Österreichische Termin- und Optionenbörse
OTC	Over the Counter
p. a.	per annum, pro Jahr
p.m.	per mensem, pro Monat
PK	Paritätische Kommission
PCF	Prototype Carbon Fund
PDD	Project Design Document
PFI	Private Finance Initiative
PIN	Project Idea Note
PIPE	Private Investment in Public Equity
PoD	Probability of Default
PoE	Probability of Event
POS	Point of Sale
PPP	Public Private Partnership
PS	Partizipationsschein
PSE	Public Sector Entities
PSP	Private Sector Participation
PTX	Polish Traded Index
PVBP	Present Value of a Basispoint
RDX	Russian Depositary Receipts Index

REP-Faktor	Repräsentationsfaktor
RMV	Removal Units
R/O	Roll Over
ROA	Return on Assets
ROC	Return on Capital
ROE	Return on Equity
ROI	Return on Investment
RORAC	Return on Risk-adjusted Capital
RORWA	Return on Risk-weighted Assets
ROTX	Romanian Traded Index
RTGS	Real Time-Gross Settlement
RTS	Russian Traded System
RTX	Russian Traded Index
RW	Restwert
SETX	South-East Europe Traded Index
SMR	Sekundärmarktrendite
SOA	Sarbanes Oxley Act
Sonia	Sterling Overnight Index Average
S &P	Standard & Poors
SPV	Special Purpose Vehicle
SLB	Sale & Lease Back
ST	Stammaktie
Swift	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
SZR	Sonderziehungsrecht
Target	Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System
TER	Total Expense Ratio
UFG	Umweltförderungsgesetz
UMS	Umweltmanagement
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNEP	United Nations Environment Programme
USD	United States Dollar
US-GAAP	US Generally Accepted Accounting Principles
USP	Unique Selling Proposition
USt	Umsatzsteuer
UWF	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
VAR	Value at Risk
VERA	Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis
Vibor	Vienna Interbank Offered Rate
ViDX	Vienna Dynamic Index
VPI	Verbraucherpreisindex
VZ	Vorzugsaktie
WAG	Wertpapieraufsichtsgesetz
WBAG	Wiener Börse AG
WBI	Wiener Börse Index
WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WPKN	Wertpapierkennnummer
WTO	World Trade Organization

Kommunalkredit Austria AG
1092 Wien, Türkenstraße 9
Tel .: 01/31 6 31-DW, Fax: 01/31 6 31-103
www.kommunalkredit.at